



Netzwerk des Terrors

Damals und heute: Die braune Gefahr in Europa

5. Internationales Symposium

Linz, 6. Mai 2011

Programm und Beiträge

Redaktion:

Isabella Girstmair

www.mkoe.at

Comité International de Mauthausen

in Kooperation mit

Wissensturm ▼

Volkshochschule

Mauthausen Komitee

 Österreich



Tagungsprogramm	3
Hans de Vries	
Mauthausen: ein besonderer Fall	5
Alexander Prenninger	
Netzwerke der Deportierten.	13
Titus Lenk	
Gibt es eine braune Internationale?.....	23
Szabolcs Szita	
Staatliche Kollaboration in Ungarn nach 1944	41
György Haraszti	
Von den Skinheads bis zur Jobbik – die ungarische Rechte heute	45
Monika Kokalj-Kočevár	
Slowenien: Zwischen Oppression und Kollaboration	53
Jean-Marie Winkler	
Die Gaskammer von Hartheim im Netzwerk des Terrors.....	59
Markus Rachbauer & Thomas Rammerstorfer	
Brauntöne: Rechtsextreme Musik in Österreich	69

Tagungsprogramm

Zeit	Programmpunkt/Titel des Vortrags	ReferentIn
8:30	Einlass und Tagungsunterlagen, Büchertisch	---
9:00	Begrüßung und Themenpräsentation	Programmkomitee
9:30	Mauthausen: ein besonderer Fall	Hans de Vries
10:00	Netzwerke der Deportierten. Mauthausen-Häftlinge im System nationalsozialistischer Terrorstätten	Alexander Prenninger
10:30	Die braune Internationale	Titus Lenk
11:00	Kaffeepause	---
11:30	Staatliche Kollaboration in Ungarn 1944	Szabolcs Szita
12:00	Von den Skinheads bis zur Jobbik – die ungarische Rechte heute	György Haraszti
12:30-13:30	Mittagspause	---
13:30	Slowenien: Zwischen Oppression und Kollaboration	Monika Kokalj-Kočevar
14:00	Die Gaskammer von Hartheim als Berührungspunkt von verschiedenen Netzwerken des Terrors	Jean Marie Winkler
14:30	Kaffeepause	---
15:00	Brautöne: Rechtsextreme Musik in Österreich	Markus Rachbauer & Thomas Rammerstorfer
15:30	Gibt es eine europaweite Vernetzung der Antifa-Aktivitäten? Strategien und Abschlussdiskussion	Programmkomitee
16:30	Ende der Veranstaltung	---

Hans de Vries

Mauthausen: ein besonderer Fall

Während der Besetzung der Niederlande wurden niederländische StaatsbürgerInnen – Juden Jüdinnen und Nicht-Juden/-Jüdinnen – in verschiedene Nazi-Lager deportiert. In ihrer Allgemeinheit weicht diese Tragödie nicht ab von jenen, die sich in anderen Ländern zugetragen haben; darum kann nicht von einer spezifisch niederländischen Deportationsgeschichte gesprochen werden.

In Mauthausen spielte sich in Bezug auf Gefangene, die aus den Niederlanden kamen, hingegen neben der allgemeinen auch eine besondere Geschichte ab – in dem Sinne, dass dort 1941 und 1942, innerhalb sehr kurzer Zeit nach ihrer Ankunft, ungefähr 1.200 jüdische Gefangene, lauter Männer, ermordet wurden. Inmitten der Schrecken, die in allen Nazi-Lagern stattfanden, haben diese Massaker dem KZ Mauthausen in den Niederlanden einen besonderen und berüchtigten Ruf verliehen.

Die Razzien von 1941

Nach dem Einmarsch der Deutschen im Mai 1940 bekamen die Niederlande eine zivile Besatzungsregierung, an deren Spitze ein *Reichskommissar*, Arthur Seyss-Inquart, stand. Dies bedeutete, dass nicht so sehr die *Wehrmacht*, sondern die *SS* eine leitende Rolle im alltäglichen Lauf der Dinge spielte. Obwohl es nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 in Deutschland und Österreich zahllose Beispiele gegeben hatte, von denen man das schreckliche Schicksal der Juden und Jüdinnen herleiten konnte, so gab es dazu in den ersten Monaten der Besetzung der Niederlande keinen Anlass. Zwar wurden verschiedene Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung eingeführt, doch schienen diese verhältnismäßig harmlos zu sein. Im Allgemeinen reagierte die große Mehrheit der (späteren) Opfer, aber auch die Umgebung, gelassen darauf.

Dennoch wurde schon in den letzten Monaten des Jahres 1940 deutlich, dass die Besatzer eine grundlegende Trennung von JüdInnen und Nicht-JüdInnen in der niederländischen Gesellschaft vornehmen wollten. Außerdem hatten niederländische NationalsozialistInnen nun die Gelegen-

heit, ihren Antisemitismus auszuleben und diesen durch Provokationen, Misshandlungen und Zerstörungen eindringlich zum Ausdruck zu bringen. Dieser Terror führte zu einer Vielzahl von Gegenreaktionen, nicht nur von den Betroffenen – der jüdische Widerstand hatte schon sehr früh begonnen –, sondern auch in deren Umgebung.

Zahlreiche Schlägereien fanden vorwiegend in Amsterdam statt, der Stadt, die etwa 60% aller in den Niederlanden lebenden JüdInnen beherbergte. Die Situation lief dermaßen aus dem Ruder, dass am 11. Februar 1941 ein niederländischer Nazi bei einer Schlägerei solche Verletzungen erlitt, dass er daran starb.

Diese Eskalation von Gewalttätigkeiten konnte von Seiten der Besatzer natürlich nicht unbeantwortet bleiben. Nicht nur wurde eine Anzahl von Betroffenen bei den Schlägereien verhaftet, es folgten außerdem weit reichende Maßnahmen. Diese Maßnahmen richteten sich fast ausschließlich gegen JüdInnen.

Zunächst musste die sogenannte „Judenecke“, das Viertel, in dem ein großer Teil des traditionellen jüdischen Proletariats wohnte, abgeriegelt werden, um zu verhindern, dass sich die jüdische Bevölkerung weiterhin versammeln konnte. Diese Maßnahme wurde übrigens ein paar Tage später wieder zurückgenommen. Außerdem wurde von einigen bedeutenden Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft gefordert, so schnell wie möglich aus ihrer Mitte einen sogenannten *Joodse Raad* [dt. *Judenrat*] zu berufen. Mit der Einrichtung dieses Rats erhielten die Besatzer ein Instrument, um die jüdische Bevölkerung fortan auch über deren eigene Vertretung beherrschen und steuern zu können.

Der *Judenrat* bekam ein eigenes Organ für die Öffentlichkeit, *Het Joodsche Weekblad*, das ab Juni 1942 erschien. Die Zeitung hatte natürlich als primäre Funktion, die JüdInnen über die gegen sie gerichteten Maßnahmen zu informieren. Die Besatzer wünschten im Prinzip, nicht mehr länger selbst mit der jüdischen Bevölkerung zu kommunizieren, sondern die für JüdInnen wichtigen Mitteilungen über den *Judenrat* vorzunehmen.

Die vielen Unruhen stellten eine unangenehme Überraschung für die Besatzer dar, die größtmögliche Ruhe und Ordnung in der Gesellschaft anstrebten, worin sie bis dahin auch erfolgreich gewesen waren. Vor allem dem Leiter des Repressionsapparates, dem Generalkommissar für das Sicherheitswesen und *Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF)* Hans Rauter, waren die Unruhen ein Dorn im Auge. Mit den nötigen Verdrehungen der Tatsachen und Übertreibungen berichtete er am 20. Februar 1941 ausführlich seinem Chef Heinrich Himmler davon. Laut Rauter war eine Situation entstanden,

„... daß mit aller Gewalt vorgegangen werden mußte. [...] Schießereien sind an der Tagesordnung, sodaß ich gestern und heute in schärfster Form vorgehen mußte.“

In seinem Bericht zeigte er sich vor allem verärgert über das Verhalten der JüdInnen. Ihr Widerstand schien sich nicht mehr auf Schlägereien zu begrenzen. *„Gestern Abend hat es auch im jüdischen Emigrantenviertel eine Schießerei gegeben“*, schreibt er verweisend auf einen Überfall der Ordnungspolizei in Amsterdam in einem Lokal, in dem sich eine *„illegale Terrorgruppe“* aufgehalten haben soll. Es sei auf die Polizisten geschossen und außerdem Ammoniak in ihre Gesichter geschüttet worden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, und die Verhafteten, unter ihnen die Eigentümer, sollten am kommenden Tag vor das *SS- und Polizeigericht* in Den Haag gebracht werden. Dieser Zwischenfall war für Rauter ein willkommenes Anlass, um hart durchzugreifen. Der Tod des bereits erwähnten niederländischen Nationalsozialisten hatte ihm noch nicht genügend Handhabe geboten, um zur Tat zu schreiten. Doch nun, da deutsche Polizeibeamte angegriffen worden waren, hatte er, wie aus seinem Bericht deutlich wird, ein überzeugendes Argument, um hart gegen die JüdInnen vorzugehen.

Der Prozess gegen die Verhafteten fand am 27. Februar 1941 statt. Einer von ihnen, ein deutscher Jude, wurde zum Tod verurteilt und einige Tage später erschossen – die erste Hinrichtung in den Niederlanden. Doch war schon mehr geschehen: Am 22. und 23. Februar waren im Zentrum von Amsterdam 425 jüdische Männer im Alter zwischen 20 und 35 Jahren unter großer Gewaltanwendung festgenommen worden. Sie kamen später ins Internierungslager Schoorl, wo bereits klar

wurde, dass sie anders behandelt wurden als andere Gefangene. Sie mussten dort verschiedene Misshandlungen über sich ergehen lassen.

Diese Razzia hatte eine heftige Reaktion der Amsterdamer Bevölkerung zur Folge, die später als Februarstreik bekannt wurde. Der Streik dauerte zwei Tage und wurde blutig niedergeschlagen.

Bereits wenige Tage nach ihrer Ankunft wurden 390 Gefangene aus Schoorl abtransportiert. Sie kamen nach Buchenwald. *„Dort war alles für unser Kommen vorbereitet worden“*, so Max Nebig, einer der beiden Überlebenden des Transportes.

„Wir sahen nach der Reise wirklich schrecklich aus. Die ganze Zeit durften wir uns nicht waschen und rasieren, und gerade weil so viele dunklere Typen dabei waren, fiel das sehr auf. Sie haben dann noch einen miesen Trick benutzt. Die Männer, die am schäbigsten aussahen, wurden herausgeholt und fotografiert. Die Fotos wurden natürlich als abschreckendes Beispiel in allen deutschen Zeitungen veröffentlicht.“

In Buchenwald saßen bereits andere Niederländer gefangen. Sie sahen, so schrieben zwei von ihnen, den betreffenden Transport *„wohlgemäß und voll Widerstand ankommen“*, doch mussten sie einen Monat später feststellen, dass dieser Optimismus sehr schnell verschwunden war.

„Die Gruppe holländischer Juden musste von halb eins bis halb acht beim Appell stehen bleiben, sieben Stunden in Haltung, dann ist man der Erschöpfung sehr nahe... Auch unter ihnen hat es bereits erste Tote gegeben, und ihre Zukunft erscheint völlig hoffnungslos...“

Innerhalb von weniger als drei Monaten nach ihrer Ankunft in Buchenwald waren schon mehr als 10% der Gruppe tot. Es gibt keinen Grund zu vermuten, dass die Nazis nicht zufrieden waren damit, wie schnell die Gefangenen starben. Dennoch ging es ihnen offenbar zu langsam.

Im Mai 1941 kam der Befehl aus Berlin – höchstwahrscheinlich von Himmler persönlich –, den Rest der Gruppe von Buchenwald nach Mauthausen zu bringen. Hierzu ist kein Dokument erhalten geblieben, doch soll der Grund dafür gewesen sein, so einer der Vorsitzenden des *Judenrates* nach dem Krieg, dass der deutschen politischen Führung der Ton der Korrespondenz des *Judenrates* ihnen gegenüber nicht gefiel – eine Strafe also.

Warum aber Mauthausen? Aufgrund der Geschehnisse in Buchenwald war zwar bereits offensichtlich, dass im Falle dieser Gefangenen die „*Rückkehr unerwünscht*“ war. Zusätzliches Kriterium war nun wohl der Zeitpunkt, wann sie nicht mehr am Leben sein sollten. Der Stand der Dinge rund um das Schicksal der Deportierten wurde von den Besatzern genauestens verfolgt.

Einige Monate vorher, am 2. Jänner 1941, hatte Reinhard Heydrich, Chef des *Reichssicherheitshauptamtes*, ein Rundschreiben an die Polizeileitung in Deutschland und den besetzten Ländern erlassen, in dem er erklärte, welches Lager für welche Gefangenen geeignet sei. Unterscheidungsmerkmal war die Härte des jeweiligen Lager-Regimes. In Heydrichs „Einstufung“ gehörte Buchenwald zur Stufe II, während Mauthausen als einziges Lager der dritten, d.h. schwersten Kategorie zugeteilt war – bestimmt für Gefangene, die als am meisten staatsgefährdend angesehen wurden:

„schwer belastete, insbesondere auch gleichzeitig kriminell vorbestrafte und asoziale d.h. kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge.“

Im Lauf der Zeit verwischte sich diese Unterscheidung hinsichtlich der Härte unterschiedlicher Lager, doch die Einteilung ist wichtig um zu verdeutlichen, wie Himmler und Rauter die verhafteten Juden einzustufen wünschten.

Aller Wahrscheinlichkeit nach fand der betreffende Transport von Buchenwald nach Mauthausen mit ungefähr 345 Gefangenen am 22. Mai statt. Über die Ankunft, die Gefangenschaft und den schnellen Tod der „Februar-Gruppe“ ist wenig bekannt. In seinem Klassiker „Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager“ (1949/1961) zitiert Eugen Kogon zwei Mauthausen-Häftlinge, die über die niederländischen Juden berichteten – eine außergewöhnliche Passage, die ich aus diesem Grund ausführlich zitieren möchte.

„Der Transport der Buchenwalder kam um Mitternacht an. Die Mauthausener Lagerinsassen durften morgens die Baracken nicht verlassen. 50 der neu eingetroffenen Juden wurden vom Bad aus nackt in das Lager getrieben und in die elektrische Umzäunung gejagt. Alle übrigen kamen auf einen Block.“

Der *Erste Blockschreiber*, ein deutscher politischer Gefangener, weigerte sich dafür zu sorgen, dass

die gesamte Gruppe innerhalb von sechs Wochen tot war. Er wurde schwer misshandelt und woanders hingbracht. Ein „Grüner“ [Lagerjargon für kriminelle Häftlinge, Anm.], der weniger Skrupel hatte, übernahm die Arbeit. Bei Kogon heißt es weiter:

„Am zweiten Tag nach Ihrer Ankunft wurden die Juden in den Steinbruch gejagt. Sie durften die 148 Stufen [sic!], die in die Tiefe führten, nicht hinuntergehen, sondern mussten im seitlichen Steingeröll hinunterrutschen, was vielen bereits den Tod oder zumindest schwere Verletzungen eintrug. Man legte ihnen dann die zum Steine Tragen bestimmten Bretter über die Schultern und zwei Häftlinge wurden gezwungen, jedem Juden einen überschweren Stein auf das Brett zu heben. Dann ging es im Laufschrift die 148 Stufen aufwärts! Zum Teil fielen die Steine gleich nach hinten, sodass manchem Nachfolgenden die Füße abgeschlagen wurden. Jeder Jude, dem der Stein herunterfiel, wurde entsetzlich geschlagen, der Stein von neuem aufgeladen. Viele verübten aus Verzweiflung gleich am ersten Tage Selbstmord, indem sie sich von oben in die Tiefe stürzten. Am dritten Tag öffnete die SS ‚das Todenstor‘: man trieb die Juden unter furchtbaren Prügeln über die Postenkette, wo sie von den Turmposten mit den Maschinengewehren haufenweise niedergeschossen wurden. Tags darauf sprang jeweils nicht mehr bloß einer der Juden in die Tiefe, sondern sie gaben einander die Hand, und der erste zog neun bis zwölf Kameraden hinter sich her in den schrecklichen Tod. Es dauerte nicht sechs, sondern knapp drei Wochen, und der Block war judenleer. Alle 340 Mann haben durch Erschießen, Prügeln, andere Marter oder durch Selbstmord den Tod gefunden.“

Die ersten Sterbefälle in Mauthausen wurden am 24. Mai registriert. Im Herbst waren die meisten tot.

Am 11. Juni 1941 fand in Amsterdam eine zweite Razzia statt. Einzelne Anschläge, die vom Widerstand auf verschiedene Standorte der *Wehrmacht* und *Luftwaffe* in der Stadt verübt worden waren, bildeten den Anlass dafür. Dabei hatte es keine Opfer gegeben, und der materielle Schaden war gering. JüdInnen waren an diesen Anschlägen nicht beteiligt. Dennoch wurden als Folge davon ungefähr 280 jüdische Männer verhaftet. Auch bei dieser Razzia waren verhältnismäßig viele junge Männer unter den Festgenommenen.

Zur Februar-Razzia gab es jedoch einen großen Unterschied: Unter den Verhafteten befand sich eine große Anzahl Ausländer, die ohne Familie in den Niederlanden lebten. Nach dem Februarstreik befürchteten die Besatzer, dass eine neuerliche Razzia wiederum große gesellschaftliche Unruhe in Amsterdam hervorrufen würde.

Rauter hatte Himmler am 4. März über die Unruhen in Amsterdam, über die Razzien, den Streik und die Rolle der KommunistInnen sowie den weiteren Verlauf informiert. Auch in diesem Bericht hatte er maßlos übertrieben. Er wollte sich die Unterstützung des *Reichsführers SS* für sein zukünftiges Auftreten sichern. Anlässlich der Razzia im Februar hatte er bemerkt:

„Diese Verhaftungen haben naturgemäß eine weitere Erregung des Judentums hervorgerufen, welches sich nun – was für mich ohne Zweifel feststeht –, an die CPN [Kommunistische Partei Niederlande] gewandt hat und versucht, von dort aus Unterstützung zu erhalten.“

Rauters Bericht hatte sicherlich Eindruck auf Himmler gemacht. Per Telegramm gab er seinem HSSPF am 10. Juni den Auftrag, die betreffende Razzia zu organisieren.

Auch diese zweite Gruppe von Verhafteten kam zunächst nach Schoorl. Von dort wurden sie direkt nach Mauthausen überstellt, wo sie am 25. Juni ankamen. Nach einigen Monaten war auch diese Gruppe nicht mehr am Leben. Dafür, wie schnell die Gefangenen ihr Ende fanden, ist das Sprachbild, das Rauter nach dem Krieg in seinem Polizeiverhör benutzte, vielleicht am Treffendsten: *„Sie starben wie Fliegen im Herbst.“*

Im September und Oktober 1941 fanden erneut Razzien gegen Juden statt, dieses Mal im Osten der Niederlande. Den direkten Anlass dafür bildete eine Reihe von kleinen Sabotageaktionen. Auch an diesen Widerstandsaktionen waren keine JüdInnen beteiligt. Dennoch wurden insgesamt etwa 175 jüdische Männer nach Mauthausen gebracht. Auch sie starben sehr schnell.

Insgesamt kamen 1941 ungefähr 800 jüdische Männer in Mauthausen an. Am Ende des Jahres waren nahezu alle tot.

Die Häftlinge von 1942

Im Gegensatz zum vorhergehenden Jahr wurden 1942 keine großen Gruppen von Juden mehr festgenommen. Es waren hauptsächlich Einzelpersonen und jetzt auch Frauen. Alle waren „straffällig“, d.h. sie hatten gegen eine der inzwischen vielen anti-jüdischen Maßnahmen verstoßen.

Diese betrafen inzwischen einen großen Teil des jüdischen Lebens. Auf eine der Maßnahmen möchte ich näher eingehen: das Verbot eine/n Nicht-Juden/Jüdin zu heiraten oder außerehelichen Geschlechtsverkehr zu haben. Damit wurden die *Nürnberger Rassegesetze* in den Niederlanden ausgeführt. Das Verbot wurde in *Het Joodsche Weekblad* vom 27. März 1942 zum ersten Mal erwähnt. Über eine mögliche Strafe bei Zuwiderhandlung berichtet das Blatt allerdings nicht. Diese wird jedoch eindeutig in einem Rundschreiben von BdS Harster vom 1. April 1942 formuliert:

„Alle Juden, die Aufgebote mit Nichtjuden beantragt haben oder in Zukunft beantragen, sind in Schutzhaft zu nehmen und in das KL Mauthausen zu überstellen.“

Die jüdischen Männer, die eine Zuwiderhandlung begangen hatten, wurden von der deutschen Polizei als Strafgefangene im Lager Amersfoort, in der Mitte der Niederlande gelegen, festgehalten. Die Männer, die gegen das Verbot des sexuellen Kontakts mit einer nicht-jüdischen Frau verstoßen hatten, bekamen in Amersfoort ein großes gelbes „R“ („*Rassenschänder*“) auf ihre Kleidung. Das ist nur eines der vielen Beispiele, die zeigen, wie jüdische Gefangene dort gepeinigt wurden. Die Misshandlungen gingen jedoch noch viel weiter. Die Opfer wurden regelmäßig von verschiedenen Bewachern und einzelnen niederländischen Funktionshäftlingen zusammengeschlagen. Einige Dutzend starben in Amersfoort.

Nach Schätzungen wurden 1942 ungefähr 400 „straffällige“ Juden, wiederum nur Männer, nach Mauthausen deportiert. Auch sie fanden schnell den Tod. 1943 war nur noch ein Einzelner am Leben. Der Mauthausen-Gefangene Paul Tillard sah, was mit ihnen geschah. Das, was er in seinem Buch „Mauthausen“ (1945) beschreibt, finde ich

jedoch zu schrecklich, um es hier einfach in einer Lesung auszusprechen.

Die Deportationen von Juden nach Mauthausen wurden Ende November 1942 eingestellt, gut vier Monate nach Beginn der „regulären“ Deportationen nach Auschwitz.

Soweit der reine Bericht über die Strafdeportationen nach Mauthausen. Ich möchte noch eine Bemerkung hinzufügen.

Inwieweit und auf welche Art und Weise konnte die Bevölkerung darüber, direkt oder indirekt, etwas wissen? Im Prinzip gab es eine Anzahl von Informationsquellen: die freien Medien, die zensierten Medien, insbesondere *Het Joodsche Weekblad*, und – last but not least – die Todesnachrichten.

Über die freien Medien, d.h. die illegale Presse und die Sendungen von *Radio Oranje*, drang kaum Information von Bedeutung zur Bevölkerung durch.

Konnte man etwas über die zensierten Medien erfahren? Kaum. In einzelnen Tageszeitungen erschienen Todesanzeigen. Darin wurde Mauthausen jedoch nicht genannt.

Dennoch wurden diese innerhalb kürzester Zeit verboten. Und dann *Het Joodsche Weekblad*? Auch hierin erschienen die Anzeigen, doch gaben sie ebenfalls keine direkten Hinweise auf das Schicksal der Verstorbenen. Ein Mal, in der Ausgabe vom 6. Juni 1941, war das dennoch der Fall. Der Betroffene schien am 29. Mai in Weimar-Buchenwald gestorben zu sein. Dies brachte den Vorsitzenden des *Judenrates*, die für die Redaktion verantwortlich waren, sofort eine Rüge ein. Solche Traueranzeigen durften außerdem nicht mehr publiziert werden.

Der Begriff Mauthausen fiel also nicht in *Het Joodsche Weekblad*. Das heißt: bis zum 7. August 1942. An diesem Tag stand er auf Befehl der Besitzer in großen Buchstaben auf der ersten Seite. Unmittelbarer Anlass war die in den Augen der Besitzer enttäuschende Reaktion auf die ersten Aufrufe zum sogenannten *Arbeitseinsatz im Osten*, die ab Mitte Juli bei den Betroffenen zu

Hause eingegangen waren. Die „Sonderausgabe“ sollte die Menschen wieder zur Ordnung rufen:

„*Juden, die nicht unmittelbar dem Aufruf für den Arbeitseinsatz in Deutschland Folge leisten, die keinen Judenstern tragen oder die ohne Zustimmung der Autoritäten ihren Wohnsitz oder ihre Wohnung wechseln, sie alle werden in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht.*“

Die letzte Informationsquelle ist meiner Meinung nach auch die wichtigste: die Todesnachrichten. Diese haben mehr als alles andere den Unheil verkündenden Ruf von Mauthausen in den Niederlanden bestimmt. Wie Ihnen vermutlich bekannt ist, war es in den Anfangsjahren des Krieges gebräuchlich, dass die Familie über den Tod einer in einem Konzentrationslager umgekommenen Person informiert wurde. Als Grund wurde in der Regel eine erfundene medizinische Todesursache genannt.

Solche Todesnachrichten kamen nun auch aus Buchenwald und Mauthausen. Die ersten, aus Buchenwald, erreichten den *Judenrat* bereits im Mai 1941. Es waren Todesnachrichten von jungen Menschen, die kurz vorher kerngesund aus Amsterdam abgeführt worden waren. Sie sollten an den Folgen von sehr unterschiedlichen, für Angehörige bestürzende Krankheiten, wie zum Beispiel Ruhr, Nierenentzündung und Blutkreislaufstörung, verstorben sein. Viele, Familien und *Judenrat*, schenkten diesen Berichten nicht sofort Glauben. Sie brachten damit die Gerüchteküche in der jüdischen Gemeinschaft zum Brodeln – mit allen sich daraus ergebenden, vor allem Angst verbreitenden Folgen.

Die Todesnachrichten schockierten nicht nur die Angehörigen und den *Judenrat*, sondern auch andere, wie z.B. die niederländischen Autoritäten. Ein hoher Beamter, der Generalsekretär des Innenministeriums, Frederiks, hatte darüber am 1. November eine Unterredung mit Rauter – er hatte selbst die Initiative dazu ergriffen. Aus ihrem Gespräch wird überdeutlich, dass Rauter sich sehr wohl des mörderischen Charakters Mauthausens bewusst war. „*Sie würden es dort*“, so meldete er Frederiks, „*kein halbes Jahr aushalten und ich vielleicht anderthalb Jahre.*“

Mauthausen, so muss die Schlussfolgerung lauten, blieb abgesehen von diesem einen Moment in *Het Joodsche Weekblad* und den Todesnachrichten fern von der Öffentlichkeit. Doch war der Begriff gerade darum tief verankert im Bewusstsein der jüdischen Bevölkerung. Eine fast abstrakte Größe, wodurch die Angst davor besonders zunahm oder wie es damals in jüdischen Kreisen auf den Punkt gebracht wurde: „*Mauthausen = Mordhausen*“.

Schlussfolgerung

Die für die Niederlande so bezeichnende Mauthausen-Periode – einzigartig in Europa – trägt im Wesentlichen dazu bei, die extrem hohe Prozentzahl (fast 80%) der umgekommenen niederländischen JüdInnen zu erklären. Sie verdeutlicht uns sowohl etwas über die Täter als auch über die Opfer.

In Bezug auf die Täter: Aus dem 1941 und 1942 ausgeübten Terror wird deutlich, wie es radikalen Vertretern der SS gelang, die Judenverfolgung von Beginn der Besetzung der Niederlande an ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Politik, um alle JüdInnen aus der niederländischen Gesellschaft zu entfernen, wurde eine besondere Strategie für Häftlinge entwickelt – diejenigen, die bevorzugt aus der Gesellschaft entfernt werden sollten und nicht mehr zurückzukommen brauchten.

Das Ziel dieser Strafpolitik bestand aus drei Teilen: der Vernichtung der oppositionellen Kraft der Juden – nach Mauthausen kamen Männer, zum größten Teil junge Männer –, so schnell und radikal wie möglich; dem Einschüchtern und der Disziplinierung der übrigen JüdInnen und schließlich der Einschüchterung und Disziplinierung des nicht-jüdischen Widerstandes.

Diese Politik, die durch ein hohes Maß an Gewalt gekennzeichnet war, war äußerst effektiv und trug in bedeutendem Maße dazu bei, die jüdische Be-

völkerung zu disziplinieren und auf die weiteren Deportationen vorzubereiten.

Damit komme ich zu den Opfern: Die Razzien, die Deportationen, die Morde und die Berichterstattung rundherum schärfte der übergroßen Mehrheit der jüdischen Bevölkerung eindeutig ein, dass das Befolgen der deutschen Maßnahmen die einzige Möglichkeit war, um die Besatzung überleben zu können. Das Nicht-Befolgen der deutschen Befehle bzw. das daraus resultierende Risiko, nach Mauthausen geschickt und zum Tod verurteilt zu werden, wog nicht auf gegen eine fügsame Haltung.

Die Mauthausen-Periode ging gleichsam über in die der Deportationen nach Auschwitz und andere Bestimmungsorte. Zunächst bereits chronologisch, doch noch wichtiger erscheint mir, dass die Strafdeportationen von 1941/1942 den Ton für die Zukunft angaben in dem Sinne, dass die Opfer durch den Ruf von Mauthausen psychisch auf die Deportationen vorbereitet waren.

Der *Arbeitseinsatz im Osten* – Auschwitz und Sobibor waren noch unbekannte Begriffe – bot noch eine Möglichkeit, Mauthausen nicht.

Als der berühmte niederländische Shoah-Historiker Jacques Presser in „*Ondergang*“ (1965), seinem Standardwerk über die Judenverfolgung in den Niederlanden, Mauthausen einführt, schrieb er:

„Mit diesem Namen taucht ein Wort auf, das mit fast magischer Kraft im Bewusstsein der damaligen niederländischen Juden herrschen sollte, synonym mit dem Vermuten eines unbekanntes, aber in jedem Fall grausamen Todes.“

Diese Charakterisierung hat bis heute, fast 50 Jahre nach dem Erscheinen seines Buches, noch nichts an Kraft eingebüßt.

Dr. Hans de Vries, geb. 1947, Studium der Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität Amsterdam. Seit 1975 tätig beim Niederländischen Institut für Kriegsdokumentation (Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie; NIOD), einem unabhängigen Informations- und Rechercheinstitut, gegründet im Mai 1945, das seit 1999 zur Königlich-Akademie der Wissenschaften gehört.

Als Teilzeit-Wissenschaftler Beschäftigung mit Schicksalen von NiederländerInnen in nationalsozialistischen Lagern, was zu Dutzenden Vorträgen in Europa, Israel und den USA sowie mehreren Publikationen geführt hat.

Publikationen (Auswahl):

- Komplette Überarbeitung von *The Underground Press, 1940-1945*/Lydia E. Winkel, 1954 (1989)
- *Juden aus Holland nach Theresienstadt*, in: KARNY, Miroslav (Hrsg.): *Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“* (1992)
- *Holländische Staatsbürger im KL Groß-Rosen*, in: KONIECZNY, Alfred (Hrsg.): *Die Völker Europas im KL Groß-Rosen* (1995)
- *Exploring Western archives in Russia*, in: *The return of looted collections (1946-1996): an unfinished chapter: proceedings of an international symposium to mark the 50th anniversary of the return of Dutch book collections from Germany in 1946* (1997)
- *„Sie starben wie Fliegen im Herbst“*, in: VAN KEULEN-WOUDSTRA, Alice (Red.): *Mauthausen 1938-1998* (2000)
- *Intern Camp Schoorl (june 1940-august 1941)*, in: *Terugblik '40-'45: monthly of the Documentatiegroep '40-'45*, vol. 41 (2003)
- *Das Konzentrationslager Herzogenbusch bei Vught: „streng und gerecht?“*, in: BENZ, Wolfgang/DISTEL, Barbara (Hrsg.): *Terror im Westen: Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945* (2004)
- *Herzogenbusch (Vught) – Stammlager*, in: BENZ, Wolfgang/DISTEL, Barbara (Hrsg.): *Der Ort des Terrors: Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager* (2008)

Mag. Alexander Prenninger, Historiker, seit 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für historische Sozialwissenschaft, Wien/Salzburg; seit 2004 Lektor am American Institute for Foreign Study, Salzburg; 2007 bis 2009 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg tätig, derzeit Projektmitarbeiter am „Mauthausen Survivors Research Project“ (MSRP).

Forschungsschwerpunkte: Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, Konzentrationslager und KZ-Gedenkstätten, Rituale des Gedenkens, Oral History und KZ-Überlebende.

Publikationen (Auswahl):

Die Erinnerung an die nationalsozialistischen Konzentrationslager (Hg., gem. mit A. Ehresmann, P. Neumann, R. Schlagdenhauffen; in Druck)

„Gnade oder Recht“. Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme. 40. Linzer Konferenz (Hg., gem. mit W. Garscha u.a., 2005)

Berufsschädigungen in der nationalsozialistischen Neuordnung der Arbeit (gem. mit A. Mejstrik u.a., 2004).

Alexander Prenninger

Netzwerke der Deportierten.

Mauthausen-Häftlinge im System nationalsozialistischer Terrorstätten

Das nationalsozialistisch besetzte Europa (und Nordafrika) war von einem bis heute kaum zahlenmäßig fassbaren Netz von Terrorstätten überzogen.¹ In der historiographischen Forschung wie auch in der öffentlichen Wahrnehmung stehen jedoch bis heute die Konzentrationslager im Zentrum der Aufmerksamkeit. Dabei wird übersehen, dass der überwiegende Teil der KZ-Häftlinge vor ihrer Ankunft in einem Konzentrationslager oft – und manchmal jahrelang – in zahlreichen anderen Terrorstätten inhaftiert war bzw. innerhalb des KZ-Systems von einem Lager ins andere transportiert, in ein oder mehrere Nebenlager überstellt oder unterschiedlichsten Außenkommandos zugeteilt wurde.

Mauthausen war für viele Häftlinge oft das letzte Lager, in das sie überstellt wurden. Jene ca. 860 Überlebenden, die im „Mauthausen Survivors Documentation Project“ interviewt wurden, waren im Durchschnitt in mehr als fünf Gefängnissen oder Lagern gewesen. Viele erlebten mehr als zehn Haftstationen.

In diesem Beitrag soll untersucht werden, wie diese Überlebenden die unterschiedlichsten Orte ihrer Deportation erlebten, auch im Vergleich zu Mauthausen, das für viele das schlimmste Lager war. Da die Konzentrationslager-Forschung meistens auf ein Lager fokussiert ist und auch übergreifende Darstellungen vielfach nur die internen Strukturen des KZ-Systems behandeln, ist der Zusammenhang der unterschiedlichen Lagerarten für die Deportation bisher kaum wahrgenommen worden. Tatsächlich sind die Gefängnisse, Aufanglager, Durchgangslager, Zwangsarbeits- oder Kriegsgefangenenlager oder Ghettos Teil eines gigantischen „Netzwerks des Terrors“, eines

Lagerarchipels, in dem die Häftlinge in „ewiger Bewegung“² waren.

Zugleich werden die Häftlinge in der Forschung meist als Verfügungsmasse des Terrorapparats gesehen, über die je nach Bedarf bestimmt wurde – nach den Erfordernissen der Verfolgungsapparate in den besetzten Gebieten, dem Bedarf an (Zwangs-)Arbeitskräften im Reich oder, gegen Kriegsende, den Auswirkungen des Kriegsverlaufs. Auch in den Lagern werden die Häftlinge häufig als anonyme, entpersonalisierte Gruppe gesehen, als „serielle Zwangsmasse“, der „absoluten Macht“ der SS wird die „absolute Ohnmacht“ der Häftlinge gegenübergestellt.³ Dabei finden wir jedoch in den Erlebnisberichten der Überlebenden eine völlig andere Sichtweise: Neuere Forschungen gehen deshalb eher davon aus, dass die Häftlinge auch unter den extremen Bedingungen der Lager ihre „soziale Identität“ zu bewahren versuchten – gerade um sich angesichts der traumatisierenden Umgebung „ihrer eigenen Menschlichkeit und Sozialität“ zu vergewissern.⁴

Ein zweiter Schwerpunkt dieses Beitrags sind die von den Deportierten selbst geknüpften Netzwerke der Unterstützung und Hilfe innerhalb des nationalsozialistischen Terrorsystems. Ein zentraler Moment in der Erinnerung der Überlebenden sind Mithäftlinge, die als FreundInnen und KameradInnen an den verschiedenen Haftorten eine wesentliche Ressource des Überlebens bildeten. Die gemeinsame Deportation oder das Zusammentreffen an einem bestimmten Haftort mit Familienangehörigen, Mitgliedern der gleichen Widerstandsgruppe oder auch nur Menschen aus der Heimat war für viele Überlebende eine Mög-

¹ Vgl. ORTH, Karin: Nationalsozialistische Terrorstätten. Orte nationalsozialistischer Exklusions-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik, in: BOTZ, Gerhard/FRITZ, Regina/PRENNINGER, Alexander (Hg.): Mauthausen überleben und erinnern. Bd. 1: Wege nach Mauthausen (in Vorbereitung).

² SOLSCHENIZYN, Alexander: Der Archipel GULAG, Reinbek 1988, hier v.a. der zweite Teil mit dem Titel „Ewige Bewegung“.

³ SOFSKY, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, 3. Auflage, Frankfurt a.M. 1999, S. 36f.

⁴ SUDERLAND, Maja: Ein Extremfall des Sozialen. Die Häftlingengesellschaft in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt a.M./New York 2009, S. 21.

lichkeit zur Aufrechterhaltung der eigenen Identität und manchmal auch für gemeinsame Widerstandsaktionen. Diese informellen Netzwerke der Deportierten wurden meist durch die Verlegung in ein anderes Gefängnis oder Lager zerstört und mussten dann neu geknüpft werden; manche konnten jedoch weite Wege der Deportation gemeinsam mit anderen zurücklegen.

Im Folgenden sollen diese Themen am Beispiel von französischen Überlebenden des Konzentrationslagers Mauthausen dargestellt werden. Ich stützte mich dabei vor allem auf die Interviews des MSDP, in dessen Rahmen 53 Franzosen und Französinen befragt wurden.

Etwa 9.400 französische Häftlinge, darunter 588 Frauen, waren in Mauthausen inhaftiert. Weniger als die Hälfte hat überlebt. Die ersten französischen Häftlinge – abgesehen von den republikanischen Spaniern, die bereits ab Sommer 1940 deportiert wurden – kamen im Mai 1942 nach Mauthausen, der Großteil in fünf Transporten im März/April 1942 und im April 1943. Die weiblichen Häftlinge wurden erst im März 1945 mit einem Evakuierungstransport aus Ravensbrück nach Mauthausen überstellt. Die Deportation der französischen Häftlinge ist auf zwei wesentliche Faktoren zurückzuführen. Zum einen auf die deutsche Besatzungspolitik in Frankreich, deren Terrormaßnahmen sich bis zum Frühjahr 1942 auf zwei Gruppen konzentrierten: Kommunisten und Juden. Die bevorzugte Methode der „Befriedung“ waren Geisellekutionen und die Deportation von *Nacht und Nebel*-Häftlingen in Gefängnisse auf dem Territorium des *Deutschen Reichs*. Die Massendeportationen ab Frühjahr 1942 sind dagegen nicht mehr nur als „Strafmaßnahmen“ gegen die wachsende Widerstandsbewegung zu sehen, sondern hängen mit einem zweiten Faktor zusammen: dem Funktionswandel der Konzentrationslager und dem wachsenden Bedarf an Arbeitskräften im *Reich*.⁵ Der überwiegende Teil der nach Mauthausen deportierten Franzosen

wurde deshalb auch nach kurzer Zeit in den Rüstungsbetrieben der Außenlager zur Zwangsarbeit eingesetzt.

Der lange Weg des Jean Courcier

Obwohl viele der interviewten Überlebenden erst 1943/44 in Mauthausen ankamen, hatte ihr Verfolgungsweg meist viel früher begonnen. Als ein Beispiel dafür soll hier die Verfolgungsgeschichte von Jean Courcier stehen.⁶

Jean Courcier stammt aus der Bretagne. Im Alter von 16 Jahren beginnt er bei der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF in Rennes zu arbeiten und erfährt dort auch seine Politisierung unter dem Einfluss der damaligen Volksfrontregierung im Milieu der Eisenbahnarbeiter. Er wird Mitglied der Gewerkschaft CGT und der Kommunistischen Jugend. Unter dem Eindruck der deutschen Besatzung – auch die Eisenbahnwerkstätten in Rennes werden in einen Rüstungsbetrieb für die deutsche Kriegswirtschaft umgewandelt – beginnt seine Widerstandstätigkeit. Er wird Teil einer Gruppe von kommunistischen Eisenbahnern und Studenten, die eine Untergrundzeitung herausgeben und arbeitet eng mit den studentischen Widerstandsführern zusammen. Anfang August wird er zusammen mit sechs weiteren Kollegen von der französischen Spezialpolizei verhaftet. Sie werden in das Militärgefängnis von Rennes überstellt und in der Präfektur verhört. „*Die Verfolgung hat begonnen*“, erinnert sich Courcier und fügt hinzu, dass der Polizist, der ihn verhaftet hatte, zu ihm sagte: „*Ach wissen Sie, die Präfektur, das sieht nach einer schlimmen Angelegenheit aus.*“ Courcier: „*Ich wurde in Handschellen zur Präfektur gebracht, nur zur Befragung. Die Befragung hat vier Jahre gedauert.*“

Ein Monat später wurde er von einem Sondergericht des Vichy-Regimes zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Er und seine Gefährten verbrachten diese 30 Monate im Zentralgefängnis von Poissy bei Paris, „*dem härtesten Gefängnis Frankreichs*“, wie er erzählt. „*Wir wurden schlimmer als Tiere behandelt.*“ Der Oberaufseher, erinnert er sich, habe ihnen gleich gesagt, dass sie als Kommunisten das Gefängnis nur mit dem Kopf voraus, also

⁵ DELACOR, Regina M.: L'évolution de la politique répressive pendant l'occupation allemande en France, in: GARNIER, Bernard/LELEU, Jean-Luc /QUELLIEN, Jean (Hg.): La Répression en France 1940-1945. Acte du colloque international 8, 9 et 10 décembre 2005, Mémorial de Caen, Caen: Centre de Recherche d'Histoire Quantitative 2007, S. 59-68.

⁶ AMM, MSDP, OH/ZP1/202, Interview mit Jean Courcier, Interviewerin: Juliette Montredon, 22.7.2002. Alle Zitate aus dem Interview wurden durch den Autor übersetzt.

in einem Sarg verlassen würden. Viele der in Poissy inhaftierten Kommunisten werden in dieser Zeit hingerichtet, da das Gefängnis der Besatzungsmacht als Geiselereservoir dient. Im September 1943 werden schließlich alle 400 politischen Gefangenen ins Gefängnis von Melun überstellt. Und nach dem Ablauf seiner Strafe, im Jänner 1944, wird er der deutschen Feldpolizei übergeben und ins Gefängnis Fontainebleau gebracht. Bereits am nächsten Tag werden die Gefangenen mit Lastwägen abgeholt und über Paris, wo Courcier noch einmal verhört wird, ins Sammellager Compiègne gebracht. Dort trifft er seine Haftkameraden aus Poissy wieder. Das Lager Compiègne ist für Courcier eine große Verbesserung gegenüber den vorangegangenen Gefängnissen: „Wir haben uns praktisch in Freiheit befunden.“ Er kann sich innerhalb des Lagers frei bewegen, kann Sport machen. Nach drei Monaten, im April 1944, wird er mit dem letzten Massentransport nach Mauthausen deportiert. Die Fahrt dauert drei Tage; er befindet sich in einem Viehwaggon zusammen mit 90 Männern. Am ersten Tag kann er noch einen Brief an seine Mutter aus dem Zug werfen, der tatsächlich sein Ziel erreicht. Als an der Grenze einige Deportierte zu flüchten versuchen, müssen alle ihre Kleidung abgeben und den Rest der Reise nackt verbringen. Bei der Ankunft in Mauthausen versteht er kein Wort, da er kein Deutsch spricht. Er erlebt die ersten Schläge und hat Streit mit einem anderen Franzosen, der ihm seine Lederjacke wegnehmen will. Nach der Aufnahme-prozedur – Duschen, Rasieren, Desinfektion, Austeilen der Häftlingskleidung und Einweisung in die Quarantäne – fragt er sich, wo er denn nun gelandet sei: „Eine Welt von Verrückten!“

Diese lange Geschichte von Jean Courciers Weg von der Verhaftung in Rennes im August 1941 bis zu seiner Ankunft in Mauthausen Anfang Juli 1944 – und schließlich seiner Befreiung Anfang Mai 1945 – ist aus mehreren Gründen bemerkenswert.

Seine Erzählung ist völlig anders strukturiert als etwa Jorge Sempruns berühmter Bericht über die „große Reise“ ins Konzentrationslager Buchenwald. Courciers Erinnerung an den Transport von Compiègne nach Mauthausen ist nur ein kleiner Teil seiner langen Ausführungen über die ver-

schiedenen Stationen von Rennes nach Mauthausen, von denen er die lange und schwere Haft in Poissy besonders in Erinnerung hat.

Sein langer Weg nach Mauthausen entspricht nur bedingt der landläufigen Interpretation der Deportation, die meist einem Schema folgt: Menschen werden verhaftet, nach kurzer Haft in die Konzentrationslager deportiert, wo sie bei ihrer Ankunft feststellen, dass sie in einer völlig anderen Welt gelandet sind und einen „Eingangsschock“ erleiden, von dem sie sich so schnell wie möglich erholen müssen, um zu überleben, da sie sonst als *Muselmann* enden und früher oder später sterben. Die Deportation ist demnach der Übergang von einer Welt zu einer anderen.

Bruno Bettelheim, der selbst 1938/39 in Buchenwald inhaftiert war, spricht in diesem Zusammenhang von einer „ursprünglichen Traumatisierung“, die völlig anders sei als der Schock „seiner bürgerlichen Rechte beraubt und ungesetzlich einige Tage in einem gewöhnlichen Gefängnis eingesperrt“ zu werden.⁷ Diesen Schock trennt er von der Erfahrung der ersten „bewussten und übermäßigen Akte der Folter, denen die Häftlinge [im Lager, AP] ausgesetzt waren“. Auch Terrence Des Pres, einer der schärfsten Kritiker von Bettelheims Thesen über das Überleben, kommt zu einer ähnlichen Diagnose:

„Die erste Begegnung mit dem Extrem warf die Häftlinge in eine Welt des reinen Terrors, eine Welt in der nichts Sinn machte und es keine Hoffnung gab. Der Aufprall war so überraschend und überwältigend, dass das Selbst ins Schleudern geriet und anfang sich aufzulösen.“⁸

Auch für Des Pres gelingt es Häftlingen zu überleben, wenn sie sich von diesem Schock erholen und eine anschließende Phase der Anpassung durchlaufen. Diese Sicht auf die Lagererfahrung geht davon aus, dass die extremen Bedingungen der Konzentrationslager in einem radikalen Gegensatz zur bisherigen Lebenswelt der Häftlinge stehen, aus der sie mit Gewalt gerissen wurden, und das Lager daher nicht nur die physische Existenz bedroht, sondern auch die psychische Integrität.

⁷ BETTELHEIM, Bruno: Individual and mass behavior in extreme situations, in: DERS.: Surviving and other essays, New York 1979, S. 48-83, hier 55.

⁸ DES PRES, Terrence: The survivor. An anatomy of life in the death camps, Oxford u.a. 1980, S. 76.

Dagegen hat bereits der deutsche Historiker Falk Pingel darauf hingewiesen, dass Erfahrungen, die vor dem Konzentrationslager gemacht wurden, die Fähigkeit sich der Lagersituation anzupassen, beeinflussten. Ein Inventar an Verhaltensmustern, das in der vorkonzentrationsären Zeit erworben worden war, ermächtigte Häftlinge, die Lagersituation in den Lebenshorizont zu integrieren.⁹

Eine solche Sichtweise hilft, Jean Courciers lange Erzählung über den Weg nach Mauthausen besser zu verstehen. Die Mehrheit der französischen Überlebenden des vorliegenden Samples war vor der Deportation nach Mauthausen über Monate oder Jahre in Haft – sowohl unter deutschen wie französischen Behörden. Mauthausen war für sie, wie für viele andere, das letzte Lager, in das sie kamen. Die Erfahrungen, die sie in französischen und deutschen Gefängnissen, Sammellagern, Polizeilagern, Kriegsgefangenenlagern und anderen Konzentrationslagern gemacht hatten, waren wichtige Voraussetzungen, um im Lager zu überleben.

Solche Verhaltensmuster waren nicht unbedingt auf vorangegangene Erfahrungen von Haft und Internierung beschränkt, sondern wurden oft bereits in der sozialen und materiellen Lebenswelt vor Beginn der Verfolgung erworben. Courcier war besonders stark durch das soziale und politische Milieu der Eisenbahnarbeiter beeinflusst worden. In diesem Milieu hatte er sich der kommunistischen Jugendorganisation angeschlossen; hier kamen er und seine Freunde in Kontakt mit dem Widerstand – „unter der Anleitung der Älteren unter uns“, wie er sich erinnert; und hier lernte er die Gesetze des Untergrunds. In seiner Erzählung über die verschiedenen Gefängnisse finden sich zwei Hauptthemen: die Tatsache, dass er die meiste Zeit mit seinen Kameraden aus dem Widerstand zusammen war, und die Bemühungen und Anstrengungen gegenüber den Wachen, ihre Lebenssituation in der Haft zu verbessern. Die einzigen Momente vor Mauthausen, die er von seinen Kameraden getrennt erlebte, war eine kurze Zeit vor seiner Überstellung an die deutschen Behörden und der Aufenthalt im Gefängnis

von Fontainebleau. Dort traf er die Opfer einer Razzia, denen er seine Geschichte erzählte:

„Brave Franzosen, die nichts gemacht hatten. Es gab auch Widerstandskämpfer, aber... Es war eine Unordnung in diesem Gefängnis. Also ich sagte: ‚Ach gut, es sind jetzt zweieinhalb Jahre, dass ich in Haft bin.‘ Niemand hat mir geglaubt. Sie sagten: ‚Er ist verrückt!‘ Niemand glaubte mir. Zwei Jahre, zwei Jahre und ein halbes.“

Seine diskrete Distanzierung von den „braven Franzosen, die nichts getan hatten“, d.h. nicht wie er im Widerstand waren sondern zufällige Opfer einer Razzia, weist auf ein anderes Moment hin, das für Courciers Überleben im Lager wichtig war. Sein politisches Engagement im Rahmen des kommunistischen Widerstands lieferte ihm auch eine Möglichkeit, seine Verhaftung und Deportation im Rahmen einer Weltanschauung zu interpretieren und seinem persönlichen Schicksal Sinn zu geben.¹⁰

Auch Jeanne Bonneaux, die ebenfalls ihre politische Sozialisation im Rahmen der Kommunistischen Partei erfuhr, erklärt ihr Überleben vor diesem Hintergrund:

„Was mir vielleicht geholfen hat, und was allen Proletariern wie mir geholfen hat, und ich hatte mich damals entschlossen, Proletarierin zu sein. Ich hatte das gewählt, denn ich hätte auch als Krankenschwester nach Indochina gehen können. (...) Ja, ich denke, wenn man ein so schweres Leben hat, dann ist man das eben gewohnt. Das ist nichts Neues. Also natürlich war dieses Leben [im Lager, AP] viel schwerer, aber ich denke, das hatte uns trotzdem einen gewissen Charakter verliehen.“¹¹

Etwas später erinnert sie sich, dass sie und ihre Kameradinnen, als sie auf den Evakuierungstransport von Ravensbrück nach Mauthausen geschickt wurden, in guter körperlicher Verfassung waren:

„Aber es stimmt, dass, wenn man davor ein hartes Leben hatte, das einen eben härter macht... Man ist nicht daran gewöhnt, verbätschelt zu werden oder so sehr vom Leben verwöhnt zu werden. (...) Nun aber, dort [in Mauthausen, AP], das war das absolute Böse.“

⁹ PINGEL, Falk: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978 (Historische Perspektiven, 12), S.12 f.

¹⁰ Vgl. PINGEL (1978): Häftlinge, S. 171.

¹¹ AMM, OH/ZP1/326, Interview mit Jeanne Bonneaux, Interviewerin: Julia Montredon, 26./27.10.2002

Es wird schlechter...

In allen Erzählungen über die Deportation findet sich das Gefühl einer zunehmenden Verschlechterung der persönlichen Situation. Dass die Situation ernst ist, erwähnt Courcier bereits bei der Verhaftung; aber das erste Gefängnis war zu ertragen:

„Wir wurden mehrere Male verbört, ohne allzu schlechte Behandlung. Sicher, einige Kempler, aber letztlich: das war nicht schlimm, es gab noch keine Badewanne – keine Folter.“¹²

Dass er zu 30 Monaten Haft verurteilt wurde, verschlimmert die Situation: Er durfte die Haft nicht im Gefängnis des Departements in Rennes absitzen, sondern kam nach Poissy, für ihn das schlimmste Gefängnis Frankreichs.

Den Deportationstransport, vor allem im Rahmen von Massentransporten, empfinden die meisten als deutliche Verschlechterung. Ein anderer französischer Überlebender, Henri Maître, erzählt darüber:

„In Compiègne blieben wir nur einige Tage, bis zu dem Tag, als der Aufruf kam. Ein neuer Transport war geplant. Wir wussten nicht, ob es in ein Konzentrationslager gehen würde, nur dass es schwerer werden würde, immer schwerer. Nichts im Vergleich zu dem, was wir schon erlebt hatten. Wir wurden in die Waggons verfrachtet und wir wussten, dass es schwerer werden würde, weil es Viehwaggons waren.“¹³

Die Unsicherheit, wohin der Transport gehen würde, taucht ebenfalls in vielen Interviews auf. Courcier schrieb in dem Brief an seine Mutter, dass er nach Weimar in die Salzminen kommen würde. Das Gefühl der Verschlechterung hat auch damit zu tun, dass die Transporte nach Deutschland gingen und die Deportierten Frankreich verließen. Das Überqueren der Grenze wird von vielen erinnert. Der von Courcier erwähnte Fluchtversuch passierte genau am Grenzübergang. Auch die Viehwaggons werden als Zeichen der Verschlechterung gesehen. In den vielen vorangegangenen Transporten von einem Gefängnis zum anderen und in die Sammellager wurden, wie die Überlebenden retrospektiv erinnern, „noch

keine“ Viehwaggons benutzt. Auch die Größe der Transporte von 1943/44 mit 1.000 bis 2.000 Menschen spielte eine Rolle. Vor 1943 bestanden Deportationstransporte aus kleinen Gruppen von zehn, zwanzig oder fünfzig Personen und wurden im Rahmen regulärer Personenzüge – in separaten Abteilen oder Sonderwaggons – durchgeführt.

Allerdings ist der Topos der Verschlimmerung nicht immer eine konstant ansteigende Linie. Oft wurden bestimmte Stationen auf dem Deportationsweg auch als Verbesserung zum vorhergehenden Ort empfunden. Courcier verbindet das Sammellager Compiègne vor allem mit Freiheit. Eine Freiheit, die vor allem mit der geografischen Ausdehnung des Lagers zu tun hat und die er als Befreiung aus den engen, überfüllten Gefängniszellen empfand. Außerdem kam er dort mit seinen Kameraden aus Poissy und Rennes wieder zusammen. Auch Jean Mansching, der aus Lyon nach Compiègne kam, hat in ähnlicher Weise das Sammellager mit seinem früheren Gefängnis Montluc verglichen:

„Als wir in Montluc (...) waren, waren wir sechs oder sieben in einer Zelle, 2,6 Meter auf 2,25 Meter. Sieben Kerle in sowas. Es war schrecklich, die sanitäre Situation, es roch schlecht, wir wuschen uns nicht (...) Ich war nur vier Monate dort. Als wir nach Compiègne kamen, war es ein Paradies, du konntest herumgehen, du konntest dich waschen, wir hatten alle Kleidung, die uns die Eltern geschickt hatten, wir konnten tauschen und die Kleider waschen; es gab sogar ein Theater.“¹⁴

Die gleiche Formulierung findet sich auch bei Henri Maître, der im Vergleich zu Mauthausen das Sammellager in Compiègne als „ein kleines Paradies, ein kleines, rubiges Paradies“ bezeichnet.¹⁵

Selbst die *Nacht und Nebel*-Häftlinge in deutschen Gefängnissen machten unterschiedliche Erfahrungen an verschiedenen Orten: manchmal wurde es besser, manchmal schlechter. Huguette Gallais, die vor Mauthausen in einem Dutzend Gefängnissen und – nach einem Todesurteil mit anschließender Begnadigung – zwei Jahre in Einzelhaft gewesen war, erlebte das Frauengefängnis in Cottbus als große Erleichterung: Nicht nur die Einzelhaft war zu Ende, sie traf auch ihre Mutter und Freundinnen wieder, mit denen sie zusam-

¹² Die „Badewanne“ verweist auf die von der *Gestapo* in Frankreich besonders häufig angewandte Methode der Wasserfolter.

¹³ AMM, OH/ZP1/318, Interview mit Henri Maître, Interviewerin: Maryline Tranchant, 6.6.2002.

¹⁴ AMM, OH/ZP1/197, Interview mit Jean Mansching, Interviewerin: Anne-Sophie Pico, 24.6.2002.

¹⁵ AMM, OH/ZP1/318, Interview Maître.

men verhaftet worden war. Als sie Cottbus verließen, erzählt sie:

„Jetzt verlassen wir Cottbus, jedes Mal, wenn wir einen Ort verließen, sagten wir: Wir dürfen nicht aufgeben! Mädchen, es wird besser werden! Ja, aber dann kamen wir nach Ravensbrück: Immer, es war immer schlimmer“,

und lacht dabei. Mauthausen, wo sie im März 1945 ankam, war für sie der Gipfel, das „*Sabnehäubchen*“:¹⁶

Netzwerke der Unterstützung

Das Beisammensein mit KameradInnen, mit Familienangehörigen und FreundInnen ist für viele Überlebende ein elementares Bedürfnis – und das Alleinsein eine der schwierigsten Erfahrungen. Die Verfolgungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden gegen die französische Widerstandsbewegung führten häufig zur Verhaftung ganzer Gruppen von Personen, die in einem *réseau* (Netzwerk) organisiert waren. Courcier wurde mit sechs weiteren Mitgliedern seiner Gruppe verhaftet; allen sieben wurde gemeinsam der Prozess gemacht und alle sieben wurden nach Poissy verlegt. Der starke Gruppenzusammenhalt war jedoch auch mit einer deutlichen Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen verbunden:

„Wir wurden mit den Ganoven zusammengelegt! Wir waren nur sieben, sieben Junge da. Alle anderen (...) das waren Diebe, Gangster, alles Mögliche, Gesindel, Lumpenproletariat [im Original Deutsch], wie man sagt.“

Erst als immer mehr politische Häftlinge in das Gefängnis kamen und diese bald zahlenmäßig dem „Gesindel“ überlegen waren, fühlte er sich in seiner eigenen Position gestärkt:

„1943 waren fast 400 Kommunisten dort. Nicht nur, aber sicher drei Viertel oder mehr. Mehr als 400. Dann haben wir uns organisiert, zwangsläufig (...) Die Stimmung hat sich trotzdem ein wenig geändert...“

Das Gefühl der Stärke gegenüber den kriminellen Häftlingen, aber auch gegenüber den Wärtern kulminierte für ihn schließlich in einer deutlichen Demonstration am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, als alle politischen Häftlingen in

der Speisesaal die Marseillaise sangen: *„So was hatte man in Poissy noch nicht gesehen!“* Der Erfolg dieser Feier zeigte sich für ihn auch darin, dass sie nicht bestraft, sondern sogar von den übrigen Häftlingen getrennt untergebracht wurden und die Untergrundaktivitäten nun verstärkt werden konnten. Das enorm gestärkte Selbstbewusstsein der Gruppe setzte sich auch fort, als die politischen Häftlinge ins Zentralgefängnis von Melun verlegt wurden:

„Während des ganzen Tages [der Zugreise, AP] haben wir in unseren Abteilen demonstriert, wir haben gegen die Fenster geschlagen, wir haben gesungen, und sie haben uns machen lassen. Und als wir in Melun ankamen, es gab dort schon politische Häftlinge, die waren glücklich uns zu sehen. Und ganz Melun sagte, das ist die Revolution.“

Das Getrenntsein von den Kameraden war für Courcier dagegen eine traurige und auch bedrohliche Erfahrung. Als die meisten politischen Gefangenen in andere Gefängnisse verlegt worden waren, blieben nur einige wenige, die bald entlassen werden sollten, zurück:

„Ich bin geblieben. Ich habe meine Freunde gehen sehen. Da hatte ich Tränen in den Augen, ich erinnere mich. Mein kleiner Freund Rostaing, der nicht zurückgekommen ist, Pierrot Rostaing, wir waren immer zusammen, und Marcel Pérabe, der Bürgermeister von Arnouville-les-Gonesses, wir waren immer... wir waren eine Dreier-Gruppe (...) Rostaing ist gegangen, ich erinnere mich, ich hatte... wir weinten, ich weinte. Wir waren wie zwei Verliebte dort, wir weinten. Und wir haben ‚Ce n’est qu’un au revoir‘ gesungen.“¹⁷

Auch im nächsten Gefängnis hatten seine neuen Mithäftlinge nichts mit ihm gemeinsam. In den vorangegangenen Gefängnissen Poissy und Melun hatte er dagegen nicht nur die mit ihm verhafteten Kameraden seiner Widerstandsgruppe um sich, er lernte auch zahlreiche wichtige Persönlichkeiten des kommunistischen Widerstands in Frankreich kennen, darunter Artur London und der Verleger René Hilsun, der die Untergrundzeitung der KP „L’Humanité“ mit Papier belieferte. Viele dieser Personen traf er später wieder in Compiègne, mit einigen wurde er im gleichen Transport nach Mauthausen deportiert.

¹⁶ AMM, MSDP, OH/ZP1/333, Interview mit Huguette Gallais, Interviewerin: Julia Montredon, 25. 11. 2002.

¹⁷ Das Lied „Ce n’est qu’un au revoir“ ist die französische Version von „Auld lang syne“. Es gibt mehrere verschiedene französische Textvarianten.

Eine zweite Erfahrung des Alleinseins machte er in Gusen, als er durch einen Zufall einem anderen Arbeitskommando zugeteilt wurde. Am neuen Arbeitsplatz angekommen, erinnert er sich:

„Ah, gut, ich sagte mir, schau! Ich wusste nicht, wo ich war. Und dann hab ich bemerkt, dass mich alle angesehen haben. Ich sah: es gab nur Russen in dem Kommando. Ich fand... Ich suchte einen Franzosen, unbedingt, das erste, das ist, sich unter uns zu finden. Es gab keinen einzigen Franzosen dort. (...) Ich fragte mich wo ich war. Ich war in der Roten Armee. (...) Alle sahen mich an, ich war der einzige Franzose. ‚Franzuso!‘, ‚malo Franzuso!‘, ‚kleiner Franzose, auf Russisch: ‚Malo, malo Franzuso!‘ Ich hörte das, ich verstand gar nichts, und ich bin acht Monate in dem Kommando geblieben.“

Erst nach längerer Zeit kamen zwei weitere Franzosen in das Kommando, mit denen er mehr als nur ein paar Worte wechseln konnte.

Die Tatsache, dass die meisten Überlebenden sich auch im Lager häufig nur mit Angehörigen der eigenen Nation zusammentaten, ist auch durch die gemeinsame Sprache zu erklären. Jeanne Bonneaux antwortet auf die Frage, ob sie auch mit Polinnen oder anderen Häftlingen in Verbindung kam: *„Wir waren unter Französisinnen. Wir sprachen Französisch miteinander.“*¹⁸ Das Fehlen der verbindenden Sprache führte manchmal auch zu Konflikten. Gisèle Guillemot erinnert sich an solche Probleme mit den Roma und Sinti-Frauen im Lager:

*„Sie sprachen nicht dieselbe Sprache [...] wissen Sie, Babel, das ist wirklich eine Strafe, weil, wenn man nicht dieselbe Sprache spricht und man es nicht schafft, sich zu verständigen, endet es immer mit Schlägen oder Beschimpfungen.“*¹⁹

Nur wenige Überlebende hatten weitergehende Sprachkenntnisse und die Pidgin-Sprache des Lagers erlaubte nur eine beschränkte Kommunikation mit Häftlingen anderer Nationalität. Als Courcier in der Quarantäne mit Häftlingen aus verschiedensten Nationen zusammen war, war es die Sprachbarriere, die für ihn die Quarantäne unerträglich machte.

Pierre Serge Choumoff erinnert sich dagegen, dass ihm seine Sprachkenntnisse – seine Familie war russischer Herkunft, und er hatte kurzzeitig in Polen gelebt – sehr halfen:

„Und tatsächlich habe ich innerhalb eines Jahres ausreichend Polnisch gelernt und ohne... ohne es später oft zu sprechen, aber nichtsdestotrotz habe ich, als ich ins Lager kam, gleich die Möglichkeit gehabt, Dinge sprachlich zu verstehen, was... was mir weitergeholfen hat.“

Er fügt aber auch sofort hinzu:

*„Aber durch nichts konnte die Freundschaft oder Kameradschaft unter Franzosen ersetzt werden, die gemeinsam in Romainville waren [fröhlich] und, wie ich Ihnen bereits erzählt habe, mit Handschellen aneinander gefesselt waren...“*²⁰

Die gemeinsamen Erfahrungen vor der Deportation als Bindeglied betont auch Jeanne Bonneaux, als sie gefragt wird, ob sie auf dem langen Evakuierungstransport von Ravensbrück nach Mauthausen Bekanntschaften gemacht hat: *„Das war keine Frage der Dauer...“* Auf die Frage, was denn Zusammengehörigkeit geschaffen hat, antwortet sie:

„Die Résistance. Wir waren Widerstandskämpferinnen, wir waren Widerstandskämpferinnen, diejenigen, die Kommunistinnen waren... nun, wir waren einfach Kommunistinnen, wir hatten unser Ideal, wir glauben an die die UdSSR, wir glaubten da alles.“

Auch in dem geschilderten Konflikt zwischen den Französisinnen und den „Zigeunerinnen“ in Ravensbrück ging es nicht nur um die trennende Sprache:

„Es gab ununterbrochen Raufereien, ununterbrochen. Und dann, ich sage es Ihnen ja, es waren nicht nur Widerstandskämpferinnen, nicht wahr. Also all diese Zigeunerinnen, die da waren, sie wussten nicht, warum sie da waren, nur weil sie Zigeunerinnen waren mit ihren kleinen Kindern, die sie verteidigten wie Wölfinnen, immer bereit, uns etwas zu stehlen, um ihren Kindern essen zu geben. Was normal war, nicht wahr. Also, nein, es lief sehr schlecht (...) Aber wir vermieden Konfrontationen, weil wir praktisch immer alle jene, alle NN waren, all jene vom Block 32, folglich alle Widerstandskämpferinnen, also wir wollten keine Konfronta-

¹⁸ AMM, MSDP, OH/ZP1/326, Interview Bonneaux.

¹⁹ AMM, MSDP, OH/ZP1/331, Interview mit Gisèle Guillemot, Interviewerin: Julia Montredon, 1.8./26.9.2002.

²⁰ AMM, MSDP, OH/ZP1/316, Interview mit Pierre Serge Choumoff, Interviewerin: Maryline Tranchant, 14.11.2002.

tionen, folglich hielten wir uns... hielten wir sie fern, nicht. (...) Wir waren wirklich zwei deutlich getrennte Gruppen.“

Diese Schilderung birgt eine weitere Erklärung für die starke Gruppenbildung – der Kampf um die knappen Ressourcen des Lagers. In vielen Interviews findet sich der Topos der Solidarität oder Brüderlichkeit. Von manchen Überlebenden wird sogar vehement bestritten, dass es unter den Häftlingen Konflikte gab. Häufiger, wie bei Gisèle Guillemot, werden diese Konflikte zwischen nationalen Gruppen geschildert – Guillemot vergleicht etwa die Roma und Sinti mit den Ungarinnen, mit denen es „etwas besser“ ging. Henri Maître, der über ähnliche Konflikte mit Polen und Tschechen berichtet, zeigt aber auch Verständnis für diese Haltung:

„Wissen Sie, ein Tscheche, der wegen unseres Verhaltens gegenüber seinem Land auf einen Franzosen nicht gut zu sprechen ist, den verstehe ich. Trotzdem, er wird ihn deshalb nicht umbringen wollen. Aber wenn es um Hilfeleistung geht, um einen besseren Platz oder eine Tracht Prügel, dann wird er seinen Freund bevorzugen, dann erst kommen die anderen, mein Gott, ja.“

Die unbedingte Notwendigkeit unter den Bedingungen der Haft und des Lagers Gruppenbeziehungen aufrechtzuerhalten, die von den Überlebenden immer wieder betont wird, führt manchmal aber auch zu einem Gruppendruck gegenüber jenen, die sich verweigern. Jeanne Bonneaux berichtet etwa über eine Mitgefangene im Frauengefängnis von Cottbus:

„Und da gab es ein Mädchen, das sehr egoistisch war, und das war schade, denn sie war eine Lehrerin. Man darf nicht egoistisch sein mit... Aber nun, sie dachte nur an sich. Und sie war mir schon aufgefallen, als ich in Cottbus war. Sie war... Nun, sie wollte eben überleben. Und ich hatte ihre Einstellung bemerkt, sie hatte kein Mitleid mit den Alten, kein Mitleid, das war... Sie musste durchkommen. Und-, einmal hat sie eine Knoblauchknolle gefunden. Also, eine Knoblauchknolle, das war eine große Sache, eine Knolle, die konnte für zumindest 20 Personen Überleben bedeuten. Sie hat die Knolle ganz allein für sich behalten. Ich weiß nicht, was sie damit gemacht hat, weil... Nun, sie hat sie gegessen, natürlich, aber... Nun, danach war sie krank. Ich weiß nicht, was sie hatte, irgendeinen Typhus, aber sie ist gestorben, weil da keiner war, der ihr helfen konnte.“

Weil (...) man konnte nicht allein bleiben. Allein war man tot. Man musste zusammenhalten.“²¹

Der Tod des Mädchens wird in dieser Passage direkt mit ihrer egoistischen Haltung verknüpft, obwohl zugleich auch ein gewisses Verständnis – „sie wollte eben überleben“ – spürbar wird.

Die Einordnung in die eigene nationale Gruppe ist für viele Überlebende eine Möglichkeit, ihre Identität als Franzosen bzw. Französinnen, aber auch als KommunistInnen und WiderstandskämpferInnen in der Deportation zu bewahren. Für viele ist jedoch die direkte Unterstützung durch Freunde und Freundinnen oft wesentlich wichtiger. Jean Courcier hat in seiner Erzählung über den Abschied der Kameraden in Melun sehr emotional über seine Beziehung zu seinem Freund Pierre Rostaing gesprochen. Gisèle Guillemot freundete sich im Gefängnis von Cottbus mit einer Gruppe von Frauen an, die aus dem gaullistischen, intellektuellen Widerstand in Paris kamen. Eine dieser Frauen ihrer „Cottbuser Gruppe“ wurde ihre mütterliche Freundin:

„Sie waren außergewöhnliche Mädchen. Ich hatte mich ihnen sehr angenähert und unter ihnen gab es Odile. Und Odile, die mich freundschaftlich ins Herz geschlossen hatte, und ich empfand sehr, sehr große Bewunderung für Odile. Es war jemand, den ich sehr mochte, wirklich, für den ich eine große, große Zuneigung empfand. (...) Wir kümmerten uns gegenseitig umeinander. Sie war sehr viel älter als ich, weil sie 50 Jahre alt war, und ich war nur 22 Jahre alt, aber wir standen zueinander, das war eine moralische Hilfe (...) Sie war für mich eine große moralische Stütze und dann war sie auch gebildet, sie brachte mir viele Dinge bei, die ich nicht kannte, auch um zu überleben.“

Gisèle Guillemot konnte diese enge Beziehung von Cottbus über Ravensbrück bis nach Mauthausen aufrechterhalten. Als Odile nur wenige Tage vor der Befreiung starb, fühlte sich Guillemot plötzlich alleine gelassen:

„Ich habe nicht weinen können, denn einen Augenblick lang war ich auf sie böse. Ich verübelte es ihr, gestorben zu sein.“

Ihre Verzweiflung über den Verlust ist am größten im Moment der Befreiung:

²¹ AMM, OH/ZP1/326, Interview Bonneaux.

„Und am Tag ihres Todes und am Morgen des 20. April, als ich neuerlich diese Stiegen hinaufgestiegen bin und diesen höllischen Steinbruch da durchquert habe (...) An diesem Morgen, da war ich wirklich am Ende meiner Kraft und ich habe oben auf der Treppe zu weinen begonnen, indem ich sagte: ‚Niemand wieder werde ich sie hinaufsteigen, ich will lieber sterben. Es ist aus, ich werde diese Stufen nicht mehr hinaufgehen!‘“

Wie sehr Guillemot von dieser Beziehung geprägt war, zeigt sich auch nach der Befreiung, als sie die orthodoxe Haltung der kommunistischen Genossen immer kritischer sieht, weil diese „nur schwer akzeptieren, dass man anders denkt als sie, weil Odile, sie war keine Kommunistin.“ Selbst die Beziehung zu ihrer Mutter wurde davon beeinflusst:

„Ich habe nur von Odile gesprochen, daraufhin hat meine Mutter eine ziemlich seltsame Reaktion gezeigt, sie war auf Odile eifersüchtig. Sie sagte zu mir: ‚Was hat sie, was ich nicht habe?‘ Nun, sie war eifersüchtig. Also, es ist schwer gewesen. Und da habe ich also aufgehört zu reden.“²²

Gisèle Guillemot und Jean Courcier, die beide eine enge Beziehung zu einem Freund, einer Freundin aufbauen konnten, entsprechen einem Muster, das Elmer Luchterhand in seinen sozialpsychologischen Untersuchungen von Überlebenden von Mauthausen und Gusen als ganz wesentlich für das Überleben definiert hat: „Stabile Paarbeziehungen waren die elementare Einheit des Überlebens.“²³ Der Verlust solcher stabiler Beziehungen oder die Unfähigkeit solche aufzubauen, schwächten die Überlebenschancen. Eine andere Studie von Herbert A. Bloch, der die Gruppenbeziehungen von weiblichen ungarischen Überlebenden des Mauthausener Außenlagers Lenzing mit denen von männlichen französischen Häftlingen des Buchenwalder Außenlagers Ohrdruf verglich, zeigte aber auch, dass die Fähigkeit zur Gruppenbildung auch von der Struktur der Gruppe abhängig ist: Die französischen Überlebenden waren politische Häftlinge mit Résistance-Hintergrund, ähnlich wie die hier vorgestellten Überlebenden, und hatten wesentlich bessere Organisations- bzw. Segregationsmuster, während

²² AMM, OH/ZP1/331, Interview Guillemot.

²³ LUCHTERHAND, Elmer G.: Social behavior of concentration camp prisoners: continuities and discontinuities with pre- and postcamp life, in: DIMSDALE, Joel E. (Hg.): Survivors, victims, and perpetrators: essays on the Nazi Holocaust, Washington D.C. 1980, S. 259-282, hier 268.

die ungarischen Frauen aus unterschiedlichsten sozialen Milieus kamen und aufgrund dieser Heterogenität eine Gruppenbildung kaum gelang.²⁴

Zusammenfassung

Viele Überlebende des Lagersystems Mauthausen landeten in diesem Lager, nachdem sie einen langen Weg durch die Gefängnisse und Lager des nationalsozialistischen Terrorsystems zurückgelegt hatten. Die Erfahrungen, die sie auf ihren Deportationswegen machten, half vielen, die – auch im Vergleich zu den vorhergehenden Haftstationen – extremen Bedingungen in Mauthausen (bzw. seinen Außenlagern) besser zu meistern. Der Anfangsschock, den Bruno Bettelheim in seiner eigenen, relativ kurzen Erfahrung unter den besonderen Bedingungen der Jahre 1938/39 in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald erlebt hatte, trifft für die hier vorgestellte Gruppe nur zum Teil zu. Die schweren Haftbedingungen in manchen Gefängnissen oder anderen Konzentrationslagern milderten diesen Schock etwas ab, auch wenn der Weg der Deportation meistens als eine permanente Verschlechterung der eigenen Situation und zunehmende Bedrohung des Lebens empfunden wurde.

Eine wesentliche Ressource für das Überleben war auch das Gefühl, Teil einer Gruppe zu sein – hier jene der französischen, vorwiegend kommunistischen, WiderstandskämpferInnen. Die Herkunft aus einem bestimmten sozialen und politischen Milieu und die im Widerstandskampf erworbenen Fähigkeiten, sich im Untergrund zu organisieren, trugen ebenfalls dazu bei, auch unter den Bedingungen eines Konzentrationslagers, der persönlichen Situation einen Sinn zu geben und die vorkonzentrationsären Erfahrungen auch im Lager als Überlebensressource zu verwenden. Für die Aufrechterhaltung einer sozialen Identität war es daher in allen Stationen der Deportation notwendig, sich mit Gleichgesinnten bzw. Personen gleicher (nationaler) Herkunft zusammenzutun und sich gegen andere Gruppen abzugrenzen. Die gerade von Überlebenden mit kommunistischem

²⁴ BLOCH, Herbert A.: The personality of inmates of concentration camps, in: AMERICAN JOURNAL OF SOCIOLOGY 52.4, 1947, S. 335-341.

Hintergrund oft zitierte internationale Solidarität war tatsächlich eher eine national geprägte Solidarität. Darüber hinaus waren es jedoch vor allem die engen persönlichen Beziehungen zu einzelnen Mithäftlingen, die eine wichtige emotionale Ressource des Überlebens darstellten. Der Verlust

solcher Beziehungen bedrohte auch das eigene Leben. Die Häftlingsgesellschaft war geprägt durch soziale Strukturen, die denen außerhalb des Lagers ähnelten und von den Häftlingen mit ins Lager gebracht wurden.

Literatur:

BETTELHEIM, Bruno: Individual and mass behavior in extreme situations, in: DERS.: *Surviving and other essays*, New York 1979, S. 48-83

BLOCH, Herbert A.: The personality of inmates of concentration camps, in: *AMERICAN JOURNAL OF SOCIOLOGY* 52.4, 1947, S. 335-341

DELACOR, Regina M.: L'évolution de la politique répressive pendant l'occupation allemande en France, in: GARNIER, Bernard/LELEU, Jean-Luc /QUELLIEN, Jean (Hg.): *La Répression en France 1940-1945. Acte du colloque international 8, 9 et 10 décembre 2005*, Méorial de Caen, Caen: Centre de Recherche d'Histoire Quantitative 2007, S. 59-68

DES PRES, Terrence: *The survivor. An anatomy of life in the death camps*, Oxford u.a. 1980

LUCHTERHAND, Elmer G.: Social behavior of concentration camp prisoners: continuities and discontinuities with pre- and postcamp life, in: DIMSDALE, Joel E. (Hg.): *Survivors, victims, and perpetrators: essays on the Nazi Holocaust*, Washington D.C. 1980, S. 259-282

ORTH, Karin: Nationalsozialistische Terrorstätten. Orte nationalsozialistischer Exklusions-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik, in: BOTZ, Gerhard/FRITZ, Regina/ PRENNINGER, Alexander (Hg.): *Mauthausen überleben und erinnern. Bd. 1: Wege nach Mauthausen (in Vorbereitung)*

PINGEL, Falk: *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978 (*Historische Perspektiven*, 12)

SOFSKY, Wolfgang: *Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager*, 3. Auflage, Frankfurt a.M. 1999

SOLSCHENIZYN, Alexander: *Der Archipel GULAG*, Reinbek 1988 (v.a. der zweite Teil mit dem Titel „Ewige Bewegung“)

SUDERLAND, Maja: *Ein Extremfall des Sozialen. Die Häftlingsgesellschaft in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, Frankfurt a.M./New York 2009

Interviews:

AMM, OH/ZP1/326, Interview mit Jeanne Bonneaux, Interviewerin: Julia Montredon, 26./27.10.2002

AMM, MSDP, OH/ZP1/316, Interview mit Pierre Serge Choumoff, Interviewerin: Maryline Tranchant, 14.11.2002

AMM, MSDP, OH/ZP1/202, Interview mit Jean Courcier, Interviewerin: Juliette Montredon, 22.7.2002

AMM, MSDP, OH/ZP1/333, Interview mit Huguette Gallais, Interviewerin: Julia Montredon, 25. 11. 2002

AMM, MSDP, OH/ZP1/331, Interview mit Gisèle Guillemot, Interviewerin: Julia Montredon, 1.8./26.9.2002

AMM, OH/ZP1/318, Interview mit Henri Maître, Interviewerin: Maryline Tranchant, 6.6.2002

AMM, OH/ZP1/197, Interview mit Jean Mansching, Interviewerin: Anne-Sophie Pico, 24.6.2002

Titus Lenk

Gibt es eine braune Internationale?

Einführung: Was ist überhaupt die extreme Rechte?

Bevor wir uns dem großen Fragenkomplex „Gibt es eine braune Internationale?“, also ob es eine international agierende extreme Rechte gibt, widmen, sollte erst einmal geklärt werden, was die extreme Rechte überhaupt ausmacht.

Die extrem rechte Ideologie ist eine Gesinnung, die Menschen in Gruppen einteilt, sie hierarchisiert und danach (be)handelt. Extrem rechte Ideologie beinhaltet folgende Komponenten in mehr oder weniger ausgeprägter Form¹:

- einen Nationalismus in aggressiver Form, d.h. Feindschaft gegenüber AusländerInnen und Minderheiten, die nicht zur eigenen Gruppe gerechnet werden;
- „Intoleranz und den Glauben an ein Recht durch Stärke, häufig verbunden mit einem elitär-unduldsamen Sendungsbewusstsein und der Diffamierung Andersdenkender.“²
- die unbedingte Vorrangstellung und Unterordnung des Individuums unter das Kollektiv („Rasse“, Nation, Volk).

Oft auch, aber nicht zwingend, zu finden sind:

- Antisemitismus in seinen verschiedenen Spielarten und Rassismus, häufig verbunden mit biologischen und sozialdarwinistischen Theorien,
- Militarismus und „Führertum“, d.h. einen antiegalitären und streng hierarchischen Aufbau als Ziel und Organisationsform der eigenen Gruppe,
- die Neigung zu Verschwörungstheorien, resultierend aus einem manichäischen Weltbild,
- die „latente Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der angestrebten Ziele.“³

¹ Vgl. Margaret Chatwin: Rechtsextremismus, lexikon.idgr.de/r/r_e/rechtsextremismus/rechtsextremismus.php, Zugriff: 01.01.2006

² HUFER, Klaus-Peter: NPD als Wahl-O-Mat-Ergebnis?, 17.04.2010, http://www.bpb.de/methodik/NYUSBM1.0,NPD_als_WahlOMatErgebnis.html, Zugriff: 18.04.11

³ Ebd.

Speziell bei der extremen Rechten im deutschsprachigen Raum ist weiterhin zu finden:

- die Verherrlichung des *Dritten Reichs* als Vorbild,
- die Negierung oder zumindest die Verharmlosung der NS-Verbrechen.

Auf den Punkt gebracht: Extrem rechte Ideologie ist eine Spielart des Nationalismus, die vielfältiger, (politisch) „aktiver“ und extremer (Ultranationalismus) auftritt als beim Rest der Bevölkerung. Andererseits ist die extreme Rechte in ihrer inhaltlichen Ausrichtung nicht von großen Teilen des Rests der Bevölkerung zu trennen, wie die Studien „Deutsche Zustände“ oder die der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bundesrepublik zeigen, die regelmäßig die Verbreitung extrem rechter Ideologeme in großen Teilen der Bevölkerung nachweisen. Grundlegendes Element aller Formen extrem rechter Ideologie ist, dass der nationalen Gemeinschaft eindeutig Vorrang vor dem Individuum gewährt wird.

Im Folgenden wird die Frage nach der Existenz einer Internationalen für zwei Flügel innerhalb der extremen Rechten gestellt:

- a) die außerparlamentarische, teilweise neonazistische und subkulturell auftretende extreme Rechte, die systemkritisch bis systemfeindlich eingestellt ist, und
- b) der parlamentarisch orientierte Rechtsextremismus, der eher systemkonform eingestellt ist.⁴

Die Zusammenlegung der systemkritischen und systemfeindlichen extremen Rechten ist nicht zwingend. So unterscheidet der Wissenschaftler Richard Stöss eine gemäßigt nationalistische, eher systemkonforme Position, eine nationalistische bzw. völkische, eher systemkritische Position und eine faschistische bzw. rassistische, eher systemfeindliche Position (dies schließt neofaschistische und (neo)nazistische Tendenzen ein). Wir wollen aber im Folgenden der Zweiteilung folgen.

⁴ Diese Einteilung ist freilich idealtypisch, die Übergänge sind fließend!

Die außerparlamentarische extreme Rechte

Allgemeines

„Although we are all Nationalists, here today we are only one Nationality, White. It is not an American fight, or a British fight or a German fight, it is a White fight and we have to win it.“

Mark Cotterill, amerikanischer Neonazi,
2. April 2001⁵

Die außerparlamentarische extreme Rechte ist auf mannigfaltige Weise international verbunden. Die Parole von „white pride worldwide“ ist nicht einfach nur eine Leerformel. Voraussetzung für diese Zusammenarbeit ist die Kommunikation, die durch die Verbreitung des Englischen als lingua franca und eine gute Online-Vernetzung heute viel günstigere Voraussetzungen hat als früher.

Besonders auffällig ist das bei der extremen Rechten, die subkulturell auftritt. Hier lassen sich internationale, d.h. grenzübergreifende, Trends in der extrem rechten Subkultur feststellen. Trotz gewisser nationaler Eigenheiten gibt es Kleidung, Musik, Namen oder Codes und Symbole, die von bestimmten extrem rechten Fraktionen überall verwendet bzw. akzeptiert werden. Deshalb existieren auch eine international vernetzte Musikszene und ein Musikmarkt, die grenzübergreifend das Bedürfnis der jeweiligen extrem rechten Musik-Subkultur (RAC⁶, NSBM⁷, NSHC⁸ etc.) bedienen.

Nicht selten kommen diese Modetrends in der extremen Rechten aus Großbritannien oder aus den USA, manchmal aber auch aus Deutschland. Beispielsweise war das „Project Schoolyard“ in den USA eine Nachahmung des deutschen „Projekt Schulhof“. Das in der Bundesrepublik von der NPD und parteifreien Neonazis initiierte Projekt versuchte vor allem mit kostenlos verteilten Musik-CDs Einfluss auf Jugendliche und junge Erwachsene zu gewinnen.

Diese Idee wurde vom extrem rechten US-Label „Panzerfaust Records“ aufgegriffen, das 100.000 Kopien eines „pro-White samplers“ ankündigte. Das Motto hinter dieser Aktion lautete: *“We don’t just entertain racist kids, we create them!”*⁹

Daneben wühlen Neonazis weltweit natürlich im Fundus der NS-Vergangenheit und sind weiterhin fasziniert vom *Dritten Reich*. Dieser Trend erstreckt sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs sogar auf Länder, die ehemalige Opfer des Vernichtungskriegs im Osten waren.

Internationale Neonazi-Events

Neben Musikkonzerten mit Beteiligung aus verschiedenen Ländern bei den auftretenden Bands und dem teilnehmenden Publikum gibt es auch politische Groß-Veranstaltungen wie Demonstrationen und Kundgebungen, an denen sich Angehörige der außerparlamentarischen extremen Rechten aus verschiedenen Ländern beteiligen. Ein Beispiel, das inzwischen der Vergangenheit angehört, waren die neonazistischen Aufmärsche in Wunsiedel¹⁰ bzw. der zugehörige Kult um den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im Ausland.

Am 21. August 2004 versammelten sich in Wunsiedel zwischen 3.800 und 4.500 Neonazis, davon stammten etwa 20% aus dem Ausland (Großbritannien, Italien, Schweden, Tschechien, Schweiz, Österreich, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien, Spanien, Russland)¹¹.

Ein aktuelles Beispiel sind die extrem rechten Aufmärsche um den 13. Februar herum in Dresden. Obwohl es um ein sehr nationales Thema geht, nämlich die alliierte Bombardierung Dresdens im Rahmen des Kriegs gegen NS-Deutschland, haben sich in den vergangenen Jahren Delegationen aus dem Ausland an der Demonstration beteiligt. TeilnehmerInnen kamen aus Schweden, Tschechien, Spanien, Portugal, Ungarn und sogar aus England, dem Land der ehemaligen Kriegsgegner.

⁵ Zit. nach: Intelligence Report, Fall 2001, Issue Number: 103, Hands Across the Water, <http://www.splcenter.org/get-informed/intelligence-report/browse-all-issues/2001/fall/hands-across-the-water>, Zugriff: 11.04.2011

⁶ „Rock against Communism“: Rechtsrock, zumeist eine Form von „Oi“-Musik

⁷ „National Socialist Black Metal“

⁸ „National Socialist Hatecore“

⁹ Zit. nach: Anti-Defamation League: White Supremacists Target School Youth With White Power CD, 18.12.2008, <http://www.adl.org/main/Extremism/White+Supremacists+Target+Youth.htm>, Zugriff: 11.04.2011

¹⁰ Der am 17. August 1987 verstorbene Rudolf Heß wurde in Wunsiedel beerdigt.

¹¹ Homepage der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“ (Wunsiedel), www.ns-verherrlichung-stoppen.tk, Zugriff: 01.12.2005

Die Beteiligung von extrem Rechten aus Österreich ist ein Sonderfall, da die meisten von ihnen ein deutschnationales Selbstverständnis haben, d.h. sie betrachten sich selbst gar nicht als Ausländer, sondern als Teil des „deutschen Volkes“.

Es gibt noch eine Reihe von anderen extrem rechten Veranstaltungen mit starker internationaler Beteiligung. Zum einen handelt es sich um regelmäßige Veranstaltungen. Das sind beispielsweise: der jährliche Nazi-Aufmarsch um den 6. Dezember in Salem¹² (Schweden), das Gedenken zum Todestag Francos am 20. November 1978 an seinem Mausoleum bei Madrid oder das von parteifreien Neonazis in Thüringen veranstaltete Rechtsrock-Festival¹³ „Fest der Völker“¹⁴, an dem etwa am 10. Juni 2006 extrem rechte Funktionäre aus zwölf Ländern teilnahmen.

Ein früherer Anzugspunkt für die rechte Szene war das „Ijzerbedevaart“, ein jährliches Treffen Ende August im westflämischen Diksmuide¹⁵ (Belgien), das dem Gedenken an die flämischen Opfer des Ersten Weltkriegs gewidmet ist.

„Blood & Honour“¹⁶ – eine internationale NGO?

„Europe awake for the white man's sake/

Europe awake before it's too late /

Europe awake!“

Lied „Hail the new dawn“¹⁷ der britischen Rechtsrockband „Skrewdriver“, 1984

¹² Die Veranstaltung soll an den Tod von Daniel Wretström erinnern, einen 17-jährigen schwedischen Neonazi, der am 6. Dezember 2000 bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit Ausländern getötet wurde.

¹³ Axel Burchardt: Stellungnahme der Mitglieder der Forschergruppe Discrimination and Tolerance in Intergroup Relations und der Jenaer Mitglieder des Internationalen Graduiertenkollegs Conflict and Cooperation between Groups der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur geplanten rechtsradikalen Veranstaltung, dem sogenannten „Fest der Völker“, am 11. Juni 2005 in Jena, <http://idw-online.de/pages/de/news115424>, Zugriff: 06.06.2005; Homepage von „Fest der Völker“, Thüringen, <http://www.n-w-j.de/festdervoelker/>, Zugriff: 02.06.2008

¹⁴ Titel eines Riefenstahl-Films

¹⁵ GOEBEL, Olaf: „Das eigene Volk zuerst“. Würstchen und Hakenkreuze in Diksmuide, in: DER RECHTE RAND, Nr. 30, August/September 1994, S. 17f; IDGR-Eintrag zu Ijzerbedevaart, lexikon.idgr.de/i/i_j/ijzerbedevaart/ijzerbedevaart.php, Zugriff: 01.01.2006

¹⁶ Auf Deutsch: „Blut und Ehre“; diesen Spruch hatten Mitglieder der *Hitlerjugend* auf ihren Fahrtenmessern stehen.

„Blood & Honour“ ist eine überparteiliche internationale neonazistische Skinhead-Organisation, die v.a. Konzerte veranstaltet und versucht Jugendliche in ihrem Sinne zu beeinflussen.¹⁸ Ihr Begründer, der Sänger der britischen Rechtsrockband „Skrewdriver“, Ian Stuart Donaldson, fasste es mit folgenden Worten zusammen:

„Eine Gruppe zu hören, die man gut findet, macht viel mehr Spaß als eine politische Versammlung. So erreichen wir viel mehr Leute.“¹⁹

Ziel der „Blood & Honour“-Bewegung ist neben der Agitation von Jugendlichen auch die ideologische Beeinflussung der rechten Skinhead-Szene über die Musik. Damit schöpfen sie aus dem Potenzial von mehreren zehntausend „White Power“-AktivistInnen in Europa und Nordamerika.

Im Jahr 1987 wurde „Blood & Honour“ in Großbritannien von Ian Stuart Donaldson gegründet.

Bis heute bestehen bzw. bestanden Sektionen, genannt „Chapters“ (dt. „Divisionen“) in den Ländern²⁰ Australien, Österreich, Belgien, Bulgarien, Kanada, Chile, Kroatien, Tschechien, Finnland, Frankreich, Deutschland (offiziell verboten), Griechenland, Niederlande, Ungarn, Italien, Neuseeland, Großbritannien (England und Schottland), Portugal, Serbien, Slowenien, der Ukraine und den USA mit den jeweiligen Unter-Gliederungen.

Die deutsche Sektion wurde 1994 gegründet und hatte auf ihrem Höhepunkt etwa 300 Mitglieder. Ihr Einfluss aber ist größer anzusetzen als diese geringe Mitgliederzahl scheinen lässt. ExpertInnen führten ein Drittel der 1999 veranstalteten extrem rechten Konzerte auf die Organisation zurück. Am 14. August 2000 wurde die deutsche Sektion von staatlicher Seite verboten. Es ent-

¹⁷ http://www.lyricsmode.com/lyrics/s/skrewdriver/europe_awake.html, Zugriff: 11.04.11

¹⁸ Margaret Chatwin: Blood and Honour, lexikon.idgr.de/b/b_1/blood-and-honour/blood-and-honour.php, Zugriff: 01.01.2006

¹⁹ Vgl. http://www.zeit.de/archiv/2002/06/200206_titelei_nazi-jug.xml

²⁰ Homepage von „Blood&Honour“: <http://www.bloodandhonourworldwide.co.uk>, Zugriff: 18.04.2011

standen aber, teilweise unter dem Label „28“²¹, Nachfolgestrukturen.

Bis auf die Verbotsmaßnahmen in einzelnen Ländern ist „Blood & Honour“ ein bis heute aktives Netzwerk. Es organisiert internationale Musik-CD-Produktionen oder Konzerte mit starker internationaler Beteiligung. Auf dem Rechtsrock-Osterfest der „Veneto Fronte Skinheads“ in Italien 2008, hinter dem „Blood & Honour“ steckt, sollen nach Eigenangabe 2.000 Personen teilgenommen haben.

Neben „Blood & Honour“ gibt es eine ganze Reihe weiterer extrem rechter NGOs, die international tätig sind (INGOs).

Die stärkste Konkurrenz zu „Blood & Honour“ in der extrem rechten Naziskin-Szene sind die „Hammerskins“²², wobei teilweise mit „Blood & Honour“ ein Konflikt um das einträgliche Konzert- und CD-Geschäft besteht.

Die „Hammerskins“ wurden 1986 in den USA gegründet, ihr Dachverband nennt sich „Hammerskin Nation“. Sie selbst verstehen sich als „SS der Bewegung“²³.

Seit 1991 existieren sie auch in der Bundesrepublik, wo sie über 1.200 Mitglieder verfügen sollen. Ihr Einfluss ist allerdings größer anzusetzen als diese geringe Mitgliederzahl vermuten lässt.

Auch die „Hammerskins“ sind in vielen Ländern weltweit mit „Chapter“ vertreten²⁴, darunter in den USA (unterteilt in: Konföderation, Westen, Mitte, Nordwesten), Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Portugal, Ungarn, Schweiz, Schweden, Australien und Neuseeland.

Als neue Alternative und Konkurrenz zu „Blood & Honour“ und den „Hammerskins“ hat sich die neue Naziskin-Gruppe „Volksfront“ herausgebildet, die in den USA entstanden ist und über Able-

ger²⁵ in Kanada, Spanien, Australien, Deutschland, Italien, Kroatien, Großbritannien und Portugal verfügt.

Auch extrem rechte Frauen sind international in mindestens einer eigenen Organisation organisiert. Die „Women for Aryan Unity“ (WAW) ist als Frauenorganisation Schwesterfraktion des „Aryan Resistance Movement“, einer Gruppe des Ku-Klux-Klan. „WAW“ kommt ursprünglich aus den USA, „Chapter“ gibt es aber auch in Ungarn, Italien, Finnland, Portugal, der Ukraine, Spanien, Australien und Argentinien.²⁶

Eine weitere extrem rechte INGO ist die „Pagan Front“, eine Art von „Blood & Honour“ in der NSBM-Musikszene. Sie wurde 1998 gegründet, und ihre Mitglieder stammen aus Nordamerika, Deutschland, Griechenland, Polen und Slowenien. Sie ist unterteilt in „Divisionen“.

Darüber hinaus existieren noch weitere extrem rechte Gruppierungen, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann. Gary Lauck aus Lincoln (Nebraska) gründete 1972 mit 19 Jahren in den USA die „NSDAP/AO“, deren Ziel die Wiedereinführung des Nationalsozialismus ist. Diese Gruppe war über Propagandamaterial (diverse Aktivitäten, Schriften in zehn Sprachen) in den 1980ern und 1990ern auch in Deutschland auffallend umtriebig.

Ebenso wie die „NSDAP/AO“ existieren Ableger der verschiedenen Gruppen des Ku-Klux-Klan aus den USA auch in anderen Ländern, besonders expansiv soll „Ku-Klux-Klan – Invisible Empire“ mit Niederlassungen in Großbritannien, Kanada, Frankreich und Australien sein.

²¹ Die Chiffre „28“ orientiert sich am zweiten und am achten Buchstaben des Alphabets, d.h. B und H.

²² GRUMKE, Thomas: „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation, Opladen 2002), S. 383-384

²³ GRUMKE, Thomas: „SS“ der Bewegung. Die Hammerskins wollen keine Laufburschen der rechtsextremen Parteien sein, in: BLICK NACH RECHTS, Ausgabe 17/2002 vom 22.08.2002

²⁴ Homepage der „Hammerskins“: <http://www.hammerskins.net/chapters.html>, Zugriff: 18.04.2011

²⁵ Homepage der „Volksfront“: <http://www.volksfrontinternational.com>, Zugriff: 18.04.2011

²⁶ Homepage von „Women for Aryan Unity“, <http://waw14.com/contact-us/>, Zugriff: 18.04.2011

Die parlamentarisch orientierte extreme Rechte

Bei der Betrachtung der parlamentarisch orientierten extremen Rechten sollen nur der europäische Raum bzw. der EU-Raum, also die Eurorechten und Eurofaschisten, betrachtet werden.

Die Europäische Union stellt für die parlamentarisch orientierten extremen Rechten eine neue politische Arena dar.

Überwog früher eher noch die generelle Ablehnung des politischen Projekts EU aus nationalstaatlich-protektionistischen Motiven²⁷, so ist heute eher eine Transformation der EU im eigenen Sinne das Ziel. Plötzlich wird für eine „Großmacht Europa“, ein „Vaterland Europa“ bzw. ein „Europa der Vaterländer“ agitiert. Bei der extremen Rechten hat erkennbar eine Europäisierung stattgefunden. Dabei ist für die parlamentarische deutschnationale extreme Rechte Europa allerdings oft nur ein Synonym für ein „Großdeutschland“ bzw. deutschdominiertes Europa.

Während der antiparlamentarische Neonazismus offen vulgärrassistisch ist, tarnt die parlamentarische Eurorechte ihren Rassismus als „Ethnopluralismus“, d.h. als eine Art gleichberechtigten Rassismus.²⁸ Das neue Subjekt sind die Europäer bzw. (EU-)Inländer, anstatt *Arier*. Doch es gibt durchaus auch Mischformen, z.B. die eurofaschistische Konstruktion einer „Nation Europa“. Diese extrem rechte Ideologie einer „Nation Europa“, die Weltmachtstatus haben soll, geht auf den britischen Nationalsozialisten Sir Oswald Mosley zurück, der sich damit bereits 1948 an der Reorganisation der europäischen extremen Rechten in Europa versuchte.

Generell lässt sich die parlamentarische Eurorechte in zwei Flügel einteilen: einen eher rechtskonservativen Flügel, der vor allem ein „christliches Abendland“ erhalten bzw. erschaffen will,

²⁷ So lehnte im Jahr 1979 die NPD eine Teilnahme an der Europawahl noch ab

²⁸ Der Ethnopluralismus bzw. Ethnodifferenzialismus hat als gedankliche Grundlage eine „Rassen“-Trennung zum Erhalt der „nationalen Identität“. Die unterschiedlichen ethnischen Gruppen sollen ihre vermeintliche kulturelle Homogenität erhalten, eine Vermischung wird abgelehnt (Parole: „Türkei den Türken, Deutschland den Deutschen!“). Diesem Konzept liegt die Annahme, Völker besäßen unveränderliche kulturelle Identitäten zu Grunde.

und einen „befreiungsnationalistischen“ bzw. national-„revolutionären“ (neu)rechten Flügel, der sich in einem kontinentalen Unabhängigkeitskampf gegen die „raumfremde“ Macht USA und die im Westen verorteten Ideen der bürgerlichen Revolution sieht und Europa seit 1945 ideologisch und militärisch kolonialisiert wähnt.

Dazu gibt es noch einmal eine Unterströmung, nämlich den neuheidnisch orientierten Teil dieses Flügels. Dieser sieht den Beginn der Kolonialisierung Europas schon im Anfang der Christianisierung Europas und konstruiert dabei als antisemitisches Feindbild ein „Judäo-Christentum“.

Die frühere ideologische Klammer der beiden großen Flügel, teilweise auch mit den klassischen Konservativen, war der Antikommunismus. Nach dem Fall des Ostblocks hat dieses gemeinsame Feindbild stark an Bindungskraft verloren. In letzter Zeit scheint der Islam an dessen Stelle getreten zu sein.

Gemeinsamer Bezugspunkt: „Reich Europa“

„Die Überwindung der jahrhundertelangen Bruderkziste der europäischen Völker durch eine völkische föderalistische Zusammenarbeit in der Europäischen Eidgenossenschaft.“

„Generalplan 1945“ der NSDAP, 3. April 1945²⁹

„Vergesst nicht, daß in den Kadern der Waffen-SS die ersten Europäer gefallen sind. [...] Der Europa-Gedanke ist das einzige politische Ideal, für das zu streiten sich heute noch lohnt. Nie waren wir seiner Verwirklichung näher.“

Paul Hausser, ehemaliger
Obergruppenführer der Waffen-SS, 1953³⁰

Als gemeinsamer Bezugspunkt der Eurorechten existieren verschiedene Europa-Konzepte, die sich inhaltlich aber stark ähneln. Häufig ist die Rede vom „Reich Europa“, „Eurasien“, „Europa der Vaterländer“ oder vom „christlichen Abendland“.

Die europäischen Ordnungsmodelle von rechts nehmen häufig direkt oder indirekt Bezug auf die

²⁹ Zit. nach: BESYMENSKI: Die letzten Notizen von Martin Bormann, S.156

³⁰ Zit. nach: HAUSSER: Waffen-SS im Einsatz, S.262

von der *Waffen-SS* und von den Nationalsozialisten propagierte „Festung Europa“³¹. In einigen rechten Strömungen ist der „Großmacht Europa“-Gedanke aber auch in eine „Großmacht Eurasien“-Idee umgewandelt worden.

Grundsätzlich soll das „Reich Europa“ zwei Ebenen haben: eine europäische Ebene nach außen, als Gegenpol zu den USA und „dem Islam“, und ein ethnopluralistisches, also völkisches, Staatengefüge nach innen, also eine Neuordnung der Grenzen nach völkischen Kriterien.

Teilweise ist der Versuch Europa als Großmacht zu etablieren und im Inneren neu zu ordnen als der Versuch einer Wiederauflage der klassischen Geopolitik³² anzusehen³³. Ein Beispiel dafür ist die nationalistische Parole vom „Volk ohne Raum“; der deutsche Geopolitiker Karl Haushofer forderte im Zusammenhang damit einen Führungsanspruch der Deutschen innerhalb eines mitteleuropäischen Kontinentalblocks, verbunden mit einer militärischen Expansion nach Osten.

Neben diesen allgemeinen Raumordnungsmodellen für ganz Europa gibt es auch speziellere Planspiele für Allianzen und Achsen. Deutsche extrem Rechte spielen gerne mit dem Gedanken einer Achse Paris-Berlin-Moskau. Die Bündnispartner wären aber nicht die Länder in ihrer heutigen Verfasstheit, sondern ein völkisches Frankreich und ein nationalistisches Russland.

Als Wunsch-Bündnispartner vieler extrem Rechten gilt außerdem die arabische Welt bzw. Teile davon.

Praktische Kooperation auf EU-Ebene in der Vergangenheit

Die Versuche der parlamentarischen Rechten, sich auf EU-Ebene zu organisieren und zu koordinieren, sind schon recht alt und von wechselseitigem, aber immer nur temporärem Erfolg gezeitigt.

³¹ Die nationalistisch-ausgrenzende Ideologie der „Festung Europa“ hat bereits durchaus eine gewisse Entsprechung auf der Ebene eines gesamteuropäischen Migrationsregimes.

³² Der Begriff „Geopolitik“ stammt vom schwedischen Staatsrechtler Rudolf Kjellén (1864-1922) und bezeichnet den Einfluss von geografischen Gegebenheiten auf die Politik.

³³ Margaret Chatwin: Geopolitik, lexikon.idgr.de/g/g_e/geopolitik/geopolitik.php, Zugriff: 01.01.2006

Während sich bei der Wahl 1979 unter der Ägide italienischer Neofaschisten eine (erfolgreiche) gemeinsame Plattform (Eurodestra) bildete, waren die extrem rechten Parteien 1984-89 getrennt in den Wahlkampf gezogen.

Im Jahr 1984 zogen die französische Front National (FN) mit zehn, die Movimento Sociale Italiano (MSI) mit fünf Abgeordneten sowie ein griechischer Abgeordneter der extremen Rechten in das europäische Parlament ein. Kurz darauf durch den Abgeordneten der nordirischen Ulster Unionist Party³⁴ (UUP) verstärkt, bildeten diese Abgeordneten die „Fraktion der europäischen Rechten“ unter dem Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen.³⁵

Nach der Europawahl vom 18. Juni 1989 zog auch die extrem rechte Republikaner-Partei aus Deutschland mit 7,1% der deutschen Stimmen ins Europäische Parlament ein. Nach dieser Wahl schlossen sich bis 1994 die FN mit zehn, die deutschen Republikaner mit sechs und der belgische Vlaams Blok (VB) mit einem Abgeordneten zur „Technischen Fraktion der europäischen Rechten“ zusammen.³⁶

Treibende Kraft hinter diesen Einigungsbemühungen der parlamentarischen Eurorechten war die FN bzw. Le Pen. Zu dieser Zeit betrieb die FN auch eine sehr aktive eigene „Nebenaußenpolitik“, die sich z.B. in einem Besuch Le Pens beim irakischen Diktator Saddam Hussein äußerte.

Neben Versuchen von extrem rechten Parteien, eine eigene Fraktion zu begründen, gab es immer auch Bemühungen, sich bereits bestehenden Fraktionen anzuschließen. Die seit der Europawahl 1996 mit sechs Abgeordneten im Europäischen Parlament vertretene Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) distanzierte sich deswegen zeitweise aus taktischen Gründen von der FN, konnte aber bei den Konservativen keinen Anschluss gewinnen.

In den Jahren 1997 bis 1999 kam es kurzfristig zum Zusammenschluss „Europa der Nationalisten“ (Euronat) aus der Großrumänien-Partei, der

³⁴ Die UUP ist eine protestantisch-sektiererische Partei in Nordirland.

³⁵ SCHIEDEL, Heribert: Europäischer Rechtsextremismus, in: ZOOM, 6+7/1998

³⁶ Ebd.

Slowakischen Nationalpartei, der Front National und einer ungarischen Partei.

Nie waren die Zusammenschlüsse auf EU-Ebene von Dauer. Eine Art konspiratives Treffen von Vertretern der Eurorechten fand vom 11. bis zum 13. November 2005 in Wien³⁷ statt und wurde diesmal von der FPÖ organisiert. Ähnliche Vorgängertreffen hatte es bereits 2001 und 2002 gegeben. 2005 nahmen Vertreter der FN aus Frankreich, Ataka aus Bulgarien, dem neofaschistischen Parteienbündnis *Azione Sociale* sowie der Lega Nord aus Italien, der *Alternativa Espanola* aus Spanien, dem *Vlaams Belang* aus Belgien, der *Partidul Romania Mare (PRM)* aus Rumänien teil, und die Dänische Volkspartei war mit einem Grußwort vertreten. Es fand eine Diskussion über eine mögliche Kooperation statt, und Ziel war eine EU-Fraktion der Rechten im Wahljahr 2007. Bei diesem Treffen wurde die sogenannte „Wiener Erklärung“ verabschiedet, in der es u.a. hieß, Ziel sei die *„Schaffung eines Europa der freien und unabhängigen Nationen im Rahmen eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten“*.³⁸ Daneben wurde in der Erklärung ein Einwanderungsstopp und Widerstand gegen die Globalisierung gefordert. Praktisches Ziel war, bis 2007 eine gemeinsame Fraktion extrem rechter Parteien im EU-Parlament zu bilden.

Konkret war dann auch für Dezember 2006 oder Januar 2007 die Gründung einer extrem rechten Fraktion³⁹ im Europäischen Parlament geplant. Als mögliche Mitglieder benannt wurden: die Front National (Frankreich), der *Vlaams Belang* (Belgien), die Lega Nord (Italien), die Liga Polnischer Familien (Polen) und die FPÖ (Österreich).

Die für den ab 1. Januar 2007 geplante Fraktion der „Rechtsdemokraten“ mit einem Potenzial von 27 Sitzen schien aber zuerst zu scheitern⁴⁰, denn von dem Zusammenschluss aus FPÖ, Front Na-

tional, *Vlaams Belang*, Lega Nord und den ange-dachten *Partidul Romania Mare* sowie der bulgarischen Ataka aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nahmen Lega Nord und *Vlaams Belang* vorerst wieder Abstand. Interessiert an einer Kooperation waren damals auch die Liga Polnischer Familien (LPR), die polnische Bauernpartei *Samoobrona* und Alessandra Mussolinis neofaschistisches Bündnis *Alternativa sociale (AS)*.

Ab Februar 2007 entstand dann aber doch die eurorechte Fraktion „Identität, Souveränität, Tradition“, die durch den Fraktionsstatus über 1,3 Millionen Euro an Extra-Zuschüssen verfügte. Ihre 23 Abgeordneten kamen von der FPÖ, der Front National, dem *Vlaams Belang*, der Lega Nord, der *Partidul Romania Mare*, Ataka, Lista Mussolini und Ashley Mote von der *United Kingdom Independence Party (UKIP)*, einer rechtspopulistischen Partei von britischen EU-Gegnern.

Damit war der Zusammenschluss zwar vorerst gelungen, aber sehr heterogen. Die eurorechte Fraktion Identität, Souveränität, Tradition bestand aus Separatisten (*Vlaams Belang*, Lega Nord), Europa-Skeptikern (UKIP), echten Faschisten und Rechtspopulisten. Neben dieser generellen Heterogenität bietet auch der generelle Ultrationalismus der extremen Rechten ein ideologisches Konfliktpotenzial. Ultrationalisten haben nicht selten irredentistische Gebietsansprüche an die Nachbarländer bzw. fühlen sich berufen, die Minderheiten der eigenen Titulnation in den Nachbarländern zu protegieren. Eine frühere eurorechte Kooperation war schon daran zerschellt, dass sich die deutschnationalen Republikaner und die italienischen Faschisten über die Südtirol-Frage zerstritten hatten.

Diesmal zerfiel die Fraktion, weil die italienischen Mitglieder begannen gegen rumänische EinwandererInnen zu hetzen, gemeint waren vor allem Roma aus Rumänien. Als die italienischen Rechten bei ihrer Hetze aber nicht zwischen Roma und ethnischen RumänInnen unterscheiden wollten, verließen die Mitglieder der Großrumänien-Partei die Fraktion, die dadurch ihren Fraktionsstatus verlor.

Spätere Einigungsversuche sind bisher fehlgeschlagen. Im Jahr 2008 wurde eine gemeinsame Organisation mit dem Arbeitstitel „Europäische

³⁷ DÖW: Treffen der Euro-Rechten in Wien, in den Antifaschistischen Nachrichten 24-2005, www.antifaschistische-nachrichten.de/2005/24/1euror_echte.shtml

³⁸ Nach: „Europa erwache!“ Zu den jüngsten Einigungsbestrebungen der Euro-Rechten, in: ANTIFA-INFOBLATT, Nr. 70 – 1.2006, Seite 52-53

³⁹ Eine Fraktion im EU-Parlament muß aus mindestens 19 Abgeordneten bestehen, die aus mindestens fünf verschiedenen Ländern stammen.

⁴⁰ mk: Rechtsextremisten Keine Fraktion für „Rechtsdemokraten“ im EU-Parlament, <http://www.redok.de/content/view/465/36/>, Zugriff: 06.12.2006

Freiheitspartei“ bzw. „Europäische Patriotische Partei“ angekündigt. Die Beteiligung von FPÖ, Front National, Ataka, Vlaams Belang und der rechtspopulistischen Wählerformation Initiative Pro Köln aus Deutschland war geplant, weitere potenzielle Mitglieder aus den Niederlanden, Dänemark, Zypern, Kroatien und Serbien wurden angedeutet. Doch kam dieses Projekt nicht über seine Ankündigung hinaus.

Der jüngste Versuch nennt sich „Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“ (AENM) und wurde am 24. Oktober 2009 in Budapest gegründet. Es handelt sich um einen Vernetzungsversuch extrem rechter Parteien auf Europa-, nicht auf EU-Ebene. Mitglieder sind die Front National aus Frankreich, die Front National aus Belgien, Svoboda aus der Ukraine, Fiamma Tricolore aus Italien, Partido Nacional Renovador aus Portugal, Movimiento Social Republicano aus Spanien und die Nationaldemokraterna aus Schweden.

Neben dem Scheitern des Zustandekommens einer eindeutig extrem rechten Fraktion im EU-Parlament gibt es derzeit noch die Rechtsaußen-EU-Fraktion, die nicht durchgehend als extrem rechts kategorisiert werden kann. In der Rechtsaußen-Fraktion Independence and Democracy, die von 2004 bis 2009 bestand, saßen bis zu 37 Mitglieder euroskeptischer Parteien. Neben rechten Populisten und Euroskeptikern waren auch die extrem rechte Liga der Polnischen Familien, die rechtsradikale Laikos Orthodoxos Synagermos (LAOS) aus Griechenland und die italienische Lega Nord (bis 2006) zeitweise Mitglieder.

Als indirekter Nachfolger von Independence and Democracy entstand 2009 die rechte Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie, in der unter anderen die rechtsgerichtete United Kingdom Independence Party (UKIP), die Lega Nord, die ungarnefeindliche Slowakische Nationalpartei und die rechtspopulistische Partei Wahre Finnen vereint sind. Eine Beteiligung der FPÖ wurde von verschiedenen Fraktionsmitgliedern abgelehnt.

Die kurze Betrachtung der Organisationsversuche der parlamentarisch orientierten extremen Rechten zeigt eine Anzahl von grundsätzlichen Problemen.

Viele extrem rechte Parteien haben keine beständigen Wahlergebnisse. Ausnahmen sind FN und Vlaams Belang. Da rechte Parteien kurzfristige rassistische und chauvinistische Stimmungen ausnützen, sind hohe Wahlergebnisse häufig nicht wiederholbar. So scheiterten die deutschen Republikaner 1994 bei der Europawahl an der Fünf-Prozent-Hürde, nachdem sie 1989 mit 7,1% der Stimmen ins Europa-Parlament eingezogen waren.

Weil in einigen größeren EU-Mitgliedsstaaten keine beständigen Kooperationspartner vorhanden sind, schwanken auch die Kontakte. Beispielhaft ist die Diplomatie der FN, die sich von den immer erfolgloseren Republikanern der mehr Erfolg versprechenden DVU zugewandt hat⁴¹. Im Jahr 1998 wollten FN und DVU zusammen ein Wahlbündnis für die nächsten Europaparlamentswahlen bilden, aber ohne Erfolg. Generell fehlt auf Europa-Ebene ein starker deutscher Bündnispartner, immerhin ist die Bundesrepublik das einwohnerstärkste Land der EU.

Da in der Vergangenheit selten die notwendigen Sitze für eine eigene extrem rechte EU-Fraktion zusammenkamen, versuchten einige extrem rechte Parteien den Anschluss an die konservativen sowie die euroskeptischen konservativen Fraktion zu bekommen.⁴² Dazu mussten sie aus taktischen Gründen eine Kontaktsperre zu anderen extrem Rechten aufrecht erhalten, um bei den Konservativen anzubündeln.

Neben diesen praktischen Unterschieden, gibt es auch ideologische Differenzen, zum Beispiel zwischen einem radikal-völkischen und einem eher zentralistisch-republikanischen Nationalismus, wie er eher in Spanien, Frankreich oder Italien Tradition hat.

Kooperation unterhalb der EU-Ebene am Beispiel der Kontakte einzelner extrem rechter Parteien aus der Bundesrepublik

Auch unterhalb der Ebene der Europäischen Union gibt es grenzübergreifende Kooperationen

⁴¹ Eine „braune Internationale“? – Front National, deutsche Rechte und ihre internationalen Beziehungen, www.vsp-vernetzt.de/soz/990507.htm, Zugriff: 18.04.2011

⁴² SCHIEDEL, Heribert: Europäischer Rechtsextremismus, in: ZOOM, 6+7/1998

oder Kontakte von parlamentarisch orientierten extrem Rechten. Im Folgenden soll die kleine Außenpolitik von drei rechten Parteien aus Deutschland näher betrachtet werden.

Kleine Außenpolitik der NPD⁴³

„Nationalisten in Deutschland, in Europa oder auch in Amerika stehen einem gemeinsamen Feind aller Völker gegenüber, dem internationalen Großkapital, das allen geschichtlich gewachsenen Nationen zugunsten eines multikulturellen ‚melting pot‘ den Todesstoß versetzen will. Unser Kampf gegen die Weltberrschungsbestrebungen und den Wirtschaftsimperialismus multinationaler Konzerne wird hart und entbehrungsreich sein – doch das Ziel einer wieder zu ihren Wurzeln zurückfindenden Völkergemeinschaft wird es wert sein, diesen harten Kampf und alle damit verbundenen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen.“

Holger Apfel, NPD-Kader, 1999⁴⁴

Die NPD ist in der Bundesrepublik derzeit die erfolgreichste und aktivste extrem rechte Partei. Sie ist aktuell in zwei Landtagen (Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern) vertreten ist. Bei den Bundes- oder Europawahlen hat die NPD aber bisher immer unter 5% der Stimmen erreicht.

Die europäische Vernetzungsstrategie der NPD zielt auf Bündnispartner ab, die über eine ähnlich neonazistische bzw. neofaschistische Ausrichtung wie sie selbst verfügen.

Es existieren unter anderem NPD/JN-Kontakte zur Falange⁴⁵ (Spanien), zur Eisernen Garde (Rumänien), zum „Bund heimattreuer Jugend“⁴⁶ (Österreich), zur National Alliance (USA), zur British National Party, zur Ukrainischen National-

Partei (UNA), zur Pamjat⁴⁷ (Russland), zur Partei Wahre Finnen (Finnland), zur Partei national orientierter Schweizer (Schweiz), zur tschechischen Neonazipartei Dělnická strana sociální spravedlnosti (DSSS)⁴⁸ oder zur Australian First Party (Australien).

Konkret äußern sich diese Bündnisse im Auftritt prominenter Gastredner aus dem Ausland bei NPD/JN-Veranstaltungen oder in Solidaritätsaktionen. Im Jahr 2000 protestierte die russische National-Patriotische Front (Pamjat) gegen ein mögliches NPD-Verbot. Dabei ließ Dimitrij Wasiljew, Vorsitzender des Zentralkomitees der Pamjat, zu einem möglichen Verbot der NPD am 26. November 2000 verlauten (Fehler im Original)⁴⁹:

„Unsere Kraft heißt Einigung!

Schroeder, Hände weg von der NDP!

Patrioten der Welt, vereinigt euch!

Es leben die NDP und die NPF Pamjat!

Es leben Deutschland und Russland!

Es lebe die weltweite Rechte Front!

Gott mit uns!“

Am 2. April 2001 protestierte auch die National Alliance in Washington vor der deutschen Botschaft gegen ein eventuelles Verbot der NPD.

Eher ein Kuriosum am Rande ist der Kontakt der NPD zum Regime in Nordkorea⁵⁰, der dazu führte das 1998 eine NPD-Delegation die Berliner Interessenvertretung Nordkoreas besuchte. Das gemeinsame Element von NPD und Nordkorea dürfte hier ein antiamerikanisch verbrämter Antimperialismus sein.

Die NPD hat sich mit anderen europäischen Nationalsozialisten und Faschisten in der Euro-

⁴³ Die NPD ist nur bedingt zur parlamentarisch orientierten extrem Rechten zu zählen. Zwar ist sie eine Partei, die zu Wahlen antritt, aber ihr Ziel ist die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie zugunsten eines autoritären Systems. Dabei orientiert sich die NPD teilweise an der NSDAP. Diese Tendenz wurde noch dadurch verstärkt, dass der NPD-Vorsitzende die Partei für parteifreie Neonazis („Freie Kameradschaften“) geöffnet hat.

⁴⁴ Aus dem Sammelband: Alles Große steht im Sturm. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN – Geschichte einer jungen Partei, 1999

⁴⁵ Es handelt sich um eine Partei in der Tradition der faschistischen Staatspartei Francos; es gibt mehrere Nachfolgeparteien der historischen „Falange“.

⁴⁶ Dieser ist keine Partei!

⁴⁷ Margaret Chatwin: Pamjat – National-patriotische Front, Russland, lexikon.idgr.de/p/p_a/pamjat/pamjat.php, Zugriff: 01.01.2006

⁴⁸ ANDREASCH, Robert/SCHULTZ, Lara: Das „Manifest von Riesa“, in: BLICK NACH RECHTS vom 19.04.2011, <http://www.bnr.de/content/das-ae-manifest-von-riesa-ae>

⁴⁹ „Erklärung Der National-Patriotischen Front ‚Pamjat‘ gegen den Verbot der National-Demokratischen Partei Deutschlands, Moskau [sic!]“, 26. November 2000, www.pamyat.ru/vndp.html, Zugriff: 01.01.2007

⁵⁰ GRUMKE, Thomas/WAGNER, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, 2002, S. 272

pean National Front (ENF) zusammengegründet⁵¹. Die ENF wurde von der NPD und der spanischen Falange initiiert und ist ein Zusammenschluss von fünf neonazistischen oder -faschistischen Parteien aus Deutschland, Spanien, Italien, Rumänien und Griechenland; weitere assoziierte Mitglieder kommen aus den Niederlanden, Frankreich, Portugal und Bulgarien. Heute ist die ENF vollständig inaktiv, aber auch früher war sie nicht sonderlich umtriebig. Eine der wenigen Aktivitäten bestand im Abschluss eines Freundschaftsvertrags der Falange mit der NPD am Todestag Francos 2004.

Kleine Außenpolitik der Pro-Bewegung

Die rechtspopulistische Pro-Bewegung ist zwar nicht die stärkste extrem rechte Partei, aber vermutlich die Partei, die in ihrer kleinen Außenpolitik am aktivsten ist. Hervorgegangen ist die Pro-Bewegung aus der extrem rechten lokalen Wählerformation Pro Köln, die 1996 gegründet wurde. Im Jahr 2005 wurde dann Pro Deutschland und 2007 Pro NRW gegründet.

Grenzübergreifend ist die Pro-Bewegung im Verbund „Euroregionale Kommunal“ bzw. dem europäischen „Städtebündnis gegen Islamisierung“ organisiert, dem auch Vertreter von den Republikanern, der FPÖ, von Vlaams Belang und eben auch Pro NRW angehören.

Schon früh knüpfte die Pro-Bewegung außenpolitisch Kontakte zu anderen extrem rechten Parteien. Bereits im Oktober 2005 kam es in Wien zu einem Treffen von Pro Köln und FPÖ. Auch planten Pro Deutschland, FPÖ und Vlaams Belang eine „gemeinsame patriotische Liste bei künftigen Europawahlen“; allerdings ohne dass diese Pläne in die Tat umgesetzt wurden. Von der Pro-Bewegung wurde aber die Unterstützung der kurzlebigen eurorechten EU-Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ beschlossen.

Zu Vlaams Belang existieren gute Kontakte.⁵² Eine 17-köpfige Delegation des Vlaams Belang

besuchte Anfang 2007 die Pro Köln bzw. Pro NRW.⁵³

Zu ihrer Anti-Moscheebau-Kundgebung am 16. Juni 2007 erhielt Pro Köln Verstärkung von Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Bart Debie (Vlaams Belang). Über 30 Mitglieder der rechtspopulistischen Jugend pro Köln und Jugend pro NRW reisten am 3. Mai 2008 nach Antwerpen zum „Tag der europäischen Rechtsjugend“, an dem sich extrem rechte Jugendorganisationen aus acht europäischen Ländern beteiligt haben sollen (Jugendverbände der FPÖ, des Vlaams Belang, der italienischen Lega Nord, sowie verschiedener Parteien aus Frankreich, Ungarn, Spanien und eine Beobachtergruppe der Jugendorganisation der amerikanischen „Robert Taft Group“, eines konservativen Zirkels um die US-Politiker Pat Buchanan und dem Kongressabgeordneten Tom Tancredo).

Die jüngste außenpolitische Aktivität der Pro-Bewegung war die Teilnahme an einem Treffen in Antwerpen am 9. und 10. April 2011.⁵⁴ Dabei trafen sich Vertreter der Lega Nord (Italien), der Dänischen Volkspartei, der Schwedendemokraten, der FPÖ, des Vlaams Belang (Belgien), der Tea Party-Bewegung (USA), der Parteien Alsace d'Abord und Bloc Identitaire (Frankreich) sowie Patrik Brinkmann, Judith Wolter, Markus Wiener von der Pro-Bewegung und Johann Gärtner von den deutschen Republikanern. An der Abschlussveranstaltung sollen nach Eigenangaben über 1.000 BesucherInnen teilgenommen haben.

Für den 7. Mai 2011 plant die Pro-Bewegung in Köln unter dem Titel „Marsch der Freiheit“ erneut eine Großveranstaltung. Dazu ist die Teilnahme von extrem Rechten aus Österreich (FPÖ), der Schweiz, Belgien (Vlaams Belang), Schweden, Spanien (Plataforma per Catalunya), Frankreich, Kroatien (Volim Hrvatsku – Ne u EU/Liebe Kroatien – Nein zur EU), Dänemark, Tschechien, Ungarn und den USA („Youth for Western Civilization“) angekündigt.

⁵¹ Homepage der European National Front, www.europeannationalfront.org, Zugriff: 01.01.2007

⁵² SCHMALENBERG, Detlef/RECKMANN, Jörg: „Wir brauchen mehr solche Robocops“, in: Kölnischer Stadtanzeiger vom 11.04.2007, www.ksta.de/html/artikel/1176113263741.shtml

⁵³ Extrem rechte Großveranstaltung in Dormagen, 24.03.2007, <http://germany.indymedia.org/2007/03/171686.shtml>

⁵⁴ Vgl. „Pro-Bewegung fester Bestandteil eines erfolgreichen europäischen Netzwerkes“, 11.04.2011, <http://www.aktuell-pro-koeln.org/?p=2187>

Außenpolitik der Partei Die Freiheit

Die Partei Die Freiheit kann als rechtspopulistische Partei eingestuft werden, die eher gemäßigt auftritt.⁵⁵ Kernpunkt ihres Programms ist das Feindbild Islam. Sie wurde Anfang September 2010 in Berlin vom ehemaligen CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz gegründet. Dieser musste die CDU-Fraktion verlassen, nachdem er sich geweigert hatte, den von ihm nach Berlin eingeladenen niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders wieder auszuladen.

Während die Partei innerhalb Deutschlands auf Distanz zur extremen Rechten geht und lieber am rechten Rand von Union und FDP fischt, pflegt sie im Ausland Kontakte zur rechtspopulistischen FPÖ (Österreich), zur extrem rechten Partei Vlaams Belang (Belgien), zur antimuslimischen Dänischen Volkspartei, zur Partei Vía Democrática (Spanien), zu Oskar Freysinger von der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP), zu den rassistischen Schwedendemokraten, zur nationalistischen Partei Israel Beitenu (dt. Israel – unser Zuhause) und zu Wilders Partij voor de Vrijheid (dt. Partei für die Freiheit), an die sich Die Freiheit u.a. mit ihrem Namen stark anzulehnen scheint.

Weiters bestehen im Ausland Kontakte zu den US-Republikanern, so soll Sarah Palin, die ehemalige US-Vizepräsidentenskandidatin, Grüße an René Stadtkewitz und seine Delegation nach Israel geschickt haben. Auch plante Die Freiheit Anfang 2011 den republikanischen US-Präsidentenskandidaten Mike Huckabee einzuladen.

Fast alle außenpolitischen Kontakte von Die Freiheit sind persönliche Treffen von Parteifunktionären.

Ende November 2010 besuchte René Stadtkewitz auf Einladung der antimuslimischen Dänischen Volkspartei einen Kongress in Kopenhagen, an dem mit Jimmie Akesson auch der Vorsitzende der rassistischen Schwedendemokraten als Redner auftrat. Vom 4. bis zum 10. Dezember 2010 fand in Ashkelon (Israel) ein Treffen der „Alliance of the European Freedom- and Civil Rights Parties“

mit Beteiligung der israelischen Rechten statt. Teilnehmer waren René Stadtkewitz, Patrik Brinkmann (Unterstützer von Pro NRW), Elisabeth Sabaditsch-Wolff (Pax Europa), Heinz-Christian Strache (FPÖ), Andreas Mölzer (FPÖ), Hilmar Kabas (FPÖ), Geert Wilders (PVV), Filip Dewinter (Vlaams Belang), Franck Creyelmans (Vlaams Belang), Kent Ekeroth (Schwedendemokraten) und Vertreter aus Dänemark. Es kam u.a. zu Gesprächen mit einzelnen israelischen Abgeordneten, wie dem Rabbiner Nissim Zeev von der ultrareligiösen Shas-Partei oder dem Minister des rechtsnationalistischen Likud-Blocks, Ayood Kara. Im Ergebnis unterzeichnete Die Freiheit gemeinsam mit der FPÖ, dem Vlaams Belang Geert Wilders und den Schwedendemokraten eine „Jerusalem Erklärung gegen Islamismus“.

Repräsentanten der „Generation Zukunft“, der Jugendorganisation von Die Freiheit reisten im Dezember 2010 auf Einladung der Jugend der Schwedendemokraten (Sverigedemokratisk Ungdom, SDU) zum SDU-Jahreskongress in Stockholm (Schweden).

Am 18. Dezember 2010 nahm Die Freiheit am Kongress „Gegen die Islamisierung unserer Länder“ in Paris teil. Organisiert wurde die Veranstaltung maßgeblich vom rechtsradikalen „Bloc Identitaire“, der hierfür neben René Stadtkewitz auch VertreterInnen extrem rechter Organisationen aus ganz Europa eingeladen hatte.

Internationale (Zweck)Bündnisse: Ist der Feind meines Feindes mein Freund?

In der extremen Rechten gibt es noch einen weiteren Bereich der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Hierbei handelt es sich nicht um die ideologisch zu 100% kompatiblen GesinnungsgenossInnen, sondern zumeist um Bündnisse auf Basis gemeinsamer Feindbilder.

Im Folgenden werden nur „echte“ Bündnisse ausführlicher behandelt. Neben diesen gibt es in der extrem rechten Szene auch noch Sympathie, Bewunderung und Schwärmerie, die aber nicht zu echten Kontakten führen bzw. bisher geführt haben.

⁵⁵ Lexikon-Eintrag im NETZ GEGEN NAZIS: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/die-freiheit-2415>, Zugriff: 11.04.2011

Die extreme Rechte und Gaddafis Libyen

Gegenwärtig (April 2011) scheint sich das Ende des Gaddafi-Regimes in Libyen abzuzeichnen, doch hat der Oberst das Land seit 1969 beherrscht. Laut der Broschüre „Gaddafi – Mechtersheimer – Schönhuber“ von Peter Kratz⁵⁶ gab es eine frühe Verbindung von Gaddafi zu den Deutschen Alfred Mechtersheimer und Franz Schönhuber. Letzterer war damals Vorsitzender der extrem rechten Republikaner; Ersterer war zwar parteiloser Abgeordneter der Grünen in Baden-Württemberg, trat aber schon damals als Nationalpazifist in Erscheinung. Jedenfalls reiste Mechtersheimer 1988 nach Libyen und traf dort Gaddafi, worüber er 2011 in der extrem rechten Zeitung „National-Zeitung“ als „Gaddafi-Kenner und Friedensforscher“ in einem Interview berichtete.

Er soll auch an einem Stiftungsprojekt gearbeitet haben, das mit 10 Millionen Dollar Gaddafi-Geldern bezahlt werden und dessen Namen tragen sollte. Mechtersheimer war angeblich als Mitglied des Stiftungsrates vorgesehen. Eine erfolgte Auszahlung des Stiftungskapitals ist jedoch ungewiss bis unwahrscheinlich.

Ein deutscher Drehpunkt extrem rechter Aufmerksamkeit und Sympathie für Gaddafi war die national-„revolutionäre“ Zeitschrift „wir selbst“, die bis 2002 im Bublies-Verlag mit Sitz in Schnellbach herausgegeben wurde.

Die Leser- und Autorenschaft von „wir selbst“ konstatierte ideologisches Interesse an Gaddafis „Grünes Buch. Die Dritte Universaltheorie des libyschen Revolutionsführers“. In diesem Buch, dem Versuch eine eigene Ideologie zu stiften, betreibt Gaddafi einen seltsamen Mischmasch aus sozialistischen, islamischen und arabisch-nationalistischen Versatzstücken. Die deutschsprachige Ausgabe erschien im national-„revolutionären“ Bublies-Verlag, der bis heute auf seiner Homepage verkündet: „Unser Verlag hat die Alleinvertriebsrechte des Grünen Buches im deutschsprachigen Raum.“⁵⁷ Dieses wurde auch im Frühjahr 2002 bei der extrem rechten „Staatsbürgerlichen Runde Bamberg“ vorgestellt. Für die Veranstaltung wurde

unter anderem in der faschistischen Traditionszeitschrift „Nation & Europa“⁵⁸ geworben. Das Buch ist seit Ende November 2010 auch im Versand des NPD-Hausverlags „Deutsche Stimme“ erhältlich. Die Sympathie-Bekundungen für den libyschen Diktator sind aber älteren Datums. Die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ begrüßte in ihrer August-Ausgabe 2001, dass Gaddafi in einer Veröffentlichung den Zusammenbruch der USA und die Entstehung eines „Vierten Deutschen Reiches“ prognostiziert hatte.⁵⁹ Ebenso kam Beifall aus Österreich: So propagierte 1990 das österreichische Naziblatt „Sieg“, Gaddafi sei „*einer der wenigen Staatsmänner auf der Welt, auf den wir Deutsche hören sollten, da er unserem Volke wirklich moralisch beizustehen versucht*“.⁶⁰

Auch außerhalb des deutschsprachigen Raums gab es in der extremen Rechten aus Sympathie Annäherungsversuche an Gaddafi. So arbeitete die „National Front“ auch mit Gaddafi zusammen. In einem Text von Anton Maegerle beim Informationsdienst „Blick nach Rechts“ heißt es hierzu:

„Gemeinsam mit dem damaligen NF-Kader Griffin und dem Aktivisten Derek Holland besuchte Harrington im September 1988 auf Kosten des libyschen Staates das Gaddafi-Regime in Libyen. In Tripolis wurde dem Trio das Alleinvertriebsrecht von Gaddafis Glaubensgebäude, dargelegt in ‚Das Grüne Buch‘, für Großbritannien übertragen.“⁶¹

Erkennbar ist, dass die Sympathien für Gaddafi besonders stark waren, als dieser sich im Konflikt mit den USA befand.⁶² Hier scheint das antiamerikanische Feindbild, das bei Rechten häufig auch noch antisemitisch aufgeladen ist, anzuschlagen.

Nach 1990 war aus derselben antiamerikanischen Motivation heraus eine Ablösung Gaddafis als Symbolgestalt bei den extremen Rechten durch den – mittlerweile längst gestürzten und verstorbenen – irakischen Diktator Saddam Hussein zu beobachten.

⁵⁸ MAEGERLE, Anton: Credo des „Revolutionsführers“, in: BLICK NACH RECHTS vom 01.03.11, <http://www.bnr.de/content/credo-des-ae-revolutionsfuehrers-ae>

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² Libyen stand mit den USA nach dem Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1986 und dem Lockerbie-Anschlag Ende 1988 im Konflikt.

⁵⁶ KRATZ, Peter: Gaddafi – Mechtersheimer – Schönhuber, <http://www.biff-berlin.de/Gaddafi.htm>, Zugriff: 18.04.2011

⁵⁷ <http://www.bublies-verlag.de/contents/de/d161.html#p12>, Zugriff: 18.04.2011

Die extreme Rechte und der Irak unter Saddam Hussein

Die extrem rechte Sympathie und Unterstützung für Saddam Hussein setzte vor allem im Zweiten Golfkrieg (1990/91) zwischen dem Irak und einer US-geführten Militärkoalition ein.

Der deutsche Neonazi-Führer Michael Kühnen wollte 1991 sogar eine Söldnereinheit („Die Legion“⁶³) für Saddam Hussein aufstellen. Durch das schnelle Ende des Zweiten Golfkriegs wurde dieser Plan aber nicht mehr umgesetzt.

Für den Irak unter Saddam Hussein wurde in Deutschland auch eine rechte NGO mit dem Namen „SOS Irak“ gegründet, für die es auch Spendenaufrufe gab. Vorbild der „SOS Irak“-Initiatoren war offenbar die französische Organisation „S.O.S. Enfants d'Irak“, die von Jany Le Pen, der Ehefrau des Front National-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen, geleitet wurde. In Österreich wurde mit der „Irakisch-Österreichischen Gesellschaft“ Anfang Mai 2001 unter starker FPÖ-Beteiligung eine ähnliche Organisation gegründet. Sowohl Le Pen⁶⁴, als auch Jörg Haider (damals FPÖ) besuchten auch persönlich Saddam Hussein, ebenso der russische Krawall-Nationalist Schirinowski.

Auffällig war in dem Verhältnis von extremen Rechten zum Zweiten Golfkrieg, dass sie plötzlich als „Pazifisten“ gegen den Irakkrieg und für Saddam Hussein auftraten. In Deutschland ist hier eine gewisse Analogie zu den deutschen Nationalneutralisten während der 1960er und 1970er Jahre erkennbar. Grundsätzlich sind die Motive für die plötzliche „Friedensliebe“ anti-amerikanisch, antisemitisch/antizionistisch und nationalistisch. Man wollte z.B. nicht, dass deutsche Soldaten für US-Zwecke sterben. Bei den Parteifunktionären ist das Motiv für die eigene Pro-Saddam-Außenpolitik auch im ökonomischen Bereich zu suchen, d.h. man versprach sich von den Kontakten zum Erdölstaat Irak einen Gewinn.

⁶³ Der Name sollte ganz offensichtlich an die deutsche Unterstützungseinheit „Legion Condor“ im Auftrag Hitlers für Franco im Spanischen Bürgerkrieg erinnern.

⁶⁴ Le Pen besuchte Saddam Hussein sogar zwei Mal: im November 1990 und im Juni 1996.

Einschub: Bruchlinie Israel, Islam und Judentum⁶⁵

In jüngerer Zeit kam es zu einer Ausdifferenzierung der extremen Rechten in einen eher „konservativen“ (antiislamischen, eher proisraelischen) und einen national-„revolutionären“ (antisemitischen/antizionistischen und anti-amerikanischen) Flügel. Dieser hat zu Israel, dem Islam und dem Judentum konträre Einstellungen.

Die extreme Rechte und die Palästinenser

Besonders in der deutschsprachigen extremen Rechten existiert traditionell ein ausgeprägter Antisemitismus. Nach der Gründung Israels 1948 ging diese Feindschaft häufig auf Israel als ideellen „Gesamtjuden“ über. Das führte zur Unterstützung und Sympathie für den als „Freiheitskampf“ verklärten palästinensischen Terrorismus.⁶⁶

Angehörige der extremen Rechten (z.B. die „Wehrsportgruppe Hoffmann/Ausland“ im Libanon) erhielten ebenso wie Linke von Palästinenser-Organisationen eine militärische Ausbildung. Offenbar geschah dies in der Hoffnung, die Kombattanten später in Europa für die palästinensischen Ziele aktivieren zu können. Bei linken Gruppen war das der Fall, ob es auch bei extremen Rechten geschah, die in den Lagern ausgebildet worden waren, ist unklar.

Das parallele Training von linken und rechten Gruppen unterschied sich teilweise hinsichtlich der Betreuung durch die unterschiedlichen PLO-Fraktionen. Während Linke eher von der linken Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) ausgebildet wurden, war es bei den Rechten meist die eher konservative El-Fatah.

Auffallend ist auch, dass der Nahostkonflikt immer wieder ein wichtiges Thema in den rechten Medien gewesen ist. Dabei wird nicht selten NS-Vernichtungs-Vokabular auf Israel angewandt, wodurch bewusst oder unbewusst NS-Untaten relativiert werden.

⁶⁵ Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster: Eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus“?, in: MOBIM-ANALYSEN, 05/2011, 03.04.2011

⁶⁶ Natürlich kämpfen viele PalästinenserInnen um ihre Freiheit im Sinne eines eigenen Staates. Mit „Terrorismus“ gemeint sind aber Aktionsformen wie Bombenattentate gegen die Zivilbevölkerung.

Die extreme Rechte und Islamisten

„Die militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft sind - weil sie vermittelt durch die Medien den Widerstandsgeist der Völker beleben und auf den Hauptfeind ausrichten - eminent wirksam und deshalb rechters.“

Horst Mahler⁶⁷ (deutscher Neonazi)

„Am ‚schwarzen Dienstag‘, dem 11. September 2001, bekamen die USA nun erstmals einen Schluck von der eigenen Medizin verabreicht. Die Völkermordzentrale ‚Pentagon‘ schwer getroffen, der [sic!] World Trade Center ruht in Schutt und Asche – das Symbol der weltweiten Ausbeutung und Globalisierung ist gefallen!“

Aktionsbüro Norddeutschland⁶⁸

„Sie müssen hier zwischen innen- und außenpolitischem Handeln unterscheiden. Wenn z.B. Deutschland im letzten Krieg Japan als Verbündeten hatte, so hieß das doch nicht, daß die Japaner sich in Deutschland ansiedeln sollten. Wir haben mehrfach erklärt, daß wir keine Zukunft für Islamisten in Deutschland sehen und demonstrieren und agieren aus politischer Überzeugung gegen die weitere Vernichtung unserer Kulturlandschaft durch den Bau von Moscheen, die zumindest nicht in der gewaltigen Zahl von über 2.400 in unser Land gehören. Außenpolitisch sind die islamischen Länder aber natürliche Verbündete im Kampf gegen den sich auswuchernden Imperialismus der USA.“

Udo Voigt im Gespräch mit der JN-Zeitschrift „Hier & Jetzt“, 2007⁶⁹

Besonders seit den September-Attentaten 2001 gegen die USA wird von Teilen der extremen Rechten in Deutschland und anderswo über mögliche Vernetzungen zwischen dieser und islamistischen Fundamentalisten spekuliert.

Die Bewertung der Septemberattentate in der Szene war sehr unterschiedlich, sie reichte von grundsätzlicher Ablehnung bis hin zur offenen Freude. Schnell entwickelten sich auch antiamerikanische und kaum verhohlene antisemitische Verschwörungstheorien, die aber ebenso in der Mitte der Gesellschaft und bei vielen Linken zu finden waren.

Da viele extrem Rechte sehr vergangenheitsfixiert sind, lohnt es sich, nach historischen Vorbildern zu suchen. Tatsächlich gibt es eine gewisse Analogie zum NS-Regime, auf die sich einige extrem Rechte auch berufen und eine Erneuerung der „Waffenbrüderschaft“ propagieren⁷⁰.

Insbesondere im deutschen Nationalsozialismus sind diese historischen Vorbilder zu finden: So gab es damals muslimische *Waffen-SS*-Divisionen, und der islamische Mufti von Jerusalem war nicht nur ein überaus treuer Hitler-Verbündeter, sondern auch ebenso wie dieser ein radikaler Antisemit.

Darüber hinaus gibt es auch einige aktuelle Beispiele für Bündnisse und Sympathien zwischen Islamisten und extrem Rechten. Die 2003 in der Bundesrepublik verbotene kleinere Islamisten-Organisation „Hizb ut-Tahrir“ (dt. Partei der islamischen Befreiung), die 1953 in Ostjerusalem gegründet wurde, suchte auf einer Veranstaltung an der Technischen Universität (TU) Berlin am 27. Oktober 2002 den Schulterchluss mit NPD-Kadern.⁷¹

Auch außerhalb Deutschlands gibt es in der extremen Rechten Solidarität und Bewunderung für Islamisten. Neonazis vom Nationalen Widerstand in Tschechien erklärten sich im August 2006 bereit, auf der Seite von islamischen Staaten zu kämpfen und die „Aryan Nations“ (AN) aus den USA solidarisierten sich 2006 mit dem Jihad.

⁶⁷ Zit. nach CORINTH, Ernst: Indepence-Day live. „Deutsches Kolleg“ rechtfertigt Terroranschläge, 22.09.01, <http://www.heise.de/tp/artikel/9/9625/1.html>, Zugriff: 11.04.2011

⁶⁸ Zit. nach MAEGERLE, Anton/SCHIEDEL, Heribert: Krude Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten, in: BLICK NACH RECHTS, 2001,

⁶⁹ „Schwarzer Block“ und Islam: Udo Voigt im Gespräch mit der JN-Zeitschrift „Hier & Jetzt“, 24.09.07, <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=68>, Zugriff: 11.04.11

⁷⁰ MAEGERLE, Anton/SCHIEDEL, Heribert: Krude Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten, in: BLICK NACH RECHTS, 2001, <http://www.doew.at/frames.php?thema/rechts/allianz.html>, Zugriff: 18.04.2011

⁷¹ MAEGERLE, Anton/SCHIEDEL, Heribert: Krude Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten, in: BLICK NACH RECHTS, 2001, <http://www.doew.at/frames.php?thema/rechts/allianz.html>, Zugriff: 18.04.2011

Auffällig sind außerdem Konvertierungen einzelner Neonazis zum Islam, teilweise bei Fortbestand extrem rechter Überzeugungen. Ein Beispiel wäre Ahmad Huber (1927-2008), ein 1962 zum Islam konvertierter extrem Rechter aus der Schweiz. Huber referierte im Oktober 2000 auf einem JN-Kongress zum Thema „Islam und Neue Rechte“ und trat im September 2001 als Redner bei einer NPD-Veranstaltung im sächsischen Grimma auf. In einem Interview mit dem österreichischen Nachrichtenmagazin „Profil“ nannte er als gemeinsames Ziel von Neonazis und Islamisten: „die Herrschaft der Juden zu beenden“.

Ein weiteres Beispiel für eine grün-braune Querfront ist der Holocaustleugner Frank-Eckart Czolbe-Senft, der beim Al-Quds-Tag 2005 – einem vom Regime des „iranischen Gottesstaates“ installierten antizionistischen Ritual⁷² – in Berlin mitmarschierte⁷³.

Überhaupt gibt es deutliche Sympathien von Holocaustleugnern für den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad – selbst Holocaustleugner und Antisemit – und seine Theokratie⁷⁴, t.

Solche unsicheren und „kruden Allianzen“ entstehen fast immer über gemeinsame ideologische Bezugspunkte, meist Anti-Haltungen. Diese sind vor allem Antisemitismus, verkörpert im „jüdisch-zionistischen Feind“ in Gestalt von Israel (Antizionismus) oder der USA (Stichwort ZOG⁷⁵). Gemeinsam agitieren Neonazis und Islamisten gegen den „Gaskammer-Schwindel“⁷⁶. Rechte Schriften, besonders Verschwörungstheorien, finden unter

radikalen Muslimen starke Verbreitung. Auch manichäischer Antimperialismus („braune Friedenstauben“) und Antiglobalismus (Antiamerikanismus) finden sich oft bei beiden Gruppen, ebenso ein teilweiser Antimodernismus. Daraus entspringt dann als Handlungsoption ein „Befreiungsnationalismus“ bzw. ein (brauner oder islamistischer) Antimperialismus.

Fazit und Prognose

Bei der Betrachtung der Frage nach der Existenz einer „braunen Internationalen“ müssen grundsätzlich die veränderten Voraussetzungen der letzten Jahre beachtet werden. Es gibt eine ganze Reihe an neuen Bedingungen: Englisch als weit verbreitete Fremdsprache sorgt für schwindende Sprachbarrieren, der Fall des Eisernen Vorhangs die (relative) Angleichung von sozioökonomischen Lebenswelten im Westen oder der technische Fortschritt, vor allem im Bereich Kommunikation (Internet, Handys) und Fortbewegung, erleichtern Vernetzung.

Das internationale „Weltnetz“ (rechter Szene-sprech für Internet) ist eine sehr hilfreiche internationale Infrastruktur für grenzübergreifende Vernetzungs- und Propagandaversuche und ebenso als Rekrutierungsmittel. Im „World Wide Web“ bestehen zahlreiche juristische Lücken, die es ermöglichen, z.B. über amerikanische oder russische Server, auch die härteste Nazi-Propaganda online zu stellen.

Allgemein lässt sich sagen, dass bei der „braunen Internationale“ die Struktur der Ideologie folgt. Erst eine gemeinsame Ideologie macht Kontaktaufnahme, Treffen und schließlich Kooperation möglich. Die gemeinsame Ideologie fußt oft auf gemeinsamen Feindbildern wie der ZOG, dem „internationalen Großkapital“ (Antisemitismus) oder sogenanntem „Rassenmix“. Carsten Hübner schreibt dazu:

„Rechte Netzwerke und Kooperationen sind demnach in allererster Linie Abwehrgemeinschaften gegen eine als bedrohlich und nivellierend empfundene Multikulturalität, zu der potenziell auch immer der Partner der jeweiligen Kooperation zu rechnen ist.“⁷⁷

⁷² Kampagne gegen die Al-Quds-Demonstration in Berlin, <http://www.no-al-quds-tag.de/>, Zugriff: 18.04.2011; WIERTH, Alke: Ein bisschen Frieden ... (über die Al-Quds-Demonstration), in: taz Berlin lokal, Nr. 7807 vom 31.10.2005, www.taz.de/pt/2005/10/31/a0258.nf/text.ges.1

⁷³ Al-Quds-Tag mit Rechter „Prominenz“, auf Indymedia, 29.10.2005, germany.indymedia.org/2005/10/130937.shtml

⁷⁴ MAEGERLE, Anton: Die iranische Rechtsextremisten-Connection, http://www.doew.at/thema/re_iran/maegerle.html, Zugriff: 18.04.2011

⁷⁵ „Zionist Occupied Government“, eine Variante des Wahns von der jüdischen Weltverschwörung

⁷⁶ Margret Chatwin: Der alte Judenhass. Holocaust-Leugnung und Antisemitismus in arabischen Ländern, www.idgr.de/texte/rechtsextremismus/antisemitismus/zc-cf-konferenz02.php, Zugriff: 01.01.2006

⁷⁷ In: Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa. Eine Bestandsaufnahme vor der Europawahl 2009, Dezember 2008

Um zur Ausgangsfrage „Gibt es eine braune Internationale?“ zurückzukommen: Es gibt weniger eine Internationalisierung der extremen Rechten, denn mehr eine Transnationalisierung. Außerdem ist auffällig, dass es bei Teilen der extremen Rechten eine neue Prioritätenordnung gibt. Diese stellt sich wie folgt dar:

1. Rassismus
2. Antisemitismus
3. Ultrationalismus

Da viele rechte Organisationen oder Gruppen einen radikalen Weltanschauungs-Antisemitismus ablehnen, ist für sie der antimuslimische Rassismus das Hauptfeindbild geworden.

Dem pan-„arisch“ orientierten Teil der außerparlamentarischen Rechten gelingt es auf Basis des „Rasse“-Konstrukts, mit dem Ziel der Bewahrung und Stärkung der „weißen Rasse“ als Ideologie, zusammenzuarbeiten. Extrem Rechte mit einer Kollektividentität und Loyalität auch jenseits der eigenen Staatsangehörigkeit („weiße Rasse“, „christliches Abendland“) neigen naturgemäß dazu, sich auch in diesem größeren Rahmen – einem Nationalismus über nationale Grenzen hinweg – zu vernetzen („race not geography“).

Viele Neonazis sind dabei weitaus weniger anti-slawisch eingestellt als der historische Nationalsozialismus. Doch gibt es hier durchaus noch Ggentrends; so sang die ehemalige Berliner Nazi-Band „Landser“ in ihrem Lied „Polackentango“ von 1997:

*„Wenn ich das seb, bin ich echt sauer:
Polackenl Himmel schreien White Power.
Und wie ich dieses Scheißvolk hasse,
seit wann gehören Polacken zur arischen Rasse!“*

Bündnisse sind teilweise eher von FunktionärInnen organisiert, während die Basis oft kritisch bleibt. Einfacher ausgedrückt: das einfache Fußvolk fällt schnell in vulgärrassistische Beißreflexe zurück, während extrem rechte AnführerInnen eher weitblickend agieren.

Trotzdem nimmt innerhalb der extrem rechten Szene die Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg erkennbar immer mehr zu (Konzerte, CD-Produktion, (kostengünstigere) Produktion von Propaganda, Versand). Extrem Rechte sind damit zum Teil eine Art internationale Nationalisten bzw. „globalisierte Antiglobalisierer“⁷⁸ (Nick Lowles).

Diverse inhaltliche Bruchlinien stellen Hindernisse für die Zusammenarbeit dar. Es gibt religiöse Unterschiede (NPD: säkular bzw. neuheidnisch, Falange (Spanien): rechtskatholisch), es gibt gegenseitige Territorialansprüche (z.B. Polen und Deutsche) oder es gibt Dissens über historische Ereignisse (NS-Besatzung, „Vertreibung“ der Deutschen aus den Ostgebieten). Wie erwähnt verhinderte etwa das „Südtirol-Problem“, dass sich die italienischen Neofaschisten von der Partei MSI nach der Wahl 1989 einer gemeinsamen „Technischen Fraktion der europäischen Rechten“ anschlossen.

An der Basis jedenfalls bestehen häufig rassistische Vorurteile weiter, z.B. von Russen als „Untermenschen“. Der Leserbrief eines Mitglieds von „Blood & Honour Serbia“ im Magazin von „B&H – Division Deutschland“, veröffentlicht unter dem Titel: „Serben sind Freunde – Serbs are Friends“⁷⁹ zeugt davon. In ihm verlangt der Autor von den LeserInnen, nationalistische bzw. national chauvinistische Vorbehalte zurückzustellen.

⁷⁸ Abgeleitet von Globalismus, einer Verschwörungstheorie, wonach die „Globalisten“ bewusst eine Völkervermischung und eine weltweite Kultur anstreben

⁷⁹ Innenministerium NRW: Skinheads und Rechtsextremismus, April 2001, <http://www.im.nrw.de/inn/doks/vs/skins.pdf>, Zugriff: 11.04.2011

Verwendete Literatur und Quellen

„Europa erwache!“, Antifaschistisches Info-Blatt, Nr. 70, 1/2006, S. 52f

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/5635, 14. Wahlperiode, 22.03.2001

BEER, Angelika (Hg.): MdEP: Europa im Visier der Rechtsextremen, o.O. 2009

BUNDESVERFASSUNGSSCHUTZBERICHT Deutschland: 1999, 2000, 2001, 2004

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BpB): Themendossier „Internationale Netzwerke des Rechtsextremismus“, <http://www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,0,Rechtsextremismus.html>

CREMET, Jean: Für eine Allianz der „Roten“ und der „Weißen“, in: DERS./KREBS, Felix/SPEIT, Andreas: Jenseits des Nationalismus, Münster 1999, S. 91-127

FASCHER, Eckhard: Modernisierter Rechtsextremismus, Berlin 1994

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG – Forum Berlin: Neue Entwicklung des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Ergebnisse der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 9. Dezember 2005, S. 25-73

GRUMKE, Thomas/WAGNER, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Opladen 2002

GRUMKE, Thomas: „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation, in: DERS./Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Opladen 2002, S. 43-59

KRONAUER, Jörg: Multikulti auf Deutsch, in: Jungle World, Nr. 22 vom 31.05.2006

KRONAUER, Jörg: Die sehr unheilige Allianz, in: LOTTA, Nr. 43/Frühjahr 2011, S. 46-48

LASEK, Wilhelm: Internationale Verbindungen und Zusammenhänge, in: STIFTUNG DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES: Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994, S. 515-529

LE MONDE DIPLOMATIQUE: Atlas der Globalisierung, 2. Auflage, o.O. 2003, S. 124f

LOWLES, Nick: Die Internationale des Hasses, in: DORNBUSCH, Christian/RAABE, Jan (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Hamburg 2002, S. 233-263

STÖSS, Richard: Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa, Referat auf dem DVPW-Kongress 2000 in Halle im Rahmen der Sektion „Politische Soziologie“, 4. Oktober 2000, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 5, www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/RexDVPW.pdf

VIRCHOW, Fabian: Gegen den Zivilismus, Wiesbaden 2006

Prof. Dr. Szabolcs Szita DSc., geb. Am 31. Mai 1945 in Sopron. Studierte in Budapest, promovierte mit einer Geschichte der Zwangsarbeit für die Kriegswirtschaft und wurde 1994 habilitiert (Thema: Rettung der Verfolgten des Nazionalsozialismus). Publierte bislang 19 Bücher und zahlreiche Artikel in Zeitschriften. In den letzten Jahren zunehmende Beschäftigung mit dem Thema der Rettung jüdischen Lebens in Europa und der Hilfeleistung durch die Bevölkerung in Ungarn, in Österreich und in der Slowakei zur Zeit des *Dritten Reichs*, sowie der Tätigkeit der *Gestapo*. Gründer und von 1990 bis 2009 leitender Historiker des Holocaust Dokumentationszentrum in Budapest, Professor an der Jüdischen Universität, Budapest von 2001 bis 2009. Seit 2006 Professor an der Westungarischen Universität, seit 2009 Hauptdirektor des Budapester Holocaust Instituts.

Leiter der EU Reg. Forschungsgruppe, Wiss. Hauptmitarbeiter an der Westungarischen Universität (1998 bis 2006), Mitglied der Leitung des Internationalen Auschwitz Komitees (seit 2001), Ungarischer Delegierter für die *International Task Force for Co-operation on Holocaust Education, Remembrance and Research* (seit 2002), Doktor der Akademie der Wissenschaften in Ungarn (seit 2005).

Träger folgender Ehrungen und Preise: Großes Ehrenkreuz I. Klasse der Wissenschaft und Kunst (Wien, 2004), Ritterkreuz der Republik Ungarn (Budapest, 2005), Csatkai-Preis (1976), Scheiber-Preis (1996) und Radnóti-Preis (2010).

Szabolcs Szita

Staatliche Kollaboration in Ungarn nach 1944

1. Die deutsche Besetzung und die jüdische Bevölkerung Ungarns

Am 19. März 1944 wurde Ungarn gut vorbereitet und ohne deutsche Verluste mit Waffenmacht besetzt. Der Bevollmächtigte Hitlers, Edmund Veessenmayer, führte eine Ordnung ein, welche die Besatzer von direkten Aufgaben der Verwaltung und Polizeimacht befreite. Die ungarische Regierung, die auf deutsche Anweisung aufgestellt wurde, wurde von General Döme Sztójay, dem früheren ungarischen Botschafter zu Berlin angeführt. Seine Minister, der Generalstab der ungarischen Armee und die Verwaltungsorgane dienten sehr bald den deutschen Interessen. Viele Träger höherer Ämter wurden abgelöst und in Gewahrsam genommen.

Nach dem Einmarsch der *Wehrmacht* waren die Sondereinheiten der *Sicherheitspolizei* Herren der Situation. Seit Jahren bezahlten sie – geheim oder völlig offen – hunderte von Spitzeln. Die Verhaftungen wurden anhand kompletter Listen, die von diesen Spionen kamen, durchgeführt. Leiter des *SD* in Budapest wurde Wilhelm Höttl, während die *Gestapo* in Budapest von Alfred Trenker angeführt wurde.

Die Agenten der *Gestapo* konnten nun ungestört handeln, wie auch immer sie wollten. Sie fingen mit Hilfe ungarischer SympathisantInnen der Nazis die ungarischen BürgerInnen, die als gefährlich für deutsche Interessen galten, innerhalb von Tagen ein. Mit ihnen auch zahlreiche Flüchtlinge, die aus anderen von Hitler okkupierten Ländern geflohen waren und auf ungarischem Boden Asyl gefunden hatten. Die meisten, besonders Polen, wurden in Konzentrationslager verschleppt.

Die Verhaftungen lösten in Budapest eine Reihe von Selbstmorden aus. In der Woche nach der Besetzung wurden 3.076 ungarische Juden und Jüdinnen verhaftet. Wegen der zahlreichen Anzeigen nach dem 31. März 1944 schnitten die ungarische Polizei, die Gendarmerie und Verwaltungsämter überdurchschnittlich ab. Gemäß einer Auflistung vom 8. Mai wurden 6.950 Internierte bewacht.

Das *Sondereinsatzkommando*, auch *Judenkommando* genannt, kam ebenfalls nach Ungarn. Seine Aufgabe war es, die jüdische Bevölkerung zur Ausführung der *Endlösung* zu sammeln und zu deportieren. Sein Anführer, *SS-Obersturmbannführer* Adolf Eichmann, war fest entschlossen, die sogenannte *Judenfrage* Ungarns schnellstmöglich, radikal, und tunlichst ohne größeres Aufsehen zu lösen.

Eichmann schätzte im Zuge seines Prozesses in Israel 1961 die Zahl der Mitglieder des Budapester *Judenkommandos* auf 15 bis 20 Mann. Fakten widersprechen jedoch dieser Zahl. Seinem Stab gehörten ca. 150 *SS*-Männer verschiedenen Ranges an. Am Anfang nahmen sie zusammen mit der *Gestapo* – zur Einschüchterung – Geiseln. Die Inhaftierungen auf dem Land unterstützte Márton Zöldi, ehemaliger Hauptmann der Gendarmerie, der schon früher kollaboriert hatte, in einer Offiziersuniform der *SS*.

Die deutschen Sicherheitsorgane quartierten sich in Budapest in Kurhotels auf dem Schwabenberg ein. Dies war auch die Basis ihres alten, geheimen, gut bezahlten Dieners, Inspektor Péter Hain, des Kommandanten der Staatsicherheitspolizei, die man auch als die *Ungarische Gestapo* bezeichnete. Das Büro des Verbindungsoffiziers zwischen den Deutschen und der ungarischen Gendarmerie, des Gendarmerie-Vizeobersts László Ferenczy zog auch hierhin um.

Adolf Eichmann und seinem Trupp fiel die uneingeschränkte Vollmacht zur „*Lösung der Judenfrage in Ungarn*“ zu. Diese Wende überraschte die Dreiviertelmillion ungarischer JüdInnen. Ihre Anführer erhoben ihr Wort gegen den Terror der Deutschen und die zentralisierten Maßnahmen. Doch deren Aufschrei stieß auf taube Ohren. Offiziellen Schutz bekamen sie von Ungarn nicht. Eichmanns Stab brauchte die Unterstützung der ungarischen Vollzugsmacht und bekam diese schon sehr bald. Ihre Ziele wurden hauptsächlich durch zwei Amtsträger – die aus deutschem Interesse zu Staatssekretären ernannt worden waren – erreicht: durch Dr. László Endre und durch dem

pensionierten Gendarmerie-Major László Baky. Diese verkündeten gemeinsam mit anderen kollaborierenden Amtsträgern und Beamten, dass sie eine „*historische Aufgabe*“ durchführten. Es folgte eine Welle von Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung, vor denen diese kaum eine Chance hatte zu fliehen.

Eichmann wandte das ganze Spektrum des Terrors an. Dazu setzte er Drohungen und Versprechungen ein; entweder er schrie und schüchterte die Menschen ein oder er versuchte, alle zu beruhigen. Auf seinen Befehl hin wurde am 20. März in Budapest ein achtköpfiger *Judenrat* aufgestellt. Die deutschen Anordnungen für diesen Rat legten den Informationsaustausch und die Selbstverteidigungsmöglichkeiten der jüdischen Bevölkerung völlig lahm. Reichsverweser Miklós Horthy hielt sich in Bezug auf die *Judenfrage* im Hintergrund und ließ der Sztójay-Regierung „freie Hand“. Die jüdische Bevölkerung vertraute vergebens auf die ungarische Justiz, sie wurde ausgeliefert und blieb sich selbst überlassen.

Die meisten hofften und warteten ab. Sie wollten nicht glauben, dass in Ungarn das gleiche geschehen könnte wie in Deutschland und den umliegenden Ländern. Aber es geschah. Ab dem 5. April wurden alle ungarischen StaatsbürgerInnen, die als Juden und Jüdinnen galten, verpflichtet einen gelben Davidstern auf ihrer Oberbekleidung zu tragen. Außerdem wurde die Praxis eingeführt, dass die örtlichen *Judenräte* die unmenschlichen Befehle der Besatzer zwangsweise ausführen mussten.

Die Hetzjagd auf die UngarInnen, die als JüdInnen klassifiziert waren – und die von den *SD*-Offizieren sowie den Angehörigen der ungarischen Regierung konsequent verneint wurde – hatte sich bald voll entfaltet. Nach den „Ratschlägen“ von Eichmann und seinen Offizieren erfuhr die jüdische Bevölkerung völlige Entrechtung. Am 16. April wurden in der Karpatenukraine und in Ostungarn alle JüdInnen, jung und alt, in Ghettos gepfercht. Das rasche Zusammentreiben der Massen, die Hetzkampagne der Presse, der Einsatz der *SS* und die weit verbreitete Ergebenheit spielten den Besatzern in die Hände. Die Deutsche Botschaft zu Budapest vermeldete schnelle und effektive Maßnahmen. Am 20. April wurde von 7.493 Einzelinhaftierten und 38.000 JüdInnen

in Ghettos berichtet. Am 26. Waren es 8.046 und 140.000, zwei Tage später bereits über 8.225 und 194.000.

In der Zwischenzeit stimmten die Abgesandten Eichmanns in Wien über den Plan des Abtransports dieser Menschen und die Aufgaben der Eisenbahngesellschaften ab. Die Arbeitsaufteilung war effizient: mit Einverständnis des Innenministers Andor Jaross verabschiedete László Endre fortwährend Verordnungen in deutschem Interesse. Staatssekretär László Baky stellte die notwendige ungarische Exekutive bereit. Insgeheim oder völlig offen, jeder tat seine Arbeit. Die Ausführung der „Maßnahmen“ verlief meist reibungslos.

2. Das *Judenkommando* bei der Arbeit

Am 29. und 30. März, kaum sechs Wochen nach der Besetzung, wurde je ein Zug mit JüdInnen nach Auschwitz-Birkenau geschickt. Der Gendarmerie-Vizeoberst László Ferenczy ging bei der Erfüllung von Eichmanns Zielen energisch vor. Er überwachte die Gendarmerie-Einheiten, die zur „Konzentrierung“ und zum Abtransport der JüdInnen eingesetzt wurden und war aktivster ungarischer Vorantreiber der Deportationen.

Die deutschen Besatzer „arbeiteten“ routiniert. Ihre eigentlichen Absichten versteckten sie immer gut. Die Kennzeichnung der JüdInnen und deren Konzentration in Ghettos nahm die ungarische Bevölkerung zur Kenntnis. An die demütigende Behandlung gewöhnte man sich, der Großteil der Gesellschaft war passiv und gleichgültig. Viele sahen nur zu, welche unmenschlichen Verordnungen verabschiedet wurden. Anderen kam die *Arisierung* der Wohnungen und Vermögen von JüdInnen zu Gute. Der Plan der Besatzer ging auf: der Großteil der nicht-jüdischen ungarischen Bevölkerung nahm die Verfolgung gleichgültig hin. Die Deutschen, die die Deportationen leiteten, waren kaum wahrzunehmen, meist agierten sie im Hintergrund. Staatssekretär Endre hatte vorgeschrieben, dass sich lokale Behörden in allem um die Bequemlichkeit der Deutschen kümmern sollten.

Am Abend des 14. Mai begannen die Massendeportationen. Der Weg der sogenannten „Arbeiterfrachten“ war ungehindert. Veessenmeyer, der Statthalter Hitlers, fasste die Zuschriften Eich-

manns am 11. Juli zusammen: „bis zum vorigen Tag hat man in 147 Zügen 437.402 Juden aus Ungarn deportiert.“ In der Zwischenzeit war auch die Verschickung der Budapester JüdInnen gut geplant worden. Als erste Maßnahme wurden sie bis zum 24. Juni in sogenannte „Sternhäuser“ um- bzw. zusammengesiedelt. All das wurde nach nazideutscher Rezeptur durch den *Judenrat* veranlasst.

Eichmann rechnete ursprünglich auch mit Waffengewalt und Aufständen, einem zweiten Warschau. Seine Bedenken waren jedoch unnötig. Der Einsatz der beinahe gesamten Polizei in den Städten sowie der Gendarmerie und deren brutales Auftreten verschonten ihn vor Aufregung. Er bewegte sich aus Budapest kaum weg, weil die *Ungarnaktion*, die von ihm persönlich angeführt wurde, ungehindert lief. So blieb ihm mehr Zeit zur Erpressung und Requirierung jüdischen Vermögens für die *SS* geblieben.

Er feierte den erfolgreichen Beginn der Deportationen mit den Staatssekretären Endre und Baky sowie mit *SS*-Hauptmann Dieter Wisliceny, der die *Judenrat*-Mitglieder erfolgreich manipuliert hatte.

Der *SS*-Offizier Dr. Otto Hunsche, ein alter Kamerad Eichmanns im sogenannten *Judenkommando*, trieb in Budapest sein Unwesen. Manchmal gab er sich als „juristischer Sachverständiger“ aus, in den Tagungen des ungarischen Innenministeriums fungierte er als „Berater“ und vergewisserte sich danach persönlich über die Einführung der ungarischen behördlichen Maßnahmen. Er beschäftigte sich mit Eigentumsfragen, Versicherungsangelegenheiten, d.h. mit dem „Erwerb“ ungarischer Vermögensgegenstände, aller besonderen Wert – und Kunstgegenstände. Aus dem Hintergrund steuerten Franz Novak, Theodor Dannecker und *SS*-Hauptsturmführer Dr. Siegfried Seidl sowie der bereits erwähnte Wisliceny die Deportationen. Sie alle verließen Budapest vor dem 24. Dezember 1944 – also vor der Schließung des sowjetischen Belagerungsringes – mit reicher Beute.

Über die Lügen, Erpressungen und Plünderungen der Mitglieder des *Judenkommandos* sowie Fakten und Daten zur Zerstörung des ungarischen Judentums könnte hier noch viel aufgezählt werden.

3. Geschichtliche Verantwortung

Die Verfolgung der ungarischen JüdInnen (oder genauer gesagt derer, die nach *NS-Rassegesetzen* als solche galten) schuf 600.000 Opfer.

Im Sommer und Herbst 1944 wurde mit den ungarischen JüdInnen die größte noch existierende jüdische Gemeinschaft Europas vernichtet. Diese und die 15.000 – 16.000 Menschen, die früher nach Ungarn geflohen waren, hätten den Krieg wahrscheinlich ohne größere Verluste überleben können, wäre das Land der deutschen Besatzung erfolgreich ausgewichen.

Der schnelle und erfolgreiche Einsatz der *Wehrmacht*, die Maßnahmen der deutschen *Sicherheitskommandos*, darunter die geübte und zielgerichtete Tätigkeit des *Eichmann-Kommandos* verhinderten dies jedoch. Die direkte Intervention der Nazis in Ungarn war eine der Hauptursachen der fast vollständigen Vernichtung der ungarischen JüdInnen innerhalb weniger Monate.

Als zweite Ursache können wir den Großteil der ungarischen politischen Elite nennen. Sie warteten auf ein Wunder, verhielten sich rückgratlos, leisteten keinen Widerstand, dienten den Besatzern und kollaborierten auf Staatsebene. Die Sztójay-Regierung, Administrationsorgane und Exekutive wirkten bereitwillig bei der Verschleppung der JüdInnen mit. Sie trugen entscheidend dazu bei, dass die Pläne der zu allem entschlossenen Besatzer bzw. des *Judenkommandos* schnell verwirklicht werden konnten. Nur wenige weigerten sich oder hielten sich irgendwie aus der Durchführung heraus. Diejenigen aber waren die Hüter der Ehre der Nation, ihrer müssen wir mit Ehre gedenken.

Im Juli 1944 änderten der Regent Miklós Horthy und die Regierungspolitik zwangsweise wegen internationaler Proteste ihre Richtung. Eichmann deportierte die JüdInnen vom Land bis Anfang Juli, aber ohne die Hilfe der Exekutive des „zögernden Vasallen“ waren die Besatzer nicht fähig, mit den Deportationen fortzufahren. Die JüdInnen Budapests waren bis zum Herbst 1944 sicher. Nachdem aber die ungarischen Nazis Ferenc Szálasi an die Macht gebracht hatten, trat mit 15. Oktober erneut eine Veränderung ein: Die neuen Vasallen unterstützten die Ziele der Deutschen. 60.000 bis 70.000 JüdInnen aus der Hauptstadt wurden – meist zu Fuß – den Deutschen überge-

ben. Diejenigen, die vorher hatten fliehen oder sich versteckt halten können, wurden nun ausgeliefert.

Die Deportationen gingen bis Ende März 1945 beinahe ununterbrochen weiter. Von deutscher Seite brauchte kaum Druck ausgeübt zu werden. Die *Pfeilkreuzler* übergaben auch Christen (unter ihnen auch Amtsträger der Kirche), die ihnen unangenehm werden hätten können, politische GegnerInnen in großer Zahl und Roma. Zehntausende sogenannte *Leibjuden* wurden als Zwangsarbeiter bei den Befestigungsarbeiten nahe der Grenze eingesetzt. Rudolf Höß, früherer Lagerkommandant von Auschwitz, entschied dort über ihr weiteres Schicksal.

Nach dem Krieg gaben sich die Mitglieder des *Judenkommandos* vor Gericht (wie auch Eichmann in seinem Prozess in Jerusalem) als einfache Bürokraten aus, die nur Befehle ausgeführt hatten. Gleichzeitig erwähnten sie gerne und mit Anerkennung die Kollaboration der ungarischen Regierung und Exekutive. Ihre eigene Tätigkeit bagatellisierten sie und versuchten fortwährend, die Verantwortung auf die ungarischen Organe zu schieben. Sie wiederholten immer wieder, dass nicht sie, sondern die Regierung unter Sztójay die unzähligen antisemitischen Verordnungen verabschiedet hatte. In den einzelnen Fällen sollten die Staatssekretäre Endre oder Baky, andere Male Vizeoberst László Ferenczy oder die ungarische Gendarmerie solche „Maßnahmen“ ergriffen haben. Ihre eigene Rolle führten sie meist darauf zurück, dass die ungarische Regierung sie als „Berater“ gebraucht hätte.

„Berater“ wurde ein Schlüsselwort. In den Prozessen konnte sich keiner der Angeklagten an konkrete Orte und Situationen, Terrormaßnahmen oder Raubzüge der Nazis erinnern. Die Mitglieder des *Judenkommandos* hätten mit so etwas nichts zu tun gehabt, sie seien lediglich als „Bera-

tungsorgan“ tätig gewesen. Sie hätten ihre „Erfahrungen zur Entjudung“ vermittelt oder auf Anfrage Ghettos überprüft. Sie hätten nie Gewalt gesehen, und wüssten auch nichts darüber. Für die Selbstmorde in den Ghettos und für eventuell geschehenen Missbrauch sei einzig und allein die ungarische Gendarmerie verantwortlich.

Zuletzt einige Angaben zu den Prozessen der Mitglieder des *Judenkommandos*. Es ist wohl kaum übertrieben, dass die meisten von ihnen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wegen der aktiven Teilnahme an dem geplanten industriemäßigen Völkermord mit harten Strafen bestraft werden hätten sollen. In drei Fällen wurden Todesurteile vollstreckt: Eichmann wurde 1962, Dr. Seidl 1947 und Wisliceny 1948 nach einem Todesurteil hingerichtet.

Die anderen blieben in Gewahrsam, aber auch sehr oft auf freiem Fuß. Krumej, Hunsche und Novak leugneten alles in ihren Prozessen. Wo sie konnten, wiesen sie die Verantwortung von sich. Krumej wurde letztendlich im August 1969 zu lebenslanger Haft verurteilt, das Urteil wurde aber erst im Januar darauf rechtskräftig. Den *SS-Brigadeführer* Veesenmeyer verurteilte das Nürnberger Militärgericht 1949 zu 20 Jahren Haft, er kam aber bereits im Dezember 1951 durch Amnestie frei. Über seine Nazivergangenheit schwieg er bis zu seinem Tod.

Viele ungarische Politiker, Träger höherer Ämter sowie mehrere Befehlshaber und Offiziere der Gendarmerie wurden bereits früher gerichtlich belangt. Nach einem Gerichtsprozess und Urteil wurden Döme Sztójay, László Baky, László Endre und Andor Jaross, die mit den Nazis kollaboriert hatten, im Frühjahr 1946 hingerichtet. Auf gleiche Weise beendeten außerdem László Ferenczy, Ferenc Szálasi, Gábor Vajna, Emil Kovarcz und noch zahlreiche andere, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt hatten, ihr Leben.

György Haraszi

Von den Skinheads bis zur Jobbik – die ungarische Rechte heute

Die Geschichte der Nationalradikalen und extremen Rechten nach dem Fall des kommunistischen Systems in Ungarn

PolitologInnen verwenden in Ungarn die Bezeichnung „Rechtsextreme“ für jene TeilnehmerInnen des öffentlichen Lebens, die sich mit Nationalradikalen und Parteien der rechten Seite der politischen Palette verflechten, aber noch wesentlich radikalere und aggressivere Ideen verbreiten. Die nationalradikalen Organisationen verstehen sich als Nationalisten, ihre „Gegenkultur“ stellt sich gegen die Prinzipien einer liberalen Weltanschauung und (zumindest in Worten) die Grundsätze der Konsumgesellschaft.

In der öffentlichen Meinung (zum Beispiel des ungarischen Staatspräsidenten Sólyom László im Dezember 2007) gelten die Nationalradikalen als Teil der extrem rechten Szene, und oft werden die Ausdrücke „rechtsradikal“ und „rechtsextrem“ synonym verwendet. Die Radikalen selbst jedoch weisen diese Auffassung scharf zurück, da diese ihre Organisationen der faschistischen, nationalsozialistischen Ideologie zuordnet. Nach der einhelligen Meinung der Nationalradikalen dürfen nur winzige nationalsozialistische Gruppen (auf Ungarisch: „Hungaristen“), die sich selbst offen zum Faschismus bekennen, als Rechtsextreme betrachtet werden. Auch diese letzteren Organisationen haben schon seit zwei Jahrzehnten ihre Abspaltung von den Nationalradikalen erklärt.

Bekanntlich wurden während des kommunistischen Regimes sämtliche von der Ideologie der Kommunistischen Partei abweichenden politischen Meinungen staatlich verfolgt, unter anderem auch die der extrem Rechten. Vor 1956 erfolgte die völlige politische Ausschaltung der Mitglieder der bekanntesten rechtsextremen Bewegung aus der Zeit vor und während des Zweiten Weltkrieges, der sogenannten *Pfeilkreuzler* (die Anhänger des *Pfeilkreuzlerführers* Szálasi Ferenc); viele von ihnen wurden hingerichtet, wenn sie nicht nach Westen geflohen waren. Trotz der Unterdrückung aber existierten schon seit Anfang der 1980er Jahre kleinere Skinhead-Gruppen, die einer neuen rechtsextremen Ideologie zugerechnet werden können. Diese Grüppchen schufen eine eigenständige städtische Subkultur und machten

mit Angriffen gegen in Ungarn studierende ausländische farbige Studenten auf sich aufmerksam. Sie begannen, Äußerlichkeiten des „freien“ Westens mit ungarischem Nationalismus zu vermischen. Die Ideologie der frühen ungarischen Skinheads war gekennzeichnet durch Systemkritik, Ablehnung des Kommunismus und des (Friedens-)Vertrags von Trianon¹, durch Zurückgreifen auf Traditionen der Zwischenkriegszeit und Abneigung gegen Roma und Sinti.

Die ungarischen rechtsextremen Bewegungen nach dem Systemwechsel verfügen über verschiedene Hintergründe. Eine Gruppe bilden die eingangs genannten im Ausland lebenden „Hungaristen“, die die heimischen Rechtsextremen unterstützen. Eine andere Gruppe ist der ultranationale Flügel der ungarischen Opposition der 1980er Jahre. Die dritte Gruppe ist die bereits erwähnte aus der Gegenkultur der 1980er Jahre stammende Skinhead-Bewegung, welche am Beginn des nächsten Jahrzehnts mit mehreren Gewaltakten auf sich aufmerksam gemacht hatte. Schon bald nach 1989/1990 erschienen die verschiedenen rechtsextremen Organisationen im pluralen politischen Raum. Bisher verbotene antisemitische Schriften, wie zum Beispiel „Die Protokolle der Weisen von Zion“, wurden veröffentlicht. Die auf der politischen Bühne erschienenen rechtsextremen Gruppen deklarierten spätestens um 1993/94 ihre Unterschiede zu den traditionellen rechten und nationalradikalen Bewegungen und Parteien, aber ihr Einfluss auf die Letzteren ist bis heute stark spürbar.

Zu den ersten offen rechtsextremen Organisationen gehörte die Gruppe um István Györkös (*1940) in Győr (Raab), die von der Bewegung der in Emigration tätigen „Hungaristen“ (Anhänger und geistige Erben Ferenc Szálasis) unter-

¹ Anm. der Red.: Der (Friedens-)Vertrag von Trianon bezeichnet einen der Pariser Vorverträge, die den Ersten Weltkrieg formal beendeten. Große Teile des Territoriums des historischen Königreichs Ungarn bzw. Österreich-Ungarns fielen damit Nachbarstaaten zu (z.B. Karpatoukraine, Galizien, Siebenbürgen, Slowakei etc.).

stützt wurde. Die Gruppe vertritt das nationalsozialistische Gedankengut der *Pfeilkreuzler*. Im Jahr 1989 gründete Györkös die „Nationalsozialistische Aktionsgruppe“ (Nemzetiszocialista Akciócsoport), die jedoch bald verboten wurde. Daraufhin gründete er die sogenannte „Ungarische Nationale Front“ (Magyar Nemzeti Arcvonal, MNA), welche sich zu Beginn auf Skinheads stützte, aber niemals ernstlich Masseneinfluss gewinnen konnte.

Neben kleineren Skinheadgruppen der frühen 1990er Jahre, wie zum Beispiel den „Hungaria Skins“, erregte die von Albert Szabó (*1955) gegründete und geführte „Weltationale Volksherrschaftspartei“ (Világnemzeti Népuralmista Párt) vorübergehend Aufsehen. Vor dem Fall des kommunistischen Systems war Szabó nach Australien emigriert (im Jahr 1986), kehrte aber bald (1993) – mit geistiger und finanzieller Unterstützung der in Australien lebenden „Hungaristen“ – zurück, um die nationalsozialistische Bewegung in Ungarn wieder aufzubauen. Die „Weltationale Volksherrschaftspartei“ löste mit spektakulären Aufmärschen Entrüstung und Medienaufmerksamkeit aus. Szabó war eine der fragwürdigsten Gestalten im politischen Leben des ersten Jahrzehnts nach dem Systemwechsel. Ein Teil der Nationalradikalen und Rechtsextremen hielt bzw. hält ihn noch heute für einen Schwindler und Provokateur.

Die „Weltationale Volksherrschaftspartei“ wurde am 11. Oktober 1993 eingetragen. Diese Partei vereinigte sich bald – am 20. April (Adolf Hitlers Geburtstag) 1994 – mit der von István Györkös geführten „Ungarischen Nationalen Front“ und mit dem „Verband der Verfolgten des Kommunismus“ (Kommunizmus Üldözötteinek Szövetsége, KÜSZ). Der Gründer und Präsident letzterer Organisation war Ekrem-Kemál György, ein Befürworter der außerparlamentarischen Politisierung. Diese drei Organisationen sowie die „Ungarische Bewegung der Hungaristen“ (Magyar Hungarista Mozgalom) wurden bald verboten.

Am 20. September 1994 gründete Szabó die dezidiert *pfeilkreuzlerische* Organisation „Ungarischer Volkswohlfahrtsbund“ (Magyar Népjóléti Szövetség, MNSZ). Er selbst war bis zur staatlich verordneten Auflösung dieser Gruppierung im Jahr 1998 deren Präsident. Obwohl die offene,

aggressive Hetze dieser Partei gegen politische Gegner und religiöse bzw. ethnische Minderheiten beträchtliche Empörung in der Öffentlichkeit auslöste, wurden ihre Demonstrationen seitens der Behörden lange geduldet. Man spekulierte darüber, dass Szabó eigentlich ein (Geheim-)Agent der sozialistischen Horn-Regierung sei, der im Dienste der Regierung versuche, die erstarkten nationalradikalen Kräfte zu schwächen. Auf einer Versammlung des „Ungarischen Volkswohlfahrtsbundes“ hetzte Szabó am 23. Oktober 1996 offen gegen das Judentum. Wegen dieser Rede wurde er im Jahr 1997 zu drei Jahren Gefängnis (auf Bewährung) verurteilt.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends gruppieren sich die ungarischen Skinheads im „Blut und Ehre Kulturverein“ (Vér és Becsület Kulturális Egyesület)², Ende Oktober 2005 aber wurde auch diese Organisation verboten. Zu dieser Zeit erregte außerdem eine Universitätsstudentin namens Diána Bácsfi, vorübergehend mit ihrem Verband „Gruppe Ungarische Zukunft“ (Magyar Jövő Csoport) das Interesse der Medien. Sie glorifizierte den *pfeilkreuzlerischen* „Führer der Nation“ Ferenc Szálasi und setzte eine Plakatkampagne mit *pfeilkreuzlerischen* Symbolen in Gang. Die anderen rechtsextremen Organisationen – unter anderen der „Blut und Ehre Kulturverein“ hielten Bácsfis nationalsozialistische, *pfeilkreuzlerische* Gruppe für eine Art Kunstskandal, für eine Provokation von Seiten der Regierung. Nach einem Universitätsdisziplinarverfahren zog sich Diána Bácsfi bald ins Privatleben zurück.

Die (genannten) rechtsextremen Gruppen sind in ständiger Umstrukturierung und existieren oft nur kurze Zeit. In Krisensituationen aber wächst ihre Bedeutung. Auch diese Organisationen nahmen an den Herbstdemonstrationen gegen die sozialistische Gyurcsány-Regierung im Jahr 2006 teil. Alle Medien hoben die massenhafte Anwesenheit von Mitgliedern der Skinhead-Subkultur bei diesen Demonstrationen hervor.

Nach dem Verbot des „Blut und Ehre Kulturvereins“ entstand die Gruppe „64 (ungarische) Gespanschaften“ (auch: „64 Komitate – Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom, HVIM), der bekannteste und wichtigste nationalradikale Ju-

² Ungarischer Ableger von „Blood and Honour“

gendverband. Diese Bewegung hat László Torockai (*1978 in Tóth) im April 2001 in Szeged ins Leben gerufen. Ihr Name geht auf die 64 Komitate bzw. Gespanschaften Ungarns (ohne Kroatien) aus der Zeit vor dem Friedensvertrag von Trianon zurück. Von 17. bis 19. August 2001 hielten die „64 Gespanschaften“ ihr erstes gesamtungarisches Jugendtreffen ab (Vorgängerveranstaltung des „Ungarischen Inseltreffens“, 2002 – Magyar Sziget Kismaros). Zu diesem Treffen erschienen etwa 100 bis 150 Jugendliche aus dem gesamten Karpatenbecken und auch einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Am 10 November 2001 organisierte diese Bewegung eine Protestdemonstration vor der rumänischen Botschaft in Budapest wegen der Atrozitäten gegen die in Siebenbürgen lebende ungarische Minderheit, an der einige hundert Menschen teilnahmen. Nach der am nächsten Tag herausgegebenen Erklärung des Bukarester Außenministeriums hatte eine „revisionistische ultranationale“ Demonstration vor dem Gebäude der rumänischen Botschaft stattgefunden. Am 23. Februar 2002 ereignete sich eine ähnliche Protestdemonstration vor der slowakischen Botschaft in Budapest wegen ungarnefeindlicher Äußerungen im slowakischen Parlament im Rahmen der Diskussion um das sogenannte Statusgesetz. Die DemonstrantInnen protestierten auch gegen slowakische politische Kräfte, welche den UngarInnen in der Slowakei Angst einjagen wollten. Außerdem forderten sie die Abschaffung der Dekrete des ehemaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Eduard Benes und die Einsetzung eines katholischen Bischofs ungarischer Nationalität in der Slowakei.

Am 4 Juni 2002 veranstalteten die „64 Gespanschaften“ vor der französischen, jugoslawischen, rumänischen und slowakischen Botschaft in Budapest einen Fackelzug, der auf den Vertrag von Trianon Bezug nahm. Zwischen 14. und 18. August 2002 wurde wieder ein Magyar Sziget Treffen veranstaltet, welches in den nächsten Jahren zum größten nationalen Jugendtreffen im Karpatenbecken mit mehreren tausend TeilnehmerInnen wurde. Im Februar 2003 gab László Torockai als Chefredakteur die erste Ausgabe der Wochenzeitschrift „Ungarische Gegenwart“ (Magyar Jelen) heraus. Dieses Blatt gilt bis heute als offizielles

Organ der Bewegung. Am 4. Juni 2005 organisierten die „64 Gespanschaften“ im Interesse der in den Nachbarländern lebenden UngarInnen wieder eine anti-Trianon Fackeldemonstration mit etwa 8.000 TeilnehmerInnen. Auch die erst seit 2003 existierende „Jobbik Partei“ („Bewegung für ein besseres Ungarn“ – Jobbik Magyarorszáért Mozgalom) war als Partnerorganisatorin tätig; daneben unterstützen etwa ein halbes Dutzend kleinere Organisationen diese Demonstration.

Seit 2003 nahmen die Mitglieder der „64 Gespanschaften“ – gelegentlich gemeinsam mit dem zwischenzeitlich rechtsradikal gewordenen „Weltverband der Magyaren“ (Magyarok Világszövetsége) und der Jobbik Bewegung – an mehreren nationalen Demonstrationen und Protestkundgebungen teil. Dabei ging es um Autonomieforderungen ehemals ungarischer und von UngarInnen bewohnter Gebiete der Nachbarländer (Siebenbürgen, Südslowakei, Woiodina). Sie organisierten auch antiliberalen Demonstrationen und beteiligten sich an Kundgebungen und Aufmärschen gegen die sozialistische Regierung. Mit Kampagnen und Propaganda unterstützen die Aktivisten der „64 Gespanschaften“ die Sache des durch den „Weltverband der Magyaren“ propagierten „Volksabstimmungskampfs“ um die Doppelstaatsbürgerschaft der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern.

Die typischen Merkmale der rechtsextremen Bewegungen nach dem Systemwechsel waren bzw. sind versteckter, dann öffentlicher Judenhass, Feindseligkeit gegen Israel und oft gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Großes Aufsehen erregte am 11. Januar 2004 die Verbrennung einer israelischen Fahne während einer nationalradikalen Demonstration gegen einen liberalen „christentumsfeindlichen“ Rundfunksender.

Hauptthema der ungarischen Rechtsextremen ist jedoch Rassismus in Form von Hetze gegen Juden und Jüdinnen sowie die Roma und Sinti. In diesem Feldzug ist die *Kuruc.info*-Webpage mit ihrem provokativen Ton und rechtsextremen Zügen zu nennen. Diese wahrscheinlich bekannteste rechtsextreme Internetseite wurde im Jahr 2004 gegründet. Heute agiert sie von einem nordamerikanischen Server aus, um dem Verbot durch die ungarischen Behörden zu entgehen.

Generell sind die nationalradikalen Medien größtenteils im Internet zu finden, aber auch die gedruckte Presse spielt eine wichtige Rolle: Wochenzeitungen und andere Periodika, Bücher und so weiter. Der Schreibstil der AutorInnen ist hart, provokant und absichtlich bemüht, die Prinzipien der politischen Korrektheit nicht zu erfüllen. Abgesehen von Radiosendern im Internet verfügen die Nationalradikalen über keine Radio- oder Fernsehkanäle. Neben ihren eigenen Medien nutzen sie auch die Hauptorgane der übrigen rechtsgerichteten Medien, wie zum Beispiel *Echo TV*, *Magyar Nemzet*, *Magyar Hírlap*, *Magyar Demokrata*, *Lánchíd Rádió*. Auf den Webseiten der (inzwischen eingestellten) *Bombenfabrik* (*Bombagyár*), *Kuruc.info*, *Metapedia* oder *Atom Blog* tauchen regelmäßig rechtsextreme, sogar offen nationalsozialistische Artikel auf. Diese Artikel hetzen nicht „nur“ gegen eine Gemeinschaft, sondern sie feuern an zum Genozid an JüdInnen, Roma und Sinti sowie anderen Minderheiten, bestimmten politischen Gruppen und Personen. Die Rechtsextremen leugnen eifrig den Holocaust und die anderen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, verherrlichen Ferenc Szálasi, Adolf Hitler und sonstige nationalsozialistische und faschistische Führer. Sie agitieren gegen die USA und insbesondere Israel, das ihrer Meinung die Welt beherrschen will und Ungarn direkt bedroht. Mit allen Mitteln fördern sie antiisraelische Propaganda und versuchen sich mit sämtlichen (terroristischen) Organisationen und Staaten (zum Beispiel Iran), die Israel vernichten wollen, zu verbünden.

Unter den nationalradikalen Bewegungen mit rechtsextremem Gedankengut war die MIÉP („Partei für ungarisches Recht und Leben“ – Magyar Igazság és Élet Pártja) die erste bedeutende Partei. Sie wurde im Jahr 1993 durch István Csurka und seine Anhänger gegründet, die von der damals regierenden Partei Ungarisches Demokratisches Forum (Magyar Demokrata Fórum, MDF) ausgeschlossen worden waren.

Csurkas Meinung nach hatten die mäßig rechten Mitglieder der MDF einen Pakt mit den Ultraliberalen, den Anhängern des „Bundes der Freien Demokraten“ (Szabad Demokraták Szövetsége, SZDSZ), geschlossen. Die führende Regierungspartei hatte ihr wichtigstes Wahlversprechen

„verraten“, indem sie die KommunistInnen nicht aus dem öffentlichen Leben entfernte und stattdessen die Vertreter völkisch-nationaler Prinzipien aus der Parteiführung verdrängte. Csurka und seine Anhänger griffen weiterhin den ukrainisch-ungarischen Grundvertrag heftig an, weil die Antall-Regierung nach ihrer Auffassung damit einer Revision des Friedensvertrags von Trianon symbolisch entsagte. Sie waren der Meinung, mit der Wiedervereinigung Deutschlands sowie dem Zusammenbruch von drei früheren kommunistischen Staatsgebilden (Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien) hätten die Verträge von Jalta und Trianon ihre Gültigkeit verloren. Weiterer Grund für die Abspaltung Csurkas und seiner Anhänger von der MDF war außerdem, dass die MDF-Regierung nicht versuchte, die unter dem kommunistischen System erhöhte ausländische Staatsschuld streichen zu lassen.

Die „Partei für ungarisches Recht und Leben“ definierte sich als radikalnationale konservative Partei. Nach ihrer Parole – weder rechts- noch links, sondern „christlich und magyarisch“ – kann man die Ideologie dieser Partei als eine „Richtung des dritten Weges“ definieren. Das Parteiprogramm ist seit 2005 unverändert geblieben. Nebenbei erwähnt ist die MIÉP in bestimmten Fragen mit der zwischen 1998 und 2002 und seit 2010 wieder regierenden Partei Fidesz-KDNP (Bund der jungen Demokraten – Christlich-demokratische Volkspartei – Fiala Demokraták Szövetsége – Kereszténydemokrata Néppárt) einverstanden.

Im Zuge der Parlamentswahlen 1994 erreichte die MIÉP nur 1% der Stimmen. Im Jahr 1998 waren es aber bereits 5,5%, wodurch die Partei eine selbständige Fraktion bilden konnte, 2002 erhielt sie kein Mandat. Im Parlamentswahlkampf des Jahres 2006 bildete die „Partei für ungarisches Recht und Leben“ mit der „Bewegung für ein besseres Ungarn“ (Jobbik Magyarorszáért Mozgalom) und mit dem Rest der Kleinwirte-Partei eine Wahlkoalition unter dem Namen „MIÉP – Jobbik – Dritter Weg“. Das Ziel des Wahlbündnisses war der Zusammenschluss der rechtsradikalen Kräfte, weil die MIÉP mittlerweile und die Jobbik noch zu schwach für eine eigenständige Kandidatur waren. Nachdem das Wahlbündnis aber die 5%-ige Hürde nicht nehmen konnte,

wurde die Zusammenarbeit nicht fortgesetzt. Die „Partei für ungarisches Recht und Leben“ existiert formell noch heute, konnte aber während der Europa-Parlamentswahlen im Jahr 2009 und der ungarischen Parlamentswahlen im Jahr 2010 keine Kandidaten aufstellen.

Zu Beginn stützte sich die führende Kraft des heutigen nationalen Lagers, die „Bewegung für ein besseres Ungarn“ (Jobbik Magyarorszáért Mozgalom, kurz Jobbik), teilweise auf die früheren WählerInnen und Anziehungskreise (vor allem in Nordwest-Ungarn) der MIÉP-Partei. Der Vorgänger der Jobbik war die 1999 gegründete „Jugendgemeinde der rechten Seite“ (Jobboldali Ifjúsági Közösség, Jobbik), welche hauptsächlich UniversitätsstudentInnen um sich scharte. Die „Jugendgemeinde der rechten Seite“ ließ sich am 24. Oktober 2003 als Partei eintragen. Die Gründer der neuen Partei wollten nach dem Zerfall und Zurücktreten der MIÉP den rechtsradikalen WählerInnen eine reale Alternative bieten. Die „Bewegung für ein besseres Ungarn“ entwickelte sich bald zur bekanntesten Formation der ungarischen rechtsradikalen Szene.

Hauptziel der Jobbik-Bewegung – der eigenen Gründungserklärung zufolge – ist *„die Vollendung des Systemwechsels und Schaffung einer gerechteren Gesellschaft als der heutigen“*. Nach ihrer Selbstdefinition ist die Jobbik eine *„konservative, prinzipientreue radikale national-christliche Partei, die mit ihrem Programm die ganze Nation vertreten will“*. Die Mitglieder der Jobbik bekennen sich stolz zum Nationalismus, weisen aber zurück, dass sie Chauvinisten gewesen seien. Die Jobbik befürwortet eine konföderative wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den europäischen Ländern, lehnt aber die Politik der Globalisierung heftig ab, welche in ihren Augen die stufenweise Einschränkung der Unabhängigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten und den Verlust der charakteristischen nationalen Besonderheiten zur Folge habe. Unter diesem Vorwand nahm die Jobbik an den Europa-Parlamentswahlen im Jahr 2004 nicht teil und erhob Einspruch gegen den – ihrer Meinung nach – verfrühten ungarischen EU-Beitritt.

In der Öffentlichkeit und im Ungarischen Parlament ist die „Bewegung für ein besseres Ungarn“ politische Gegnerin der Ungarischen Sozialistischen Partei (Magyar Szocialista Párt, MSZP) und

der LMP-Partei („Politik kann man auf andere Art machen“ – Lehet Másképp is a Politika). Ihrer Meinung nach ist die LMP nur eine Nachfolgerpartei des inzwischen (2010) aufgelösten ultraliberalen Bundes der Freien Demokraten. Die Jobbik-Bewegung kritisiert auch die derzeitige Regierungskoalition, da sie die Fidesz-Partei und Regierung als zu liberal und als Handlanger fremder Interessen ansieht. (Gleichzeitig benutzt die populistische Fidesz ihrerseits die Jobbik im politischen Kampf gegen die Sozialisten und die LMP-Partei, aber lehnt die Extreme der „Bewegung für ein besseres Ungarn“ strikt ab.)

Am Anfang versuchte die neue Partei ihren Bekanntheitsgrad mit Aufmerksamkeit erregenden Aktionen zu erhöhen. Zu Weihnachten im Jahr 2003 stellten AktivistInnen der Partei an vielen Stellen in der Hauptstadt Kreuze auf, um die ursprüngliche christliche Bedeutung des Festes zu betonen. Seither wiederholen sie diese Aktion jedes Jahr großflächig im ganzen Land, doch diese wird bis heute heftig kritisiert. Neben der Frage der Nutzung öffentlicher Plätze kommen scharfe kritische Bemerkungen gegen die Mitglieder der Jobbik wegen der politischen Verwendung kirchlicher Symbole, auch von Seiten einiger kirchlicher Würdenträger. Im Jahr 2006 deckten sie die Gedenktafel eines kommunistischen Märtyrers, Endre Ságvári (im 2. Bezirk der Hauptstadt), zu. Im Dezember dieses Jahres wählten sie als offizielle Farbe und Symbol der Partei die sogenannte Árpádenfahne mit rot-silbrigen Streifen: diese Fahne erinnert an *„pfeilkreuzlerische“* Zeiten, als sie ein öffentliches Symbol war. Die Partei nahm an den Herstdemonstrationen auf dem Kossuth Platz gegen die Gyurcsány-Regierung teil: Tamás Molnár, eine Führerfigur der Demonstrationen, war früher auch Vizepräsident der „Bewegung für ein besseres Ungarn“ gewesen.

Im Jahr 2007 wurde das Parteiprogramm veröffentlicht. Dieses deklariert, dass Ungarn nach der deutschen Okkupation im Jahr 1944 die Rechtsbeständigkeit verloren hatte und es seither eine „Verfassungskrise“ gebe. Um diese zu lösen sei es notwendig, die historische Verfassung (auf den Prinzipien der Lehre der Heiligen Krone von Ungarn) wieder herzustellen. Das Programm fordert außerdem unter anderem die Nationalisierung der strategischen Wirtschaftszweige, die

Revision der Privatisierung, die Abschaffung der „*Masseneinwanderung asozialer Elemente*“ nach Ungarn, die staatliche Beurkundung kirchlicher Trauungen, den obligatorischen Ethik- oder Religionsunterricht in den Grund- und Mittelschulen, die Deklaration der Árpádenfahne zum gesamt-nationalen Symbol und die Aufstellung einer speziellen Polizeieinheit zur Bekämpfung der sogenannten „*Zigeunerkriminalität*“ (cigánybűnözés).

Die Jobbik reduziert die weitreichende gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische Frage der Roma und Sinti in Ungarn – kurz und bündig: das Problem der Integration der Roma und Sinti in die ungarische Gesellschaft – auf die „*Zigeunerkriminalität*“. Diese ist inzwischen zum wichtigsten und auffälligsten Element der Parteipropaganda und der Aktivitäten der Bewegung geworden. Einige Zeit gab es eine eigene Webseite dazu, *ciganybunozes.com* (die schließlich eingestellt wurde). Im Juni 2007 wurde auch die formell unabhängige, aber in der Praxis als Privatarmee der Jobbik-Bewegung tätige „Ungarische Garde“ zum Zweck der „*Wiederherstellung der Ordnung*“ ins Leben gerufen. Gábor Vona, der Präsident der Jobbik (seit November 2006), hat die „Ungarische Garde“ mit Unterstützung der Partei als einen Verein gegründet und einschreiben lassen. Laut Gründungsurkunde strebt die Garde an, ein Teil oder das „Rückgrat“ der zukünftigen Nationalgarde gemäß dem Programm der Jobbik sein. Unter den Zielen und Tätigkeitsbereichen der „Ungarischen Garde“ findet man neben der Unterstützung und Organisation sozialer und karitativer Dienste, der Beseitigung von Katastrophenfolgen und Bürgerschutz auch die Absicht der „*Stärkung der nationalen Selbstverteidigung*“ und die Wahrnehmung der Aufgaben des Ordnungsschutzes. Seit der Gründung der Garde steht diese Organisation im Kreuzfeuer der politischen Debatte, weil sie und (nach deren Verbot) ihre Nachfolgerorganisationen den Roma und Sinti im ganzen Land Angst eingejagt hatte.

Bei den Europa-Parlamentswahlen im Jahr 2009 erreichte die Jobbik bereits 14,77% der Stimmen. Diese „neue Kraft“ konnte damit drei Abgeordnete ins Europäische Parlament schicken. Die Partei hat sich keiner parlamentarischen Fraktion angeschlossen, also ihre Abgeordneten vertreten selbständig ungarische Interessen in Brüssel. Die „Bewegung für ein besseres Ungarn“ erlebte diesen Wahlsieg als einen riesengroßen Erfolg und hat die Parole „Dritte Kraft“ seither in den Mittelpunkt ihrer Kommunikation gerückt.

Am 13. Juni 2009 unterschrieb die Jobbik einen Kooperationsvertrag mit der „Ungarischen Garde“ und mit der Jugendbewegung „64 Gespanschaften“. Auch László Torockai und György Budaházy, die zwei Galionsfiguren der heutigen extremen Rechten, unterzeichneten diesen. (Sie gehören zu Gruppen, die sich nicht vor der außerparlamentarischen, verfassungsverletzenden ultraradikalen Politik verschließen.) Die Jobbik pflegt weitreichende internationale Verbindungen mit den nationalen Rechts-Parteien in Europa, unter anderem auch mit der Freiheitlichen Partei Österreichs.

Vor den Parlamentswahlen im Jahr 2010 stellte die Jobbik ihr neues Programm unter dem Titel „Radikale Änderung“ vor. Neben den alten Themen („*Zigeunerkriminalität*“, Staatsschulden, Unterstützung multinationaler Firmen) findet man in diesem Programm viele populäre Parolen, wie zum Beispiel die Betonung der Wichtigkeit der Verhinderung von Politikerkriminalität, unter anderem das Verbot von Mehrfachfunktionen für PolitikerInnen. Während der Parlamentswahlen im Jahr 2010 erlangte die Jobbik 16,67% der Stimmen und konnte damit die drittgrößte Fraktion (mit 47 Abgeordneten) im neuen Parlament bilden. Zum Führer der Fraktion wurde Gábor Vona, der Präsident der Partei, gewählt. Heute kritisiert die Jobbik als parlamentarische Oppositionspartei die FIDESZ-Regierung von rechts.

Universitätsprofessor Dr. György Haraszti, geb. 1947 in Nyíregyháza/Ostungarn. Leiter der historischen Abteilung des 1998 neu gegründeten Landesseminars – Jüdische Universität (OR-ZSE), ein Nachfolgerinstitut des früheren Budapester Rabbinerseminars. Promovierter Chemieingenieur (Műszaki Egyetem [Budapester Technische Hochschule], 1970), 1973 Dokortitel mit summa cum laude in Biochemie. In den folgenden Jahren Studium der Computerwissenschaften, dann Geschichte an der Lorand Eötvös Universität (Budapest) studiert und zwanzig Jahre später (2004) Ph.D. (OR-ZSE) im Fach Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

Zwischen 1982 und 1987 Abteilungschef, danach wissenschaftlicher Sekretär des Budapester Stadtarchivs. Seit 1987 am Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (UAW) als wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter tätig.

Sein Forschungsgebiete: ungarische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bzw. jüdische Geschichte in Ungarn der frühmodernen Periode (16. bis 18. Jahrhundert). Ausgedehnte Forschungen zu diesen Themen in Eisenstadt, Linz, Wien, München, Zagreb, Klausenburg/Siebenbürgen und in den Archiven der Slowakischen Republik. Mehrmals als Gastprofessor in Frankreich und Israel tätig. Zwischen 1992 und 1997 Generaldirektor der 1990 gegründeten traditionellen jüdischen Gesamtschule „Massoret Avoth – American Endowment School“, gleichzeitig Direktor des Jüdischen Archivs in Budapest. Für seine pädagogische Tätigkeit 1996 mit dem „Goldenem Kreuz der ungarischen Republik“ durch den ungarischen Staatspräsident ausgezeichnet. Von 1999 bis zum Ablauf seines Mandats 2003 Direktor der Privatstiftung „Europa Institut“ bei UAW.

Verfasser zahlreicher Abhandlungen, von denen einige auch in englischer und deutscher Sprache veröffentlicht wurden. Seine letzten Bücher (auf Ungarisch): *Scheidenwege* – Studien zur Geschichte des ungarischen Judentums (Budapest 1999); *Jüdische Friedhöfe in Budapest* (Budapest 2004); *Die Auschwitz Protokolle*, (Budapest 2005, 2006) und *Geständnisse aus dem Hause der Toten. Die Aufzeichnungen des Generalmajors István Ujzászsy in Gefangenschaft der ungarischen Geheimpolizei* (Budapest 2007).

Mag.^a Monika Kokalj-Kočevar, geb. 1963 in Ljubljana. Studium der Geschichte und Englisch an der Filozofska fakulteta, Ljubljana; derzeit Vorbereitung des Doktorats (PhD) zum Thema Oral History. Seit 1995 Kuratorin, Vorsitzende der Oral History-Abteilung des Nationalmuseums der Zeitgeschichte Sloweniens.

Forschungsschwerpunkte: Kollaboration mit Achsenmächten in Slowenien, zur *Wehrmacht* zwangsrekrutierte Slowenen, slowenische Zwangs- und SklavenarbeiterInnen im Zweiten Weltkrieg und politische EmigrantInnen nach 1945.

Hat einige Bücher und zahlreiche Artikel zu diesen Themen publiziert und Vorträge auf einigen Konferenzen gehalten, z.B. XVI IOHA Kongress in Prag 2010, XV IOHA Kongress in Guadalajara 2008, OHS Konferenz in London 2005.

Mitglied von: ICOM, ICMAH, ICOMAM, IOHA (International Oral History Association), OHS (Oral history Society) und Comité International de Mauthausen (CIM)

Publikationen (Auswahl):

- The Upper Carniola Home Defense Force, Axis Europa books, USA 1999
- Gorenjski domobranec, Ljubljana 2000
- 1995- 2006: Mitarbeit als Autorin oder Mitautorin bei sechs großen Ausstellungen und Katalogen mit Bezug auf den Zweiten Weltkrieg
- Zwangsrekrutierte Slowenen in der Wehrmacht, 2005 (Film)
- Slowenien in den Zweiten Weltkrieg«, OHS, London, 2005 (Referat)
- 2005-2006: Mitarbeit beim internationalen Projekt Zwangs- und Sklavenarbeiter; Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft.

Monika Kokalj-Kočevar

Slowenien: Zwischen Oppression und Kollaboration

Am 6. April 1941 besetzte die deutsche Besatzungsmacht die slowenischen Teile der Steiermark, Oberkrains und Kärntens. Auf einer Fläche von 10.261 km² lebten dort damals 798.000 Menschen. Dieses Gebiet wurde auf zwei temporäre Zivilverwaltungen aufgeteilt: Die Untersteiermark stand unter der Leitung von Dr. Sigfried Uiberreither, das besetzte Kärnten und Oberkrain – bis zum Februar 1942 auch Südkärnten genannt – wurde von Franz Kutschera geführt. Die Untersteiermark und Oberkrain waren dem 18. Militärkreis mit Sitz in Salzburg untergeordnet.

Da diese Gebiete schnellstmöglich dem *Deutschen Reich* angeschlossen werden sollten, galten dort unmittelbar nach der Besetzung nationalsozialistische Gesetze. Zudem waren die Rohstoffe, alle Erzeugnisse dieser Gegend, ebenso wie die Arbeitskraft der Bevölkerung den Bedürfnissen des *Deutschen Reiches* untergeordnet. Gleichzeitig begann die NS-Besatzungsmacht mit der massenhaften Aussiedlung von SlowenInnen sowie der gezielten Ansiedlung von Deutschen und der Eindeutschung der Bevölkerung. Schon bald entstand deshalb ein dicht geknüpftes Netz von Organisationen, und in großer Zahl wurden entsprechende Verlautbarungen erlassen. Innerhalb von fünf Jahren sollte die Germanisierung dieser Gegend abgeschlossen sein, so der Plan der zuständigen Besatzungsorgane. Deutsch war schon bald die Amtssprache, Familien- und Ortsnamen wurden eingedeutscht, zudem die Namen der Berge. Die slowenische Sprache wurde ebenso verboten wie alle slowenischen Vereine, und slowenischsprachige Bücher waren nicht mehr öffentlich zugänglich.

Mit einer gesetzeskräftigen Verlautbarung vom 14. Oktober 1941, verkündet vom *Ministerrat für Reichsverteidigung*, erhielten Deutsche, die ihren ständigen Wohnsitz in den inzwischen besetzten Gebieten hatten, die ständige deutsche Staatsbürgerschaft. Menschen mit deutschem oder dem deutschen ähnlichen „Blut“ erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft bis auf Widerruf. Eine solche erhielten auch SlowenInnen, die politisch und *russisch* als zuverlässig galten und überdies entwe-

der im Steirischen Heimatbund oder im Kärntner Volksbund organisiert waren, galt doch eine solche Mitgliedschaft als untrügliches Zeichen für „Heimattreue“.

Nachdem im Januar 1942 bereits zum zweiten Mal der formalrechtliche Anschluss dieser Gebiete an das *Deutsche Reich* verschoben worden war, beschlossen die zuständigen Organe im Frühjahr 1942, mit diesem Akt bis nach Kriegsende zu warten.

Im Rahmen der Germanisierung war außerdem vorgesehen, bis zu 260.000 SlowenInnen zu vertreiben. Unter diesen sollten zunächst slowenische Intellektuelle mit ihren Familien sein. In einem zweiten Schritt war die Aussiedlung der SlowenInnen, die erst nach 1914 in die entsprechende Gegend gezogen waren, geplant. BewohnerInnen des Rings um die Flüsse Sava und Sotla waren im Rahmen einer dritten Phase zur Aussiedlung bestimmt und als viertes sollten diejenigen folgen, die eine Mitgliedschaft im Steirischen Heimatbund und dem Kärntner Volksbund verweigerten. Zur Aussiedlung vorgesehen war somit ein Drittel der Bevölkerung dieser besetzten Gebiete.

Die beiden zuständigen Umsiedlungsstäbe waren den bereits erwähnten Chefs der Zivilverwaltungen untergeordnet. Gemeinsam mit ihren Referaten erstellten sie Listen aller Auszusiedelnden, untersuchten die Bevölkerung nach politischen und *russischen* Merkmalen und waren für die organisatorische Durchführung des Verfahrens zuständig. Die ersten Verhaftungen im Zusammenhang mit den Aussiedlungen führte die nationalsozialistische *Schutzpolizei* und Gendarmerie auf der Grundlage von Listen durch, die sie aus Berlin bekommen hatten, ergänzt durch Angaben von Mitgliedern des deutschen Kulturbundes.

Gleichzeitig errichtete die nationalsozialistische Besatzungsmacht in der Untersteiermark und in Oberkrain ein Netz von Gefängnissen und Umsiedlungslagern. Bereits in der zweiten Aprilhälfte entstand so ein Umsiedlungslager in einer Kaserne in Maribor. Dort führte man die Menschen zusammen, die für eine Zwangsverschickung nach Serbien, Kroatien und Bosnien vorgesehen waren.

Zudem nutzten die Besatzer alle Gefängnisse der Vorkriegszeit.

Auch das Umsiedlungslager im Schloss Rajhenburg bei Krško hatten die Besatzer bereits am 25. Mai 1941 übernommen. In den nächsten knapp vier Jahren verschickte der Umsiedlungsstab im Rahmen von 62 Transporten mehr als 36.000 Vertriebene in verschiedene deutsche Provinzen, meist nach Schlesien und Sachsen.

In den Gefängnissen in Celje, vor allem im sogenannten Stari pisker, waren schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn, im Mai 1941, etwa 700 SlowenInnen eingesperrt. Auch Schloss Borl bei Ptuj war zu einem zentralen Umsiedlungslager und Gefängnis umfunktioniert worden.

In Oberkrain entstand ein Umsiedlungslager in Begunje im Schloss Katzenstein, und bereits im Mai 1941 kamen die ersten Gefangenen dorthin. Im Šentvid, oberhalb von Ljubljana, wurde in der zweiten Maihälfte 1941 in den Bischöflichen Heimen ein Lager eingerichtet. Außerdem gab es im ehemaligen bischöflichen Schloss in Goričane bei Medvode ein Umsiedlungslager für die Familienangehörigen von Partisanen und erschossenen Geiseln. In der Zeit von August 1942 bis August 1944 wurden von dort etwa 7.000 Menschen in nationalsozialistische Lager überstellt.

Die Kreisgrundschule in Celje fungierte ab dem 3. August 1942 als Sammelunterkunft bzw. Zwischenstation für verhaftete Familien vor ihrer Aussiedlung, unter diesen waren auch 526 Kinder. Männer und Frauen kamen von dort ins Konzentrationslager Auschwitz, Kinder in deutsche Lager, vor allem nach Bayern. Dort übernahm sie die Organisation *Lebensborn*. Die Jüngsten unter ihnen wurden deutschen Familien zur Adoption angeboten.

Die nationalsozialistische Regierung glaubte fälschlicherweise, die Einführung der deutschen Staatsbürgerschaft könne einen Germanisierungsprozess beschleunigen und zu einer stärkeren Bindung der slowenischen Bevölkerung an das *Deutsche Reich* führen.

Männern drohte außerdem die Mobilisierung in die *Deutsche Wehrmacht*. Seit 1942 verlief diese über die Mobilisierungsstellen. An der Organisation beteiligt waren auch Gemeinderäte und Bürgermeister sowie die entsprechenden politischen

Institutionen. Parallel dazu gab es flächendeckende Propaganda zur Einberufung in Zeitschriften, Flugblättern, öffentlichen Reden und Versammlungen in den Ortsgruppen des Steirischen Heimatbundes und des Kärntner Volksbundes. Den Rekruten drohte man gleichzeitig mit einer Aberkennung ihres Heimatrechts, damit dass ihre Eltern aus dem Heimat- bzw. Volksbund ausgeschlossen und in Lager gesteckt würden. In der Steiermark betrafen die Einberufungen die Jahrgänge 1906 bis 1928 und in Oberkrain diejenigen von 1916 bis 1926.

Aufgrund dieser Zustände ist es nicht verwunderlich, dass bereits im Sommer 1941 in der Umgebung größerer Städte erste Partisanengruppen entstanden. Die nationalsozialistischen Besatzer gingen gegen diese mit aller Härte vor. Da die Zivilbevölkerung in großer Zahl mit der Befreiungsfront zusammenarbeitete und die Partisaneneinheiten unterstützte, war auch sie bald Opfer des Terrors und der Gewalt. Eine Antwort der deutschen Besatzer auf den bewaffneten Aufstand war am 28. Juni 1941 die Einführung der Polizei- und Verlautbarungen über Geislerschießungen. Zur Verurteilung von Partisanen und ihren MitarbeiterInnen wurde außerdem ein Sondergericht geschaffen. Geiseln wurden unter den Häftlingen der *Gestapo*-Gefängnisse in Begunje ausgewählt. Für jeden gefallenen Slowenen, der mit den Nationalsozialisten sympathisierte, sollten fünf und für einen ermordeten Deutschen zehn Geiseln erschossen werden. Die meisten Geislerschießungen fanden im Sommer 1942 statt, manchmal waren es aber auch Erhängungen. Gerne wählten die Besatzer Orte für die Liquidierungen, an denen Partisanen- oder Sabotageaktionen stattgefunden hatten. Meist wurden die Opfer im Tal Draga bei Begunje begraben. Zur Einschüchterung der Bevölkerung wurden die Namen der Hingerichteten auf Plakaten veröffentlicht. Vom 2. August 1941 bis zum 17. April 1945 wurden in Oberkrain in 127 Gruppen 849 Geiseln erschossen oder erhängt.

Die Geislerschießungen in der Steiermark fanden ohne vorheriges Gerichtsurteil statt. Über das Schicksal der Geiseln entschied allein der Kommandant der *Sicherheitspolizei* und des *Sicherheitsdienstes*. Vor einer Erschießung schickte er seine

Liste an General Erwin Rösener, der diese durch ein Telegramm oder ein entsprechendes Schreiben bestätigte.

Wie bereits erwähnt, fanden die Geislerschießungen zunächst an Orten von Partisanen- oder Sabotageaktionen statt. Doch von August 1941 bis 1943 wurden Geiseln in erster Linie im Hof der Gefängnisse in Maribor und im Gefängnis Stari pisker in Celje erschossen.

In den Jahren 1944 und 1945 kam es zu einer erneuten Änderung. Nun waren die potentiellen Opfer unter bereits Inhaftierten in Maribor und Celje ausgesucht worden, und man ermordete sie wiederum an Orten von Partisanenaktion. Ihre Leichen wurden nach Graz gebracht und im Krematorium des dortigen Friedhofs verbrannt. Vom 30. Juli 1941 bis zum 3. April 1945 wurden in der Steiermark in 66 Gruppen 1.590 Geiseln erschossen.

Im Kampf gegen die Nationale Befreiungsfront knüpfte die deutsche Besatzungsmacht ein Netz von Polizei- und Gendarmeneinheiten, die in der Steiermark und in Oberkrain auch Einheimische in ihre Reihen aufnahmen.

Bereits Ende 1942 entstanden in der Steiermark auch Landwehren. Diese waren den örtlichen Gendarmenstationen untergeordnet, Waffen bekamen sie von den Wehrmannschaften. Dieses System der Landwehren bestand bis zum Februar 1945.

In den Dörfern des Aussiedlungspasses an den Flüssen Sotla und Sava entstand, zum Schutz der neu angesiedelten Menschen, der sogenannte Gottscheer Selbstschutz. In diesen waren etwa 1.000 Gottscheer und Besserabische Deutsche organisiert. Im Frühjahr 1943 wurden zusätzlich Reservopolizisten der älteren Jahrgänge einberufen, die für eine Mobilisierung in die *Deutsche Wehrmacht* nicht (mehr) vorgesehen waren.

Für den unmittelbaren Kampf gegen die Nationale Befreiungsfront entstanden im November 1942 sogenannte Alarmkompanien der Wehrmannschaft. In Oberkrain brachte jedoch die Gründung der Wehrmannschaften und der Landwehren nicht den erhofften Erfolg, daher entstanden dort im November 1942 besondere Polizeieinheiten, sogenannte Gegenbanden, die aus Polizisten

und Gendarmen, ergänzt durch Einheimische, bestanden. Aufgabe dieser Gegenbanden war es, mit Hilfe der Partisanentaktik Mitglieder und Kuriere der Befreiungsfront zu enttarnen. Mithilfe der Einheimischen unter ihnen gestaltete sich dies nicht besonders schwierig. Die halb-militärische Organisation der Wehrmannschaft zählte in der Steiermark etwa 1.000 Mann, doch in Oberkrain bestand sie nur auf dem Papier.

Im Herbst 1942 kam es zu dem vergeblichen Versuch, in Oberkrain sogenannte Dorfwehren zu errichten. Jedoch entstand Mitte 1943 ein Provinzunterausschuss der Tschetniks, d.h. serbischen Milizen, für Oberkrain. Nach der Kapitulation der italienischen Regierung zogen sich die Kommandos der Tschetniks von Oberkrain und dem Küstenland gemeinsam mit den Dorfwehren nach Vrhnika bei Ljubljana zurück und schlossen sich später den dortigen Domobranci (Heimwehren) an.

Als Folge der Kapitulation Italiens liefen viele Dorfwehren, die im italienischen Teil der Provinz Ljubljana aktiv gewesen waren, zu den deutschen Besatzungskräften über. Es kam außerdem zu Verhandlungen über die Gründung der Domobranci zwischen der Führung der slowenischen Volkspartei (SLS – Slovenska Ljudska Stranka) und dem deutschen General und Polizeikommandant des 18. *Wehrkreises* Erwin Rösener, dem auch die Provinz Ljubljana unterstand.¹ Der bisherige Bürgermeister von Ljubljana, Leon Rupnik, wurde zum Vorsitzenden der Provinzverwaltung in Ljubljana ernannt. Bereits am 23. September 1943 erschien in der Zeitung „Slovenec“ eine Aufforderung zur Meldung als Freiwillige für die Domobranci.² Für die deutschen Besatzungsorgane hatten die slowenischen Domobranci den Status einer Hilfspolizei.³ Nach Absprache nahmen sie ausschließlich an Kämpfen auf slowenischem Territorium teil und waren verantwortlich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Ein sogenannter Aufbaustab war für die Organisation und Kontrolle der Einheiten zuständig; die Domobranci erhielten von

¹ MLAKAR, Boris: Slovensko domobranstvo v Ljubljanski pokrajini, in: MATI, domovina, Bog, MNZS (Muzej novejšje zgodovine Slovenije), Ljubljana 1999, S. 11

² Zeitschrift „Slovenec“ vom 23.9.1943

³ MLAKAR, Boris: Slovensko domobranstvo, Ljubljana 2006

diesem auch personelle Unterstützung, die gleichzeitig den deutschen Einfluss gewährleisten sollte. Zehn deutsche Offiziere halfen bei der Gründung, der Führung und dem Drill der Einheiten der Domobranci. In organisatorischen, personellen und finanziellen Fragen waren die Einheiten der Domobranci ihrem slowenischen Organisationsstab untergeordnet, in operativer und taktischer Hinsicht dem deutschen Kommando. Im Jahr 1943 finanzierte die Provinzverwaltung in Ljubljana die Domobranci und danach der *Höhere SS- und Polizeiführer* Rösener. Gleichzeitig plante Dr. Friedrich Rainer, Oberster Kommissar der *Operationszone Adriatisches Küstenland*, die Gründung einer slowenischen SS-Division, doch kam es dazu nicht mehr. Es war auch Rainer, der den Status der Domobranci gesetzlich fest schrieb. Veröffentlicht wurde diese Entscheidung in einem Amtsblatt im Dezember 1943, in dem auch die Problematik des Wehrdienstes in der *Operationszone* geregelt wurde. Und zwar konnte jeder wehrpflichtige Bewohner seiner Dienstpflicht in einer militärischen, polizeilichen oder zivilen Formation nachkommen. Insgesamt gab es sieben solche Möglichkeiten, und die Domobranci waren eine davon. Neben diesen gab es in der Provinz Ljubljana ähnliche Formationen, auch in Oberkrain und im Küstenland; Letztere waren jedoch nicht mit jenen in Ljubljana verbunden. Die nationalsozialistischen Besatzer wollten keinen zu starken Zusammenschluss slowenischer Kräfte. Insgesamt waren in diesen Organisationen etwa 20.000 Männer organisiert.

In der Steiermark hingegen existierte keine solche antirevolutionäre Organisation. Ab 1944 gab es lediglich ein Steirisches Kommando der Tschetniks.

Die gesamte Polizei in der Provinz Ljubljana unterstand dem *Höheren SS- und Polizeiführer* des 18. *Wehrkreises*.

In Ljubljana hatten der Kommandant des *SD* und der *SiPo* für Oberkrain ihre Außenstelle errichtet. Dieser Außenstelle war die slowenische Polizei mit Dr. Lovro Hacin an der Spitze untergeordnet. In ihren Zuständigkeitsbereich fielen die Gefängnisse in Ljubljana, die voll waren mit Menschen, die von einheimischen Mitarbeitern im Polizeidienst bei den Domobranci und deren Polizei verhaftet worden waren.

Ab September 1944 stellten Angehörige der slowenischen Domobranci im Rahmen des Polizeisicherheitsrats⁴ die Wachleute in den Gefängnissen von Ljubljana.

Die Mitarbeiter der Polizei der Domobranci hatten es sich zur Gewohnheit gemacht, die Menschen zu Hause zu verhaften. Aus den Gefängnissen in Ljubljana fanden dann Überstellungen in verschiedene Polizeigefängnisse statt. Manch einer wurde sogar entlassen oder – das andere Extrem – nach Deutschland geschickt. Eine häufige Zwischenstation von Ljubljana aus waren 1944 die Gefängnisse in Begunje.

Im Museum für Neuere Geschichte Sloweniens in Ljubljana sind aus der Zeit von 1943 bis 1945 noch fünf Gefängnisbücher mit detaillierten Angaben zu den Häftlingen erhalten.⁵ Dort finden sich neben den Geburtsdaten auch Haftgründe, wer die Verhaftung durchgeführt hatte, das Datum der Verhaftung, abgenommene Gegenstände sowie der Ort der Überstellung. 1944 waren in den Polizeigefängnissen 3.964 Männer eingesperrt, und 1945 waren es immer noch 905. „Politisch“ war der häufigste Haftgrund, und die Vollstrecker der Verhaftungen wurden mit Vor- und Zunamen vermerkt. So wurden beispielsweise in der Zeit vom 6. Oktober bis 6. November 1944 in die Polizeigefängnisse 230 Männer⁶ eingesperrt, von diesen dann 90 freigelassen. Hinter den Namen der Übrigen steht mit Rotstift vermerkt, dass sie nach Deutschland überführt wurden. In den Ljubljanaer Gefängnissen warteten die Inhaftierten zwischen zwei Tagen und zwei Monaten auf eine Überstellung. Eine Freilassung erfolgte nur auf Anordnung des Polizeidirektors, Dr. Hacin. Häufig waren auch hier auf dem Weg nach Deutschland die Gefängnisse in Begunje eine Zwischenstation. So finden wir zum Beispiel den Zimmermaler Jože Vidergar (Nr. 3.255)⁷ in den Listen der Ljubljanaer Gefängnisse, in den Listen von Begunje und auf der Transportliste nach Mauthausen.⁸ Genauso war Anton Kosmač aus Moravč, arretiert am 6. November 1944, am 16. Dezember 1944 mit dem Transport nach

⁴ NOSE, Aleš: Domobranci zdravo-Bog daj, Ljubljana 2008, S. 227.

⁵ MNZS, AŠ 57-59

⁶ MNZS, AŠ 57

⁷ Ebd.

⁸ FILIPIČ, France: Slovenci v Mauthausnu, Ljubljana 1998

Deutschland geschickt worden (so steht es im Gefängnisbuch) bzw. kam am 19. Dezember 1944 zunächst nach Begunje und dann ins Konzentrationslager Mauthausen.⁹ Kosmač starb am 22. April 1945 und Vidregar am 12. März 1945, beide in Mauthausen.

1944 waren in den Polizeigefängnissen in Ljubljana 1.916 Frauen interniert. Bis zum Februar 1945 wurden diese Gefangenen massenhaft nach Deutschland geschickt (auch hier sind die Angaben mit Rotstift vermerkt). Manchmal ist dort zu lesen, die Frauen seien zur Arbeit nach Deutschland, ab März 1945 zum Arbeitseinsatz geschickt worden.

Bis zum 4. Mai 1945 fanden in Ljubljana Verhaftungen statt, und bereits einen Tag später zogen sich die Domobranci zurück und flohen nach Österreich.

In den Gefängnisbüchern steht jedoch nur bei einigen wenigen Gefangenen, dass die Verhaftung von einer Einheit der Domobranci durchgeführt worden war; ein solches Beispiel ist Marija Zupančič, Nr. 1.232, laut Eintragung wurde sie dann ins *Deutsche Reich* geschickt.¹⁰

Aus den Gerichtgefängnissen überstellte man die Gefangenen sehr bald, meist nach zwei Tagen, in eines der anderen Gefängnisse.¹¹ Hier sind als Akteure der Verhaftungen dennoch auch Mitglieder der Domobranci notiert. Bis zum Sommer 1944 wurden auf diese Weise 1.860 Männer verhaftet.

Nach Durchsicht der Angaben gegenüber der Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Okkupanten und ihren Helfern¹² wird deutlich, dass auch in Oberkrain Stützpunkte der Domobranci aktiv waren. Sie betätigten sich örtlich innerhalb eines engen Radius; hauptsächlich waren sie als Wachmänner eingesetzt. In Aktion traten sie nur mit der Genehmigung der *Sicherheitspolizei*, dieser bedurften sie ebenso bei Verhaftungen, und nach dem Verhör mussten sie die Gefangenen umgehend der nächst gelegenen Außenstelle der *Gestapo* übergeben. Durch die Mitglieder des Stützpunkts der Domobranci in Domžale, der etwa 120 Mitglieder zählte, kam es

Ende 1944 monatlich im Schnitt zu Verhaftungen von zehn ZivilistInnen und noch 1945 wurden 14 Menschen nach ihrer Gefangennahme erschossen. Im Dezember 1944 entdeckten sie außerdem ein Partisanenkrankenhaus und erschossen mehrere Verletzte.

In den Gefängnissen von Begunje¹³ waren die *Schutzpolizei* sowie die *Gestapo* aktiv. Für jeden Häftling bekamen die Gefängnisse einen Einlieferungsschein als Beleg.¹⁴ Mehrheitlich kamen sie aus den Außenstellen der *Gestapo*, des *SD* und der *SiPo*. Neben den persönlichen Angaben zu den Gefangenen war auf diesen Scheinen auch vermerkt, wer sie verhaftet hatte; dies war in den meisten dokumentierten Fällen entweder die *Gestapo*, die Gendarmerie oder die Grenzpolizei. Leider sind auf diesen Scheinen die Einheiten der für die Verhaftung verantwortlichen Institutionen nicht vermerkt. Aus den Niederschriften der Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Okkupanten geht jedoch wiederholt deutlich hervor, dass auch die Domobranci Menschen – entweder eigenständig oder gemeinsam mit der *Gestapo* – verhafteten; diese kamen dann nach Begunje. Die Gründe für eine Inhaftierung lauteten meist: Mitarbeit in der Befreiungsfront, Mitarbeit in der KP, Unterstützung von Banditen oder gar gefangen genommener Bandit... Auch das Urteil wurde schriftlich festgehalten. Dies lautete meist: „vor der politischen Strafkammer verurteilt zu ...“¹⁵

Die Strafkammer in Oberkrain tauchte in den Listen erstmalig am 26. Februar 1943 auf. Der Angeklagte hatte während des Verfahrens auch einen Fürsprecher, einen Anwalt aus Radovljica. Die Kosten des Gerichtsverfahrens hatten die Gefangenen selbst zu tragen. Diese politische Strafkammer verhängte sowohl Gefängnis- als auch Todesstrafen.

Vorher war ein Sondergericht tätig gewesen, das vom *Chef der Zivilverwaltung* des besetzten Gebietes Oberkrain und des slowenischen Kärntens am 29. Juli 1941 gegründet worden war und das mit Hilfe eines dreiköpfigen Gerichtssenats fungierte.

Die Mehrheit der vor dieses Gericht gestellten Personen wurde zu einer Gefängnisstrafe bis zu

⁹ Ebd.

¹⁰ MNZS, AŠ 59

¹¹ MNZS, AŠ 58

¹² ARS II, KUZ, Akte 906

¹³ Gorenjski muzej, Begunjske zaporne knjige

¹⁴ MNZS, AŠ 55 und 56

¹⁵ MNZS, AŠ 55-56.

20 Jahren verurteilt. Es konnte jedoch auch passieren, dass die Strafe herabgesetzt oder gar vollständig erlassen wurde (so gab es zum Beispiel jährlich anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler eine bestimmte Anzahl von Begnadigungen). Gefangen genommene Partisanen wurden in der Regel zum Tode verurteilt. Es kam aber auch zu Strafversetzungen von Partisanen in die *Deutsche Wehrmacht* oder zu den Domobranci. So wurde zum Beispiel Erzar Lovrenc aus Pšenične Police am 24. April 1944 aus Begunje entlassen, jedoch bei Brezje von den Domobranci aus Cerkelj verhaftet und ermordet.¹⁶

Wie bereits erwähnt, wurden sehr viele Gefangene in nationalsozialistische Konzentrationslager geschickt. Ins KZ Mauthausen kamen 892 Menschen. Der erste der zahlreichen Transporte aus Begunje verließ das besetzte Slowenien im August 1941.

Am 20. April 1942 wurden im KZ Mauthausen 49 Häftlinge aus den Gefängnissen von Begunje erschossen. Mit dem Hinweis „*Als KL Häftling auf den Loibl überstellt*“ ging 1945 ein Transport mit 55 Gefangenen ins Außenlager Loiblpass.

Gefängnishäftlinge kamen aber auch nach Dachau, Ravensbrück, Sachsenhausen, Flossenbürg und Auschwitz. Manchmal verliefen solche Routen jedoch auch in eine umgekehrte Richtung, nämlich aus Dachau, Natzweiler, Auschwitz und Mauthausen zurück ins Gefängnis. So wurden neun Gefangene aus Begunje, die einen Tag vorher aus Mauthausen angekommen waren, am 31. Jänner 1944 in Šentvid als Geiseln erschossen. Zurückgeschickt aus Mauthausen nach Begunje, wurden zwölf weitere Häftlinge und per Gerichtsbeschluss zur Zwangsarbeit in die *Nationalpolitische Erziehungsanstalt* in Šentvid geschickt.

1944 war es beinahe die Regel, dass Häftlinge aus den Gefängnissen in Ljubljana über Begunje ins KZ Mauthausen überstellt wurden. Am 17. Jänner 1944 beispielsweise traf es eine Gruppe von 53 Personen, die aus diesen Gefängnissen nach Mauthausen geschickt wurden; 49 von ihnen starben dort durch Erschießung. Am 8. März war es eine weitere Gruppe von 34 Menschen, die von Ljubljana nach Mauthausen überstellt wurde, am 15.

April 1944 zehn junge Frauen ins KZ Ravensbrück... Diese grausamen Prozeduren wiederholten sich am 7. April 1944, am 29. April 1944, am 10. Mai 1944 usw. bis zum Kriegsende.

Am 6. November 1944 kam aus Ljubljana eine große Gruppe von 239 Gefangenen nach Begunje, die zur Zwangsarbeit nach Salzburg weiter geschickt wurden. Im Jahr 1944 waren insgesamt 1.196 Personen aus Ljubljana nach Begunje gebracht worden.

Auch diejenigen, die sich auf einer Liste der zur Erschießung verurteilten Geiseln befanden, wurden mitunter aufgrund von undurchsichtigen „Zufällen“ weiter ins KZ Mauthausen geschickt, so zum Beispiel Jože Vraničar aus Loke und Aleš Jelenc aus Dražgoš.¹⁷

Die deutschen Besatzungsorgane hatten – wie dargelegt – während des Krieges gezielt und äußerst durchdacht verschiedene Netze geknüpft, zu unterschiedlichen Zwecken. Zu nennen sind beispielhaft: das Organisationsnetz zur Germanisierung der Bevölkerung, das Netz von militärischen Einheiten, die mit Hilfe einheimischer UnterstützerInnen alle Widerstandsorganisationen gnadenlos verfolgten. Fügen wir noch die weiteren Besatzungsorgane hinzu, so wird deutlich, dass in den besetzten Gebieten Sloweniens ein dichtes, nahezu undurchdringliches Netz von Gewalt und Terror entstanden war. Auch 70 Jahre nach Kriegsbeginn sind die Erinnerungen der Überlebenden an diese entscheidenden Jahre noch sehr lebendig, und es gibt außerdem Objekte aus dieser Zeit, die für sich sprechen.

¹⁶ AS, KUZ, Akte 42, g-2042.

¹⁷ Cveto Kobal, Interview 2006, Kopie im Besitz des MNZS.

Jean-Marie Winkler

Die Gaskammer von Hartheim im Netzwerk des Terrors

Von der NS-Euthanasie zum Holocaust

Die Gaskammer in Schloss Hartheim, unweit von Linz, nahe Alkoven an der Donau, steht historisch gesehen in verschiedenen Netzwerken des Terrors an entscheidender Stelle. Ab 1940 diente die sogenannte *Anstalt C* neben den anderen fünf *Euthanasie*-Instituten zur planmäßigen Tötung der Kranken und Behinderten aus der *Ostmark*. In einem Brief an einen Kollegen, der zu jener Zeit mit der *Waffen-SS* in Norwegen eingerückt war, schrieb der deutsche Psychiater Dr. Fritz Mennecke am 29. Juni 1940 Folgendes:

„Was mich selbst betrifft, so wird es mir leider nicht mehr vergönnt sein, an irgend einer äußeren Front die ‚letzte Rate‘ des Krieges mitzuerleben, so wie ich die ‚erste Rate‘ mitmachen konnte. Ich bin zum Zwecke einer wichtigen Sonderaufgabe durch die Adjutantur des Führers aus dem Führerhauptquartier u.-k. gestellt worden, so daß die nach dem 10.5. [1940] erfolgte Aufhebung meiner U.-K.-Stellung nun wieder rückgängig geworden ist. Im Rahmen dieser ‚Sonderaufgabe‘ war ich vom 4.6. [1940] bis gestern (3 ½ Wochen) mit einer Kommission aus der Kanzlei des Führers Berlin in der Ostmark. Unsere Aktion umfasste fast alle ost-märkischen Anstalten, es ging von Oberdonau über Niederdonau (Wien), Steiermark, Kärnten nach Salzburg. Ich schrieb Ihnen eine Karte, die Sie wohl noch nicht erhalten haben. Den Sinn der Sonderaufgabe erfahren Sie später, da es sich vorläufig noch um eine ‚geheime Reichssache‘ handelt.“¹

Hinter den Begriffen *Sonderaufgabe* und *geheime Reichssache* steht der planmäßige Patientenmord (Codename *Aktion T4*²), der zwischen 1940 und 1941 laut einer anonymen *T4*-Statistik³ mehr als 70.000 Menschen das Leben kostete.⁴ Nach den

Selektionen durch die Ärztekommision wurden die PatientInnen aus den Anstalten nach Hartheim zur Vergasung gebracht. Manche von ihnen wurden in Bussen direkt nach Hartheim gefahren, andere in Niedernhart eingeliefert, wo sie auf den Weitertransport nach Hartheim warteten – oder vor Ort durch Injektionen umgebracht wurden, wobei Letzteres in der „Hartheimer Statistik“ nicht geführt werden sollte, die sich lediglich auf die Opfer in den Gaskammern beschränkt.

Als organisierte Geheimaktion nimmt die *NS-Euthanasie* die äußere Form eines wahren Netzwerks des Terrors an: Unter der Leitung der *T4-Zentrale* und der *Kanzlei des Führers* entsteht eine administrative Vernetzung aller Anstalten des Reichs, mit Versand von Formularen, die auszufüllen und zurückzuschicken sind. Jeweils vier Begutachtungen, die auf eine unheilbare Erkrankung hindeuten, entsprechen dem sicheren Tod in einer der Gaskammern der *geheimen Reichssache*. Damit die Geheimhaltung der Tötungen nicht gefährdet wird, tauschen die verschiedenen „Heilanstalten“ die Sterbeurkunden untereinander aus. Die Hartheimer Opfer sind offiziell nach kurzer, schwerer Erkrankung im fernen Thüringen gestorben. Zur Vorbeugung von Seuchen seien die Opfer dort eingäschert worden, die Familie könne jedoch auf Anforderung die Aschurne zugeschickt bekommen. Auf den offiziellen Bestätigungen der Einlieferung in die „Heilanstalt“ steht der amtliche Vermerk, Besuche seien jeweils 14 Tage vorher anzumelden. Dies um zu vermeiden, dass Familienangehörige ihre Bekannten besuchen kommen, die in Wirklichkeit mehrere hundert Kilometer entfernt zu finden wären – wenn sie nicht bereits ermordet wurden. Die Bürokratie der *T4-Zentrale* stellt nämlich Todescheine mit einem fingierten späteren Todesdatum aus, wobei die „Heilanstalten“ für den Zeitraum zwischen der realen Ermordung und dem amtlichen Todestag (manchmal mehrere Wochen) die gesetzlichen Kostenzuschüsse zur vermeintlichen Pflege der Patienten einkassieren. Nach der

¹ Friedrich Mennecke. Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Edition seiner Briefe. Bearbeitet von Peter Chroust, Forschungsberichte des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Band 1, Hamburg 1998. Dok. 51, S.159

² Der Sitz der Zentrale in Berlin war in der Tiergartenstraße 4, deshalb die Abkürzung *T4*.

³ D.h. die sogenannte „Hartheimer Statistik“, die 1945 von Major Dameron entdeckt wurde.

⁴ Vgl. KEPPLINGER, Brigitte/MARCKHGOTT, Gerhart/REESE, Hartmut (Hg.): Tötungsanstalt Hartheim, Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus, Band 3, 2. erw. Ausgabe, Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz 2008

Bombardierung der Berliner Zentrale wird die *T4* anschließend nach Hartheim verlegt, wo auch die gesamten Akten untergebracht werden. Dazu später mehr (siehe unten: Ziereis).

Die Verknüpfung zwischen dem Netzwerk der *T4* und dem Netzwerk der Konzentrationslager erfolgte in mehreren Schritten. Eigenartiger Weise wurden die Standorte der Tötungsanstalten dergestalt ausgesucht, dass jeweils ein Konzentrationslager in unmittelbarer Nähe zu finden war: z.B. Bernburg unweit von Buchenwald, Hartheim unweit von Mauthausen. In Sachen Mauthausen ist erwiesen, dass sowohl der Lagerführer Ziereis als auch der *SS*-Lagerarzt Dr. Krebsbach die Hartheimer Vergasungen mit Interesse verfolgten. Es bestand die Möglichkeit, vom Arkadenhof aus durch ein Guckloch in die Gaskammer zu sehen, was Anlass zu regelrechten Vorführungen war, denen die Granden des Regimes beiwohnen konnten. Ziereis gab auf dem Sterbebett zu Protokoll, die Idee, in Mauthausen eine Gaskammer errichten zu lassen, gehe auf den *SS*-Lagerarzt Dr. Krebsbach zurück, nachdem dieser in Hartheim Vergasungen beigewohnt habe. Die Gaskammer in Mauthausen wurde ab dem Sommer 1941 gebaut und erst im Frühjahr 1942 in Betrieb genommen, was z.B. erklärt, warum in der Mauthausener Gaskammer Zyklon B benutzt wurde (d.h. dass diese neuerer Bauart war), während die Gaskammer in Hartheim (älterer Bauart, weil ehemalige *T4*-Gaskammer) mit Kohlenmonoxid „arbeitete“. Vor Anfang 1942 verfügte Mauthausen also über keine eigene Gaskammer.

Die eigentliche Verknüpfung zwischen *T4* und den Konzentrationslagern erfolgte im Sommer 1941 unter dem Codenamen *14f13*. Am 24. August 1941 wurde von Berlin aus der sogenannte *Euthanasie-Stopp* verhängt und die *Aktion T4* offiziell eingestellt. Es bleibt unklar, ob dieser amtliche *Euthanasie-Stopp* auf das Wirken der Kirchen zurückgeht (z.B. Bischof von Galen) oder ob die *Aktion* deshalb eingestellt wurde, weil die angestrebten Zahlen (70.000 Opfer) im Sommer 1941 erreicht worden waren. Ein weiterer Grund könnte darin liegen, dass das NS-Regime nach dem Angriff auf die Sowjetunion andere Prioritäten hatte. Wobei die sogenannten *Euthanasie-*

Maßnahmen im Sommer 1941 nicht mehr ganz geheim waren und bei bestimmten Teilen der *reichsdeutschen* Bevölkerung auf Missbilligung stießen. Dies mag auch erklären, warum die sogenannte *Euthanasie* niemals zum Gesetz wurde, wie dies Dr. Mennecke irrtümlicher Weise in seinem Brief aus dem Jahr 1940 andeutete, indem er schrieb, die Sache sei „vorläufig“ noch geheim. Es ist zudem erwiesen, dass die NS-*Euthanasie* auch nach dem sogenannten *Euthanasie-Stopp* weiterging, und zwar in den Anstalten, als „wilde *Euthanasie*“. Der Übergang von *T4* zu *14f13* entspricht konkret der Tatsache, dass die *T4*-Gaskammern ab 1941 den Konzentrationslagern zur Verfügung gestellt wurden, um dort KZ-Häftlinge umzubringen. Die nach dem *Euthanasie-Stopp* freigebliebene Tötungskapazität wurde demzufolge in den Dienst anderer Tötungsaktionen gestellt. Für die Jahre 1941 und 1942 ist erwiesen, dass die Ärztekommisionen der *Aktion T4* in die Konzentrationslager geschickt wurden, wo sie nun Häftlinge selektierten, die für die Gaskammer bestimmt waren. Anhand der Korrespondenz des Dr. Mennecke, die erhalten ist, lässt sich die Reiseroute dieser medizinischen „Experten“ rekonstruieren.⁵ Nach der Selektion wurden die Meldebögen anfangs noch nach Berlin geschickt. Die Häftlinge wurden mit Bussen in die verschiedenen „Heilanstalten“ verfrachtet, wo sie vergast wurden. Für Mauthausen war dies ab August 1941 der Fall. Der amtliche Diskurs spricht von „*Invalidentransporten*“ oder von „*arbeitsunfähigen*“ oder „*unheilbar kranken*“ Häftlingen, die selektiert wurden, und stellt somit eine Kontinuität zwischen *T4* und *14f13* her. HistorikerInnen sind sich darüber nicht einig, ob rein medizinische Kriterien⁶ zur Selektion der Häftlinge herangezogen wurden. Aus der

⁵ Siehe LEY, Astrid: Die „Aktion 14f13“ in den Konzentrationslagern. In: MORSCH, Günter/PERZ, Bertrand (Hg.): Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Berlin 2011, S. 231-243

⁶ Aus den Selektionen in Dachau, die 1941 stattfanden, während die Transporte erst 1942 angingen, ist bekannt, dass einige Häftlinge zum Datum des Abtransports wieder gesund bzw. arbeitsfähig waren. Sie wurden trotzdem mit dem „*Invalidentransport*“ nach Hartheim gebracht. Anderen Zeitzeugenberichten zufolge sollen neben den gebrechlichen und arbeitsunfähigen älteren Häftlingen auch gesunde junge Männer ausgesucht worden sein. Unter den in Hartheim ermordeten *reichsdeutschen* Häftlingen findet man einen nicht unbedeutenden Anteil an *Asozialen* bzw. *Zigeunern* und *Berufsverbrechern*.

Korrespondenz des Dr. Mennecke geht hervor, dass die jüdischen Häftlinge nicht weiter untersucht werden mussten. Es genügte, den Grund ihrer Verhaftung auf den Meldebogen zu übertragen. Auch die Haltung der Häftlinge im Lager war ein möglicher Grund, für einen sogenannten „*Invalidentransport*“ selektiert zu werden. Im Falle eines selektierenden Arztes, der auch SS-Offizier war, und je nachdem einen weißen Ärztekittel oder die SS-Uniform trug, bleibt die rein medizinische Dimension dieser Häftlings-Selektionen zumindest fragwürdig. Die *Aktion 14f13* blieb ebenso *geheime Reichssache* wie die *Aktion T4*, was deutlich aus den Telegrammen hervorgeht, die an die verschiedenen Lagerkommandanten ausgingen, um ihnen die Ankunft einer Expertenkommission anzukündigen. Ebenso aus der Korrespondenz zwischen den Lagern und den Tötungsanstalten, etwa zwischen Buchenwald und Bernburg, worauf der Vermerk „*geheim*“ oder „*geheime Reichssache*“ erschien. Die Hartheimer Ärzte Dr. Lonauer und Dr. Renno fuhren 1941 mehrmals zu Selektionen nach Mauthausen⁷ und nach Gusen – was Dr. Renno bestritt, was jedoch u.a. aus den Zeugenaussagen der ehemaligen Häftlinge Casimir Climent-Sarrion, Juan de Diego und Stanislaw Nogaj deutlich hervorgeht.

Die Vernetzung der *T4*-Tötungsanstalten mit den Konzentrationslagern hat zur Folge, dass die Verwaltung der Konzentrationslager in den Vernichtungsapparat mit einbezogen wird. Im Laufe der Zeit übernehmen zunehmend die SS-Ärzte die Selektionen, ja sogar der Lagerkommandant selbst, wodurch die Anwesenheit einer Ärztekommision von außen spätestens ab 1942 nicht mehr notwendig wird. Die Selektionen verlagern sich zudem ins *Revier*, wodurch diese von den übrigen Häftlingen nicht mehr wahrgenommen werden.

Eine Selektion von 2.000 Häftlingen auf dem Appellplatz in Gusen im Frühsommer 1941 konnte im Lager wohl nicht lange geheim gehalten werden. Eine nächtliche Selektion von 70 bis 80 Häftlingen im *Revier* durch den *Lagerarzt* oder

durch SS-Offiziere hingegen konnte im Sommer 1944 nahezu unbemerkt durchgeführt werden.

Rein administrativ gesehen bedeutet *14f13*, dass die Verwaltung der Massentötungen durch Giftgas nun den einzelnen Konzentrationslagern obliegt und nicht mehr der *T4*-Zentrale in Berlin. Darin steckt jedoch eine administrative Quadratur des Kreises, denn die Genauigkeit der NS-Buchführung, wie sie für die Lager zutrifft, verlangt, dass man Morde registriert, die offiziell nicht stattgefunden haben, da es sich um eine *geheime Reichssache* handelt.⁸ Serge Choumoff hat in seinen Studien bereits bewiesen, dass die Transporte vom Lager zur Tötungsanstalt sowie die anschließenden Registrierungen der Todesfälle in der Buchführung des Lagers formale Anzeichen für Verbrechen waren, die entweder geleugnet oder vertuscht werden sollten. Die Präzision der NS-Buchführung hält hier das Netzwerk des Terrors schriftlich fest, selbst wenn die Codenamen wiederum als Tarnungen fungieren sollen: *14f* deutet auf Tod *14f13* durch Vergasung; offiziell gingen die „*Invalidentransporte*“ in ein „Sanatorium“, ja in das „*Häftlings-sanatorium Dachau*“⁹, später in ein „*Erholungs-lager*“. Wären diese Häftlinge – ähnlich wie diejenigen bei der *Aktion K* – in Mauthausen selbst umgebracht worden, so wären sie zusammen mit den anderen „*Verstorbenen*“ oder „*Entlassenen*“ geführt worden, und man könnte dieser Spur der Verbrechen im Einzelnen nicht mehr nachgehen. Gerade die Vernetzung von *T4*-Tötungsorten und einer Vernichtungsaktion im Dienste der Konzentrationslager hat in Form von Transportlisten administrative Spuren hinterlassen. Wodurch die Namen der Opfer zu erfassen sind, insofern die Transportlisten erhalten sind. Dies gilt auch für *14f13*-Transporte vom realen Dachau nach Hartheim.

Ebenso kompliziert ist vom administrativen Standpunkt her die Registrierung der Todesfälle. Im Falle eines Transports in das vermeintliche

⁷ Vgl. BAUMGARTNER, Andreas: „Die Kranken sind dann vergast worden.“ Die Ermordung von KZ-Häftlingen in Hartheim. In: Wert des Lebens. Gedenken. Lernen. Begreifen. Begleitkatalog zur Ausstellung des Landes Oberösterreich in Schloss Hartheim 2003, S. 74-79

⁸ Vgl. WINKLER, Jean-Marie: *Gazage de concentrationnaires au château de Hartheim. L'«action 14f13» en Autriche annexée. Nouvelles recherches sur la comptabilité de la mort.* Collection «Ces Oubliés de l'Histoire», Paris 2010. Insbesondere das Kapitel: „Erreurs comptables et Incohérences. Comment les documents nazis dévoilent ce qu'ils veulent dissimuler“, S. 63-86

⁹ Die Transportlisten von Gusen in das „*Häftlings-sanatorium Dachau*“ wurden nach der Befreiung von Casimir Climent-Sarrion sichergestellt und dienten zur Anklage in Nachkriegsprozessen.

„Häftlings-sanatorium Dachau“ wären die Todesfälle durch das reale Konzentrationslager Dachau zu behandeln und zu registrieren gewesen. Von diesen Transporten fehlt in Dachau aber jede Spur, was darauf hindeutet, dass das Ziel fiktiv war. Gäbe es nicht die akribische Genauigkeit der NS-Buchführung, so würde sich die Spur jener Transporte¹⁰ nicht weiter verfolgen lassen. Nachdem die Todesfälle (d.h. die Vergasungen in Hartheim) der mathematischen Exaktheit wegen irgendwie registriert werden sollten, war die Mauthausener „Buchhaltung“ durch die *Politische Abteilung* dafür zuständig. Was dazu führte, dass Häftlinge, die vermeintlich nach Dachau überführt worden waren, anschließend als in Mauthausen verstorben gemeldet wurden. Dies kommt daher, dass eine externe Todesmaschinerie (die Gaskammer in Hartheim) in der internen Buchführung des Lagers registriert werden sollte. Anhand dieser administrativen Unstimmigkeiten konnte Serge Choumoff die Existenz einer Tötungsanstalt beweisen, die sich hinter dem Codenamen „Sanatorium Dachau“ verbirgt. Um die Spuren möglichst zu verwischen, hatte die Mauthausener Buchführung des Todes im Falle 14f13 die Methoden der T4 übernommen. Die Todesfälle erhielten eine natürliche Ursache und wurden erst mehrere Wochen, ja mehrere Monate nach der realen Ermordung registriert. Eine wahrheitsgetreue Registrierung hätte in der Mauthausener Buchführung paradoxer Weise eben jene Morde dokumentiert, die im Rahmen einer *geheimen Reichssache* vertuscht, ja geleugnet werden sollten. Somit wurden die Todestransporte erst im Nachhinein registriert und die Listen in Form von Namensgruppen (zwischen 10 und 30 Namen pro Tag) allmählich in die Veränderungsmeldungen eingetragen. Einziges Anzeichen für diese fingierte Buchführung: Die Opfer starben in alphabetischer Reihenfolge, was bereits der Häftlingsfunktionär Stanislaw Nogaj bemerkt hatte, als er die Namen der Verstorbenen aufschreiben musste, die man ihm jeden Tag telefonisch durchgab.

¹⁰ Es gibt in der Tat Transporte aus Konzentrationslagern, von denen nach dem Abgang jede Spur fehlt. Etwa bei Evakuierungstransporten aus Dora-Mittelbau im März/April 1945. In diesem Fall wurden auch keine Todesmeldungen mehr aufgestellt.

Beim Begriff „Netzwerk des Terrors“ denkt man unweigerlich an den Holocaust. Man wird einwenden können, weder Mauthausen noch Hartheim als solche seien als Produkt der *Endlösung* entstanden. Dies mag stimmen, doch ist die Sachlage auch in diesem Punkt komplizierter. Der Übergang von T4 zum Holocaust erfolgt ab 1941/1942, als die Belegschaften der Tötungsanstalten in der *Aktion Reinhard* eingesetzt wurden. Aus Hartheim stammten die Leiter und das führende Personal der Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka – was zur Folge hatte, dass einige der Vernichtungslager im Osten nicht zum moderneren Zyklon B übergingen, sondern weiterhin Kohlenmonoxid benutzten. Franz Stangl soll beim Anblick der neu errichteten Gaskammer in Sobibor gesagt haben, er habe sofort gewusst, worum es sich handelte, denn dieser Raum habe ähnlich ausgesehen wie die Gaskammer in Hartheim. Franz Stangl und andere stehen für jene Massenmörder des Holocaust, die in Hartheim ausgebildet wurden. Die „Schule der Mörder“, so Simon Wiesenthal. Der Bezug von Mauthausen zum Holocaust lässt sich ebenfalls herstellen. Nicht von Anfang an, denn es steht fest, dass das 1938 errichtete Konzentrationslager Mauthausen für politische Häftlinge bestimmt war – was aus der Zusammensetzung der Häftlinge und deren Herkunft deutlich hervorgeht. In der letzten Phase des Lagers (etwa ab Mitte 1944) erfolgte jedoch eine grundlegende Veränderung innerhalb der Bevölkerung des Lagers: die massenhafte Ankunft der „*ungarischen Juden*“ (so die NS-Kategorisierung) stellte Mauthausen faktisch in den Dienst des Holocaust. Ebenso die spätere Ankunft der Evakuierungsmärsche aus den Vernichtungslagern, etwa mit den Transporten aus Auschwitz Anfang 1945, womit der Holocaust in Mauthausen bis Anfang Mai 1945 weiterging, während Auschwitz und die anderen Vernichtungslager im Osten nicht mehr in Funktion waren. Die Gaskammer in Mauthausen diente bis zum Schluss zur Ermordung der Kranken aus dem *Revier*, wobei sehr viele dieser Opfer Juden waren, welche die Evakuierungen überlebt hatten. Die erhaltenen Dokumente des Häftlingsarztes Dr. Zoltan Klar¹¹, der als „*ungarischer Jude*“ im

¹¹ Vgl. WINKLER (2010), S. 281-338: «Les archives clandestines du Dr Zoltan Klar».

Block 6 des *Reviers*, dem sogenannten *Judenblock*, tätig war, liefern ein beeindruckendes Bild der Zustände in Mauthausen Anfang 1945.

Diese historischen Tatsachen sind weitgehend erforscht. Weniger bekannt ist die Vernetzung von 14f13 mit dem Holocaust. Das heißt: Inwiefern wurden jüdische Häftlinge aus Mauthausen und den Außenlagern in Hartheim umgebracht, und in welchem Zusammenhang stehen diese Morde mit der sogenannten *Endlösung*? Beim Betrachten der Todesmeldungen aus dem Jahr 1944 mit der Überschrift „*verstorben im Erholungs-lager*“ fällt auf, dass die „*ungarischen Juden*“ neben den sowjetischen Kriegsgefangenen zahlreiche Opfer zählen.¹² Allein die Tatsache, dass aus Ungarn nach Mauthausen deportierte Juden 1944 in Hartheim vergast wurden, stellt den faktischen Bezug zum Holocaust her. Im Einzelnen lassen sich administrative Spuren dieser Vernetzung auffinden. Betrachtet man die amtlichen Todesmeldungen vom 20. bis zum 22. Dezember 1944, so fällt auf, dass bis auf sechs Häftlinge auf diesen drei Blättern alle als „*ungarische Juden*“ kategorisiert sind.

Die tägliche Todesmeldung vom 21. Dezember besteht aus 36 „*ungarischen Juden*“, jene vom 22. Dezember aus 31 „*ungarischen Juden*“. Am 20. Dezember findet man 24 „*ungarische Juden*“ auf der Todesmeldung. Betrachtet man die alphabetische Reihenfolge der Registrierungen, so fällt auf, dass die Todesmeldung vom 20. Dezember eigentlich aus zwei Namensblöcken besteht: einem Namensblock von O (Jerzy Olszewski, „*polnischer Schutzhäftling*“) bis W (Jakub Wortsmann, „*polnischer Jude*“) – und einem zweiten Namensblock

von A (Vilmos Abisch, „*ungarischer Jude*“) bis F (Kalman Friedmann, „*ungarischer Jude*“). Der ordnungsgemäß am Ende der Liste stehende sowjetische Kriegsgefangene (Wasilij Westriks) gehört mit dem Anfangsbuchstaben „W“ alphabetisch gesehen zum ersten Namensblock. Die Namen der am 20. Dezember registrierten „*ungarischen Juden*“ reichen somit von A bis F (insgesamt 20 Namen). Auf dem darauf folgenden Zettel vom 21. Dezember 1944 stehen 36 Namen, allesamt „*ungarische Juden*“ mit Anfangsbuchstaben von F (Leo Friedmann) bis N (Hermann Noe). Und auf dem darauf folgenden Blatt vom 22. Dezember 1944 stehen 24 Namen, allesamt „*ungarische Juden*“ von N (Moric Noti) bis W (Rudolf Weiss). Dadurch, dass die Namen der „*ungarischen Juden*“ einander in exakter alphabetischer Reihenfolge folgen, wird sichtbar, dass es sich hier um einen Todestransport von Gusen nach Hartheim gehandelt haben muss, der aller Wahrscheinlichkeit nach aus rund 80 „*ungarischen Juden*“ bestand und dessen Registrierung auf drei Tage verteilt wurde. Ein zusätzliches Mittel zur Tarnung war die umgekehrte alphabetische Reihenfolge auf dem Zettel vom 20. Dezember, von F bis A – und nicht etwa von A bis F. Sonst wäre nämlich der letzte Nachname auf der Liste (Friedmann) mit dem ersten auf der folgenden Liste (ebenfalls Friedmann) identisch gewesen, wodurch die administrative Konstruktion offensichtlicher geworden wäre. Eine gezielt selektierte Gruppe von 80 „*ungarischen Juden*“, die für die Gaskammer in Hartheim bestimmt war, erscheint aus heutigem Gesichtspunkt durchaus als Bestandteil des Holocaust. Anhand der Häftlingsnummern lässt sich dank Hans Maršálek rekonstruieren, dass jene „*ungarischen Juden*“ am 28. Mai 1944 bzw. am 8., 13. und 19. Juni 1944 aus dem KL Auschwitz nach Mauthausen transportiert worden waren. Es ist selbst anhand der neulich von uns entdeckten Materialien¹³ nicht möglich, das reale Todesdatum dieser Häftlinge aus Gusen zu bestimmen.

Aus einem Vergleich mit amtlichen Todesmeldungen von Dezember 1944, die Häftlinge aus dem Mauthausener *Revier* betreffen und für die jeweils ein genaues Todesdatum bestimmt werden kann, geht jedoch hervor, dass diese 80 „*ungarischen Juden*“ aus dem Außenlager Gusen aller

¹² Vgl. WINKLER (2010), S. 235-338: «Liste alphabétique des convois vers Hartheim en provenance du *Sanitätslager*. 'Liste polonaise' 1944 ou 1945». Die darin abgedruckte, unvollständige Liste der 14f13-Opfer des Sommers 1944 umfasst mehr als 1.000 erhaltene Namen unter den 2.394 Häftlingen, die laut diesem Dokument vom Mauthausener *Revier* nach Hartheim überstellt wurden. Die „*polnischen Juden*“ oder „*ungarischen Juden*“ machen darin knapp 100 Namen aus (ca. 10%), was angesichts der Vielfalt der in den Opferlisten vertretenen Nationalitäten nicht unbedeutend ist. Eine weitere Zielgruppe sind die Sowjetrussen (entweder als Zwangsarbeiter oder als Kriegsgefangene). Die „*Schutzhäftlinge*“ aus ganz Europa bilden auch im Sommer 1944 die Mehrheit der in Hartheim ermordeten Häftlinge aus Mauthausen. Insofern ist dieses Bild nicht typisch für den Holocaust, der zudem andere Größenordnungen annahm und im Zuge dessen nach dem Abtransport in die Vernichtungslager bekanntlich keine Listen mehr entstanden.

¹³ WINKLER (2010), S. 235-338

Wahrscheinlichkeit nach im August 1944 in Hartheim umgebracht worden waren. Ihre Deportation führte sie nach Auschwitz und endete in Hartheim, nach Zwischenstationen in Mauthausen und Gusen, wodurch die Vernetzung der Tötungsmaschinerien erkennbar ist.

Auch der allererste Transport von Häftlingen aus Mauthausen, die in Hartheim vergast wurden¹⁴, wirft Fragen auf und beleuchtet die Problematik eines Netzwerks des Terrors. Am 11. August 1941 wurden 70 allesamt jüdische Häftlinge in Hartheim umgebracht. Die Transportlisten sind erhalten, ebenso die Eintragungen im Veränderungsbuch des KL Mauthausen. Zunächst bleibt zu bemerken, dass jener Transport vom 11. August 1941 noch vor dem offiziellen *Euthanasie-Stopp* liegt. Es wäre somit historisch gesehen falsch zu behaupten, *14f13* habe *T4* abgelöst. Als der erste Transport von Häftlingen in Hartheim vergast wurde, war die NS-*Euthanasie* offiziell noch nicht eingestellt worden. Fügt man hinzu, dass Selektionen der Ärzte-Kommission in Mauthausen und Gusen bereits für Juni 1941 belegt sind, so erscheinen *T4* und *14f13* in diesem Fall als zeitgleich. Bei seinem Nachkriegsprozess gab Dr. Georg Renno, stellvertretender Leiter der Tötungsanstalt Hartheim, zu Protokoll, er habe selbst den telefonischen Befehl vom *Euthanasie-Stopp* erhalten und den eben ankommenden Transport von Häftlingen aus Mauthausen ins Lager zurückgeschickt. Danach habe er die Tötungsräume bis zum Kriegsende nicht mehr betreten, und – so fügte er hinzu – die *Euthanasie* habe ja seines Wissens nicht wieder eingesetzt. Die Leugnung der Morde an den Häftlingen durch den NS-Massenmörder beruht auf dem Negieren der Netzwerke und deren Zusammenhänge: die „ausgebrannten, seelenlosen Hülsen“ (Zitat Dr. Renno) der Behinderten habe man lediglich von einem „lebensunwerten“ Dasein erlöst, worauf der Kinderarzt Dr. Renno bis zum seinem natürlichen Tod im Jahr 1997 beharrte. Doch leugnete er konsequenter Weise, in Hartheim KZ-Häftlinge vergast zu haben, trotz der Zeugenaussagen von Casimir Climent-Sarrion und Juan de Diego, welche beide

seinen Namen nannten. Dr. Renno leugnete ebenso konsequent, unmittelbar vor dem *Euthanasie-Stopp* in Hartheim gewesen zu sein. Er habe im Juli 1941 seinen regulären Diensturlaub gehabt, doch habe ihn eine Darmgrippe daran gehindert, seinen Dienst wieder anzutreten, sodass er erst am Tag des *Euthanasie-Stops* wieder in Hartheim gewesen sei. Von Häftlingstransporten soll er nichts gewusst haben, und sowieso habe er einen solchen ins Lager zurückgeschickt, als dieser in Hartheim eingetroffen sei. Ob ihm die Richter damals diese Geschichte glaubten, bleibt ungeklärt. Der Prozess wurde 1970 eingestellt, da der Angeklagte vernehmungsunfähig gesprochen wurde. Das ansonsten lückenhafte Gedächtnis des Dr. med. Georg Renno, dem seine Kollegen akute Gehirndurchblutungsprobleme bescheinigten, konnte sich also knapp dreißig Jahre danach an eine sommerliche Darmgrippe im August 1941 erinnern. Ein für ihn wohl glücklicher Zufall, denn sonst wäre vor Gericht aufgekommen, dass womöglich Dr. Renno den Gashahn drehte, als am 11. August 1941 ein Transport von 70 jüdischen Häftlingen in Hartheim vergast wurde. Was sogar den Holocaust vorwegnehmen könnte, und zwar mehrere Monate vor der Wannseer Konferenz im Januar 1942.

Betrachtet man die erhaltene Transportliste vom 11. August 1941 genauer, so fällt auf, dass es sich bei den darin als „Juden“ geführten Häftlingen in der Mehrzahl um holländische Aktivisten handelt, die nach dem Generalstreik im Februar 1941 in Amsterdam und anderen Städten verhaftet und über die Lager Schoorl und Buchenwald nach Mauthausen transportiert worden waren. Von den ursprünglich 400 trafen 368 im Juni 1941 in Mauthausen ein. Der politische Terror über Europa führte zur Deportation jener holländischen Aktivisten, die von *Ganleiter* Eigruber als Kommunisten dargestellt wurden, und als „Juden“ den symbolischen Auftakt zu *14f13* in Hartheim lieferten. Auch dies eine Vernetzung des Terrors, über die Grenzen und über die Kategorien hinweg. Die HistorikerInnen und Hartheim-ExpertInnen hatten vermerkt, der erste Häftlingstransport nach Hartheim habe aus 70 meist holländischen Juden bestanden. Denn unter den 70 „Juden“ befanden sich auch einzelne Häftlinge, die nicht zur Zielgruppe der holländischen Aktivisten gehörten.

¹⁴ Vgl. WINKLER (2010), S. 51-62: «La Shoah avant la Shoah. Le premier convoi de concentrationnaires pour Hartheim (11 août 1941)».

Mit der niedrigeren Häftlingsnummer 448 zählt Heinz Friedeberg ebenso wenig zu jenen jungen Holländern wie Chiel Lipszyc (Nr. 761) und Hugo Nathan (Nr. 917). Und noch weniger der die Häftlingsnummer 1 tragende polnische Häftling Israel Felder. Es scheint somit, dass ein Transport aus 70 ausschließlich jüdischen Häftlingen künstlich zusammengestellt wurde. Für diese Selektion von Juden, die für die Gaskammer bestimmt waren (wohlgemerkt: im August 1941), gibt es keine Belege aus den Zeitzeugenaussagen. Doch liefert die Zusammensetzung des Transports einen stichhaltigen Hinweis, wodurch die administrative Genauigkeit wiederum das verrät, was sie eigentlich vertuschen sollte. Am Ende der Liste sind zwei Namen durchgestrichen: Hartog und Meyer Ovarste (Nr. 2684 u. 2685). Für diese beiden Brüder oder Cousins aus Holland steht im Veränderungsbuch, „siehe verstorben“. Was bedeutet, diese beiden für die Gaskammer selektierten Häftlinge seien noch vor dem Transport ums Leben gekommen. Ob durch Exekution, Fluchtversuch oder Selbstmord ist nicht näher bestimmbar. Um auf die runde Zahl 70 zu kommen, wurden zwei andere Häftlinge auf die Liste gesetzt, jeweils mit der wiederholten Ranglistennummer 69 und 70. Es fällt auf, dass die Häftlinge Isaac Pam und Josef Pach die alphabetische Reihenfolge nahtlos fortsetzen. Somit ist auf die Existenz einer früheren Liste zu schließen, aus welcher die „nötigen“ Häftlinge der alphabetischen Reihenfolge nach abgeschrieben wurden. Da die erhaltene Liste der 70 (eigentlich: 72) Opfer von A bis P reicht, ist eine Größenordnung von 100 Namen für die frühere, ursprüngliche Liste wahrscheinlich. Dies bedeutet, man führte in Mauthausen Anfang August 1941 eine Selektion von etwa 100 jüdischen Häftlingen durch, die gezielt als erste Opferkategorie der Vergasungen in Hartheim ausgesucht wurden. Die darauf folgenden Transporte entsprechen der damaligen Bevölkerung des Lagers: einige *Reichsdeutsche* („*Berufsverbrecher*“ oder „*Asoziale*“), zahlreiche Spanier („*Rotspanier*“) und Polen (davon die meisten „*Schutzhäftlinge*“). Anhand des Transports vom 11. August 1941 wird sichtbar, dass der Holocaust symbolisch in Hartheim begonnen haben mag.

Die Gründe dafür sind wissenschaftlich noch nicht erforscht. Die massenweise Vernichtung der Juden und Jüdinnen hatte in anderer Form bereits im Osten begonnen, etwa in Polen und in der Sowjetunion mit den Erschießungen und ersten Versuchen mit Giftgas. Die HistorikerInnen sind sich größtenteils darüber einig, dass die prinzipielle Entscheidung, die JüdInnen Europas nicht etwa zu vertreiben (*Madagaskar-Plan*) oder durch Zwangsumsiedlung allmählich auszurotten, sondern systematisch zu vernichten, auf den Sommer 1941 zurückgeht. Es stellte sich somit nur noch die Frage nach dem „Wie“.

Auch wenn dies nur eine Hypothese sein mag: Zwischen den eingeweihten Lagerkommandanten entstand faktisch eine Konkurrenz, und der wie immer auf Erfolg und Anerkennung bedachte Mauthausener Lagerkommandant Zierys (der zur gleichen Zeit umfangreiche Bauarbeiten im Lager angeordnet hatte) hatte somit einen Vorsprung gegenüber dem Lagerkommandanten von Auschwitz erlangt. Die erste „Probevergasung“ in Auschwitz erfolgte im September 1941, also etwa einen Monat später, und die selektierten Opfer waren sowjetische Kriegsgefangene. Mit der vollzogenen ersten „Judenvergasung“ in einer mit einem Konzentrationslager vernetzten Gaskammer hatte Zierys ein unverkennbares Zeichen gesetzt, das rechtfertigen konnte, unter die Opfer symbolisch den Häftling mit der Häftlingsnummer 1 zu stellen. Wobei der zweite Transport, am 12. August 1941, den Häftling mit der Nummer 2 aufweist, ebenfalls ein Pole, diesmal aber ein „*Schutzhäftling*“ – auch dies wohl kein Zufall, sondern ein administratives Zeichen nach Berlin. Dass die in Hartheim praktizierte „Technik“ (Gaskammer mit Kohlenmonoxid auf dem Gebiet des *Altreichs*) schließlich nicht zum Holocaust führte, sondern das „Konkurrenzmodell“ Auschwitz (Gaskammer im Osten mit Zyklon B), mag den Lagerkommandanten Zierys enttäuscht haben. In seinem Geständnis auf dem Sterbebett sprach er von mehreren Millionen Menschen, die in Hartheim ermordet worden seien, und deren Akten er im Keller des Schlosses gesehen habe. Diese Zahl kann unmöglich auf *T4* oder *14/13* zutreffen – auch nicht auf beide zusammen. Eine solche Größenordnung kann sich nur auf den Holocaust beziehen. Es ist gewiss nicht auszu-

schließen, dass der schwer verwundete Ziereis die Zahlen durcheinander gebracht hatte. Die Hypothese von Serge Choumoff ist aber eher, dass Ziereis sich nicht in der Größenordnung geirrt hatte, sondern dadurch sagen wollte, dass das Aktenmaterial der *Aktion Reinhard* in Hartheim gelagert war. Das Aktenmaterial in Hartheim war von den Nazis Ende 1944 vernichtet worden, was mehrere Monate in Anspruch genommen hatte. Die Papiere wurden anschließend in eine Papiermühle gebracht, sodass diese schriftlichen Beweise für immer verloren sind. Sollte der Keller im Schloss Hartheim jemals neben den Akten der *Euthanasie* auch das Aktenmaterial zur *Aktion Reinhard* beherbergt haben, so wäre die Vernetzung zwischen den großen Tötungsaktionen des *Dritten Reiches* dort auf engstem Raum zu finden gewesen.

Andreas Baumgartner fasst dies wie folgt zusammen:

„Es ist jedoch unabdingbar, die Kontinuität von der ‚T4‘-Aktion über die ‚Aktion 14f13‘ zu den Massenvergasungen in den Vernichtungslagern hervorzuheben. Die Massenmorde in den Vernichtungslagern wären ohne die ‚T4‘-Experten nicht oder nicht in dieser relativ kurzen Zeit möglich gewesen. Die Verschleierungsmethoden der SS und die Selektionen in den Konzentrationslagern wurden im Rahmen der ‚Aktion 14f13‘ erprobt, bevor sie z.B. in Auschwitz-Birkenau zum Einsatz kamen.

Auch innerhalb des Mauthausensystems darf diese Aktion nicht gesondert betrachtet werden. Es muss hier der Gesamtkontext der Vergasungen in den Häftlingsbaracken in Gusen, der Vergasungen in den Gaskammern von Hartheim und Mauthausen sowie der Einsatz des Gaswagens gesehen werden.“¹⁵

Die historische Bedeutung der *Aktion 14f13*, welche das Bindeglied zwischen *T4* und dem Holocaust bildet, als die Hartheimer Gaskammer in den Dienst des Konzentrationslagers Mauthausen gestellt wurde, liegt in der Verknüpfung mehrerer Tötungsaktionen, die somit nicht mehr separat zu betrachten sind.

¹⁵ BAUMGARTNER (2003), S. 79

Literatur:

BAUMGARTNER, Andreas: „Die Kranken sind dann vergast worden.“ Die Ermordung von KZ-Häftlingen in Hartheim. In: Wert des Lebens. Gedenken. Lernen. Begreifen. Begleitkatalog zur Ausstellung des Landes Oberösterreich in Schloss Hartheim 2003, S. 74-79

CHROUST, PETER: Friedrich Mennecke. Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Edition seiner Briefe. [Bearbeitet von Peter Chroust.] Forschungsberichte des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Band 1, Hamburg 1998

WINKLER, Jean-Marie: Gazage de concentrationnaires au château de Hartheim. L' «action 14f13» en Autriche annexée. Nouvelles recherches sur la comptabilité de la mort. Collection «Ces Oubliés de l'Histoire», Paris 2010.

Kepplinger, Brigitte/Marckhgott, Gerhart/Reese, Hartmut (Hg.): Tötungsanstalt Hartheim, Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus, Band 3, 2. erw. Ausgabe, Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz 2008

LEY, Astrid: Die „Aktion 14f13“ in den Konzentrationslagern. In: MORSCH, Günter/PERZ, Bertrand (Hg.): Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Berlin 2011, S.231-243

Prof. Dr. Jean-Marie Winkler, geb. 1960, Universität Rouen, Lehrstuhl für Österreichforschung, Equipe de Recherches Interdisciplinaires sur les Aires Culturelles (ERAC, EA 4307). Mitglied der Amicale de Mauthausen (Paris). Vorstandsvorsitzender der Thomas-Bernhard Privatstiftung, Wien (1998-2008).

Forschungsschwerpunkte: das „rote“ Wien (Jura Soyfer), Exilforschung (Alfredo Bauer), österreichische Literatur (Mitherausgeber der Theaterstücke von Thomas Bernhard), Mauthausen (Gesamtkoordinator der internationalen Fotoausstellung *Das sichtbare Unfassbare*, 2005) und Hartheim.

Träger des Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst (Wien, 2007) und des Silbernen Verdienstzeichens des Landes Oberösterreich (Linz, 2009).

Publikationen (Auswahl):

Claude Winkler-Bessone & Jean-Marie Winkler: Les camps d'internement français (1939-1942). Témoignages d'un dessinateur autrichien en exil. Bil Spira. Préface de Serge Klarsfeld. Publications de l'Université de Rouen, 2000.

Claude Bessone & Jean-Marie Winkler: L'euthanasie nationale-socialiste. Mauthausen – Hartheim (1940-1944). Photographies de Hartmut Reese, collection «Ces oubliés de l'Histoire», éditions Tirésias, Paris, 2005

Claude Bessone & Jean-Marie Winkler: Le „Douaumont de la Déportation“. Le projet d'ossuaire du camp de concentration de Mauthausen. Exhumation des cimetières et «retour des corps». Préface de Hans Marsalek. Coll. „Ces Oubliés de l'Histoire“, Paris, 2007

Andreas Baumgartner, Ingrid Bauz & Jean-Marie Winkler (Hg.): Zwischen Mutterkreuz und Gaskammer. Frauen im Nationalsozialismus (Tagungsband), Wien 2008

Jean-Marie Winkler: L' «action 14f13» 1941-1945 en Autriche annexée. Nouvelles recherches sur la comptabilité de la mort. Préface Yves Ternon. Collection «Ces Oubliés de l'Histoire», Paris 2010

Mag. Markus Rachbauer, geb. 1979, Studium der Politikwissenschaft in Salzburg, Begleiter/Vermittler des Lern- und Gedenkortes Schloss Hartheim und der KZ-Gedenkstätte Mauthausen bzw. des MKÖ. Diplomarbeit zum Thema *NS-Euthanasie* an kranken ausländischen ZivilarbeiterInnen in *Oberdonau*. Aktuelles Forschungsprojekt zu selbigem Thema mit Fokus auf das Gebiet der *Alpen-* und *Donaugau*. Buchbeitrag zum Thema *Welser Opfer der NS-Euthanasie* (erscheint 2011 im Band 2 der Reihe *Nationalsozialismus in Wels*).

Thomas Rammerstorfer, geb. 1976, Mitarbeiter beim Infoladen Wels und der Liga für emanzipatorische Entwicklungszusammenarbeit (www.leeza.at). Recherchiert zu Migration, Integration, österreichischem und türkischem Rechtsextremismus und Jugendkulturen; zahlreiche Vorträge dazu in Österreich und Deutschland. Mitarbeit im Rechercheteam von Corinna Milborn für das Buch *Gestürmte Festung Europa* (2006), Artikel und Beiträge in verschiedenen anderen österreichischen Periodika.

Markus Rachbauer & Thomas Rammerstorfer

Brautöne: Rechtsextreme Musik in Österreich

Der Aufstieg des „Rechtsrock“, also nationalistisch/rechtsextrem bis neonazistisch orientierter Musik, begann Ende der 1970er Jahre mit der britischen Band „Skrewdriver“, die die Rebellion der Punk-Musik mit dem Klassen- und Nationalbewusstsein der britischen Skinheads vereinte. Die 1977 als Punkband gegründeten „Skrewdriver“ verwandelten sich im Zuge des Wiederauflebens der Skinheadkultur zu einer Skin-Band, der Sänger Ian Stuart Donaldson trat der rechtsextremen British National Front bei und betätigte sich auch in anderen einschlägigen Netzwerken. Die Gruppe wurde zu einer der populärsten Bands dieses Milieus, 1987 verließ Donaldson die National Front wieder und beteiligte sich an der Gründung des offen nationalsozialistisch auftretenden Neonazi-Netzwerks „Blood and Honour“. Auch in anderen Ländern, etwa in Deutschland, gründeten sich ab Anfang der 1980er politisch rechts orientierte Skinhead-Bands. Nach der deutschen Wiedervereinigung und vor allem ab Mitte der 1990er kam es zu einem wahren Rechtsrock-Boom; die Zahl der Veröffentlichungen und Konzerte rechtsextremer Bands stieg an. Maßgeblich für die Organisation von Konzerten verantwortlich waren neben anderen Gruppierungen auch hier lokale Ableger des Neonazi-Musiknetzwerks „Blood and Honour“, das im Jahr 2000 in Deutschland verboten wurde. Schon in den 1980ern, dann vor allem aber auch ab Mitte der 1990er entstanden auch jenseits der Skinheadmusik einschlägige Musikprojekte. Rechtsextreme und neonazistische Inhalte wurden fortan auch durch LiedermacherInnen und Schlagermusik, Dark Wave-, Techno-, Hardcore- bzw. Hatecore- sowie Metal-Bands und -Projekte verbreitet.¹ Nach wie vor veranstalten – in zahlreichen Staaten weltweit existierende – „Blood and Honour“-Gruppierungen neben anderen Neonazi-Gruppen, wie etwa den ebenfalls international aktiven „Hammer Skins“

¹ Vgl. DORNBUSCH, Christian/RAABE, Jan: 20 Jahre RechtsRock – Vom Skinhead-Rock zur Alltagskultur. In: DIESELBEN (Hg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 19-50

oder regional verankerten Gruppen wie den „Veneto Fronte Skinheads“ (diese beschränken ihre Aktivitäten auf den norditalienischen Raum), alljährlich Konzerte, die von bis zu mehreren tausend BesucherInnen frequentiert werden. In den letzten Jahrzehnten wurden weltweit ebenso Tausende rechtsextreme bis neonazistische Musikgruppen unterschiedlicher Stilrichtungen gegründet,² die eine entsprechende Anzahl von Tonträgern veröffentlicht haben.

Die thematischen Schwerpunkte in den Liedtexten rechter Skinheadbands reichen von Fußball, Alkohol und Gewalt bis zu offenem Rassismus, Antisemitismus, Mordaufrufen und Verherrlichung des Nationalsozialismus.³ Im rechten Flügel des Dark Wave/der Gothik-Musik, der/die Ende der 1980er Jahre entstand, nehmen Bands positiven Bezug auf faschistische Ikonen wie Julius Evola oder Corneliu Codreanu. Die religiöse Orientierung am Heidentum, die Beschäftigung mit rassistischen Theorien und germanischen Runen und die Instrumentalisierung von NS-Ästhetik sind in dieser Szene von Bedeutung. In der Black Metal-Musik entstand in den 1990er Jahren ebenso ein rechter Flügel. Neben dem Satanismus orientiert man sich im Black Metal vielfach am Heidentum und germanischen Traditionen. Die angestrebte Verkörperung des „Bösen“ versuchen Bands und Mitglieder dieser Subkultur durch positive Bezüge auf Hass, Gewalt, Krieg und Tod zu erreichen. Die christliche Religion bzw. Gesellschaft wird abgelehnt. Im neonazistischen Spektrum der Szene, dem NS-Black Metal, erfolgt eine starke Orientierung am Heidentum sowie an rassistischen und antisemitischen Vorstellungen.⁴ Selbst im ursprünglich emanzipatorisch und

² Häufig sind/waren einzelne Bandmitglieder in mehreren Bands – teilweise auch unterschiedlichen Stils – aktiv.

³ Vgl. FLAD, Henning: Trotz Verbot nicht tot – Ideologieproduktion in den Songs der extremen Rechten. In: DORNBUSCH, Christian/RAABE, Jan (Hg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 91-123

⁴ Vgl. LOHMANN, Johannes/WANDERS, Hans: Evolas Jünger und Odins Krieger – Extrem rechte Ideologien in der Dark-Wave und Black-Metal-Szene. In: DORNBUSCH, Christian/RAABE, Jan (Hg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 287-307

gesellschaftskritisch orientierten Hardcore schaffte es die rechte Szene in den 1990er Jahren, ein Einfallstor zu finden. NS-Hardcore- bzw. NS-Hatecore-Bands verbreiten einerseits ebenso wie rechte Skinhead-Bands Inhalte, die den Nationalsozialismus propagieren, unterscheiden sich von den Skins aber durch Kleidung bzw. Design, die von der traditionellen Hardcore-Szene kopiert wurden. Mitglieder der NS-Hardcore-Szene ernähren sich mitunter vegetarisch und trinken keinen Alkohol, tragen modische Turnschuhe sowie T-Shirts, die in Graffiti-ähnlichem Stil bedruckt sind, ihre Körper schmücken sie mit Piercings.⁵ Auf den ersten Blick sind die Bands somit häufig nicht unterscheidbar von nicht-rechten Bands dieses Genres. Ein großes Problem hinsichtlich der Verbreitung von Neonazi-Musik, die vielfach als „Einstiegsdroge“ in die rechte Szene bezeichnet wird, stellt das Internet dar: Internetseiten, -foren und Blogs werden von Neonazis genutzt, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Der deutsche Politologe Hajo Funke meinte etwa über das Internet-Videoportal „YouTube“, auf dem tausende Videos mit neonazistischen Inhalten – oftmals jahrelang – abrufbar sind:

„Dass YouTube frei Nazi-Propaganda offeriert und Jugendliche das zu Hunderttausenden anklicken, ist ein Verbrechen an der Jugend.“⁶

Auch soziale Netzwerke wie „Facebook“ und „Myspace“ stehen im Fokus neonazistischer Agitationsarbeit. Auf „Blogspot“/„Blogger“, dem Blog-Angebot des „Google“-Konzerns, werden zahlreiche braune Online-Seiten betrieben, auf denen unzählige Alben mit Musik rechtsextremer Bands kostenlos und rund um die Uhr bezogen werden können. Vielfach gehen die BetreiberInnen der Portale und Netzwerke, z.B. „YouTube“, nur sehr zögerlich gegen die Hass verbreitenden Inhalte vor – ein Umstand, der von Neonazis genutzt wird.

In Österreich gab/gibt es – wohl unter anderem aufgrund des NS-Verbotsgesetzes – nur relativ wenige rechtsextreme und neonazistische Musikgruppen, die sich stark an der deutschen Neonazi-Szene orientieren bzw. orientierten und es zumindest teilweise geschafft haben, szenenintern einen internationalen Bekanntheitsgrad zu erlangen. Als Beispiele sind hier etwa die Vorarlberger Band „Stoneheads“, deren Mitglieder im Jahr 2005 wegen Verhetzung zu Geldstrafen verurteilt wurden⁷, und die ebenfalls aus Vorarlberg stammende Band „Tollshock“, die jahrelang ungehindert in einem Raum eines öffentlichen Jugendzentrums proben konnte,⁸ zu nennen. Beide Bands sind einem Vorarlberger „Blood & Honour“-Ableger zuzurechnen. Als einer der aktivsten braunen Barden Österreichs betätigt sich seit 1997/98 der aus Suben (Oberösterreich) stammende „Liedermacher Bernhard“ (Bernhard K.). Er trat am 20. April 1999 (Geburtstag von Adolf Hitler) bei einem Konzert in Ried im Innkreis erstmals öffentlich auf. K. wurde im Jahr 2004 wegen NS-Wiederbetätigung verhaftet und verbüßte mit Unterbrechungen bis zum Jahr 2007 mehrere Jahre in Haft.⁹ „Liedermacher Bernhard“ ist weiterhin einschlägig aktiv, so trat er etwa im Jahr 2009 bei einer Veranstaltung der NPD in Passau und bei einem Konzert des kroatischen Ablegers von „Blood & Honour“ auf. Bei der letztgenannten Veranstaltung unterstützte ihn auch die aus Wien stammende Liedermacherin „Isi“. Diese kommt aus dem Umfeld einer Wiener „Blood and Honour“-Gruppe und ließ sich auf Fotos gemeinsam mit Alexander Christian ablichten: Christian ist ehemaliger Generalsekretär der österreichischen Bundesrechtsanwaltskammer – er musste im Jahr 2010 von seinem Amt zurücktreten, nachdem seine Kontakte zur rechtsextremen Szene öffentlich wurden.¹⁰

⁷ ANTIFASCHISTISCHES PRESSEARCHIV UND BILDUNGSZENTRUM, ÖSTERREICH: Stoneheads – Nazi Band vor Landesgericht (Teil II), <http://www.turnitdown.de/316.html>, 2005

⁸ DER STANDARD: Rechtes Liedgut im Jugendhaus geprobt, <http://derstandard.at/1508266>, 11.12.2003

⁹ „Myspace“-Seite von „Liedermacher Bernhard“, <http://www.myspace.com/liedermacherbernhard>, zuletzt abgerufen am 21.6.2009 (Die Seite ist mittlerweile offline)

¹⁰ DER STANDARD: Anwaltskammer trennt sich von umstrittenem Generalsekretär, <http://derstandard.at/1285199612406/Anwaltskammer-trennt-sich-von-umstrittenem-Generalsekretar>, 29.9.2010

⁵ Vgl. FROMM, Rainer: We play NS-Hardcore! Die Mythisierung rechten Gedankenguts in der Musik, http://www.bpb.de/themen/F2U2XB.0.We_play_NS_Hardcore!.html, 2008

⁶ Zitiert nach: Süddeutsche Zeitung: Youtube verbreitet rechtsradikale Videos, <http://www.sueddeutsche.de/politik/ard-magazin-berichtet-youtube-verbreitet-rechtsradikale-videos-1.770872>, 27.8.2007

Ebenfalls aus Wien stammt die 2005 gegründete Band „Service Crew Vienna“. Diese konnte durch mehrere Auftritte bei Neonazi-Konzerten außerhalb Österreichs Bekanntheit in der rechten Szene erlangen. Im Jahr 2008 spielten „Service Crew Vienna“ im Rahmen ihres ersten Auftritts gemeinsam mit anderen Neonazi-Bands wie „White Rebel Boys“, „Honor“ sowie „Lunikoff und die Verschwörung“ bei einem Konzert in Ungarn, das zu Ehren des 1993 verstorbenen „Blood and Honour“-Mitbegründers Ian Stuart Donaldson stattfand.¹¹ Derartige „Memorial“-Konzerte werden alljährlich in zahlreichen Ländern weltweit durchgeführt. Ihren einzigen bekannten Auftritt in Österreich absolvierte die Band 2009 in ihrer Heimatstadt Wien. Es handelte sich um eine Solidaritätsveranstaltung für den wegen Mordes an einem Passanten angeklagten und ebenfalls aus dem „Blood and Honour“-Umfeld stammenden Jürgen K., der schließlich zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde.¹²

Während die Anzahl der aktiven rechtsextremen Musikgruppen in Österreich relativ niedrig ist, fanden in der Vergangenheit immer wieder Konzertveranstaltungen auch mit rechtsextremen Bands und Liedermachern aus anderen Ländern, etwa aus Deutschland, den USA und Großbritannien, statt. In den letzten zwei Jahrzehnten beläuft sich die Zahl der Konzerte mit rechtsextremen Musikgruppen/LiedermacherInnen (exklusive Konzerte mit rechtsextremen Black Metal-Bands) laut den Recherchen der Autoren dieses Beitrags auf mehr als 70.¹³

Der Großteil der Konzerte fand ab Ende der 1990er Jahre statt – ein Zusammenhang mit dem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck in Österreich und der Regierungsbeteiligung der FPÖ ab 2000 ist offensichtlich. Im Jahr 2008 spielte etwa der

Liedermacher und NPD-Politiker Jörg Hähnel für die Wiener Burschenschaft „Olympia“,¹⁴ in der auch der Dritte (österreichische) Nationalratspräsident Martin Graf Mitglied ist. Neonazistischen Liedermachern eine Auftrittsmöglichkeit zu bieten, hat bei den „Olympen“ offenbar bereits Tradition: So hatte man 1993¹⁵ und im Jahr 2000¹⁶ auch Frank Rennie und 2003 (den 2009 verstorbenen) Michael Müller zu Gast.¹⁷ Auch die – vor allem in Oberösterreich in den 2000er Jahren aktive – Neonazi-Gruppierung „Bund freier Jugend“ lud immer wieder braune Barden zum „Gesang“, darunter auch einen der bekanntesten Neonazis Österreichs: Gottfried Küssel, ehemaliger Kader der 1986 gegründeten Gruppe „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition“ und – nach langjährigem Gefängnisaufenthalt wegen NS-Wiederbetätigung – nach wie vor politisch aktiv. Viele der Konzerte in Österreich wurden auch mit Skinhead-Bands bestritten, wobei die meisten Veranstaltungen in Oberösterreich und Vorarlberg und vielfach auch ungestört von Polizei und Behörden stattfanden. Im Dezember 2006 spielten zum Beispiel in einer Diskothek in der Nähe von Ried/Innkreis die Bands „Indiziert“, „Feldherren“ und „Braune Brüder“. Nachdem der Verlauf des Konzerts von der Polizei anfänglich so dargestellt wurde, als habe dieses nicht stattgefunden, kamen erst im Jänner 2007 durch ein heimlich gedrehtes Video, das dem ORF zugespielt und im Rahmen eines Fernsehbeitrags der Sendung „Thema“ öffentlich gezeigt wurde, die Tatsachen ans Licht. 200 Neonazis konnten ungestört feiern – dies obwohl Parolen wie „*Blut muss fließen knüppeldick, wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik*“ gegrölt wurden und die neonazistische Orientierung der Bands

¹¹ THIAZI-FORUM: Germanische Weltnetzgemeinschaft, ISD Memorial und 10 Jahre Deutsch-Ungarisches Freundschafts-Konzert, <http://forum.thiazi.net/showthread.php?t=136732>

¹² DIE GRÜNEN: Wien: Solidaritätskonzert für Nazi-Totschläger, <http://www.stopptdierechten.at/2009/06/20/wien-solidaritatskonzert-fur-nazi-totschlaeger>, 20.6.2009; DIE GRÜNEN: Wien: 20 Jahre Haft für brutalen Mord, <http://www.stopptdierechten.at/2009/09/11/wien-20-jahre-haft-fur-brutalen-mord>, 11.9.2009

¹³ Auflistung von in Österreich von 1990 bis 2010 stattgefundenen Konzerten mit rechtsextremen und neonazistischen Musikgruppen, erstellt von Thomas Rammerstorfer, 2011.

¹⁴ DIE GRÜNEN: Burschenschaft Olympia: Budensänger Hähnel freigesprochen, <http://www.stopptdierechten.at/2010/12/01/burschenschaft-olympia-budensanger-hahnel-freigesprochen>, 1.12.2010

¹⁵ ANTIFASCHISTISCHES AUTORENKOLLEKTIV: Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich, Hamburg 1996, S. 155

¹⁶ DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES: Neonazi bei AFP und Olympia, http://www.doew.at/projekte/rechts/chronik/2000_06/rennie.html, 2000

¹⁷ DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES: Olympia-Liederabend mit Neonazi http://doew.at/frames.php?projekte/rechts/chronik/2003_01/olympia.html, 2003

offensichtlich war. Als Veranstalter der „Skinhead“- und Liedermacher-Konzerte fungierten neben der rechtsextremen Burschenschaftler-Szene und dem „Bund freier Jugend“ unter anderem lokale Gruppen von „Blood and Honour“ und den „Hammer Skins“ sowie die „Skinheads Steiermark“ und der braune Kulturverein „Objekt 21“.

Auch in der relativ kleinen österreichischen Black Metal-Szene waren in den letzten Jahren mehrere Konzerte mit rechten bis neonazistischen Bands zu verzeichnen, wobei sich die Protagonisten hier nicht selten als „unpolitisch“ oder „nicht rechtsextrem“ bezeichnen, obwohl sie einschlägige Inhalte in Liedtexten sowie in Interviews verbreiten. Verschiedene kleine Internet-Versände boten Veröffentlichungen neonazistischer Black Metal-Bands zum Kauf an. So konnte man etwa bei „Racheschwur Records“ aus Bad Ischl monatelang Tonträger von Bands wie „Hakenkreuz Nocturna“ und „Aryan Art“ erwerben, bis der Versand schließlich im Frühjahr 2008 durch eine polizeiliche Hausdurchsuchung und Beschlagnahme der angebotenen CDs aufgelöst wurde.

Im Bereich der Rap- bzw. Hip-Hop-Musik versuchte ein aus der Nähe von Mauthausen in Oberösterreich stammender junger Mann unter dem Namen „Nox One“ nationalsozialistische Verbrechen zu glorifizieren. In dem 2006 im Internet veröffentlichten Lied „L'état c'est moi“ heißt es wörtlich: „(...) *wer jagt Homos wie die SS* (...)“, „(...) *ich geh mit Molotov-Cocktails in die Stadt und zünde einen Schwulen-Club nach dem anderen an* (...)“ und „(...) *ich bin Hardcore so wie Adolf Hitler* (...)“. Mittlerweile gibt es vor allem in Deutschland bereits zahlreiche vergleichbare Neonazi-Projekte, die in dieser Musiksparte angesiedelt sind. Als Beispiele sind hier „Zyklon Beatz“, „Dissau Crime“ und „Sprechgesang zum Untergang“ zu nennen. Auch aus dem Kreis von MigrantInnen kommen Rap- und Hip-Hop-Acts, die nationalistisch, volkstümelnd und rechtsextrem orientiert sind. In Österreich stellen vor allem die Aktivitäten der türkischen „Grauen Wölfe“ ein bisher kaum beachtetes Problem dar.

Während sich der Kreis der BesucherInnen von Neonazi-Konzerten in Österreich aufgrund der konspirativen Durchführung und Bewerbung eher

auf eine zahlenmäßig überschaubare, eingeschworene Gemeinschaft beschränkt, die darüber hinaus häufig auch durch Gäste aus den Nachbarländern Österreichs vergrößert wird, dürfte die Anzahl der KonsumentInnen einschlägiger Musik hingegen viel größer sein. Das Marktpotential brauner Musik in Österreich liegt zwar im Dunkeln, ein Indiz liefern dahingehend aber etwa Informationen, die durch einen Hack des neonazistischen „Aufruhr“-Versands Anfang 2009 öffentlich wurden. Allein unter den – anonym im Internet publizierten KundInnen Daten – dieses einen Versands fanden sich rund 240 Personen mit österreichischer Wohnadresse.¹⁸ Auch in sozialen Netzwerken wie etwa „Facebook“ tummeln sich dutzende bis hunderte – oft junge – Frauen und Männer aus Österreich, die mit rechtsextremem bis neonazistischem Gedankengut sympathisieren und dies teilweise auch dadurch kundtun, dass sie Links mit Videos von Neonazi-Bands in ihren Mitgliedsprofilen veröffentlichen.

¹⁸ Unter den Bestelldaten fand sich etwa Armin Sippel, zu diesem Zeitpunkt Klubchef der FPÖ Graz. Sippel stritt den Vorwurf, beim „Aufruhr“-Versand bestellt zu haben, dennoch ab, vgl. KLEINE ZEITUNG: „Auch ohne Sonne braun“ – FPÖ-Politiker sorgen für Aufruhr, <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/1747194/index.d> o, 27.1.2009

Literatur:¹

ANTIFASCHISTISCHES AUTORENKOLLEKTIV: Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich, Hamburg 1996, S. 155.

ANTIFASCHISTISCHES PRESSEARCHIV UND BILDUNGSZENTRUM: Österreich: Stoneheads – Nazi Band vor Landesgericht (Teil II), <http://www.turnitdown.de/316.html>, 2005.

DER STANDARD: Anwaltskammer trennt sich von umstrittenem Generalsekretär, <http://derstandard.at/1285199612406/Anwaltskammer-trennt-sich-von-umstrittenem-Generalsekretar>, 29.9.2010.

DER STANDARD: Rechtes Liedgut im Jugendhaus geprobt, <http://derstandard.at/1508266>, 11.12.2003.

DIE GRÜNEN: Burschenschaft Olympia: Budensänger Hähnel freigesprochen, <http://www.stopptdierechten.at/2010/12/01/burschenschaft-olympia-budensanger-hahnel-freigesprochen>, 1.12.2010.

DIE GRÜNEN: Wien: 20 Jahre Haft für brutalen Mord, <http://www.stopptdierechten.at/2009/09/11/wien-20-jahre-haft-fur-brutalen-mord>, 11.9.2009.

DIE GRÜNEN: Wien: Solidaritätskonzert für Nazi-Totschläger, <http://www.stopptdierechten.at/2009/06/20/wien-solidaritatzkonzert-fur-nazi-totschlagler>, 20.6.2009.

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES: Neonazi bei AFP und Olympia, http://www.doew.at/projekte/rechts/chronik/2000_06/rennicke.html, 2000.

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES: Olympia-Liederabend mit Neonazi, http://doew.at/frames.php?projekte/rechts/chronik/2003_01/olympia.html, 2003.

DORNBUSCH, Christian/RAABE, Jan: 20 Jahre RechtsRock – Vom Skinhead-Rock zur Alltagskultur. In: DIESELBEN (Hg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 19-50.

FLAD, Henning: Trotz Verbot nicht tot – Ideologieproduktion in den Songs der extremen Rechten. In: DORNBUSCH, Christian/RAABE, Jan (Hg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 91-123.

FROMM, Rainer: We play NS-Hardcore! Die Mythisierung rechten Gedankenguts in der Musik, http://www.bpb.de/themen/F2U2XB,0,We_play_NSHardcore!.html, 2008.

KLEINE ZEITUNG: „Auch ohne Sonne braun“. FPÖ-Politiker sorgen für Aufruhr, <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/1747194/index.do>, 27.1.2009.

LOHMANN, Johannes/WANDERS, Hans: Evolas Jünger und Odins Krieger. Extrem rechte Ideologien in der Dark-Wave und Black-Metal-Szene. In: DORNBUSCH, Christian/RAABE, Jan (Hg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 287-307.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG: Youtube verbreitet rechtsradikale Videos, <http://www.sueddeutsche.de/politik/ard-magazin-berichtet-youtube-verbreitet-rechtsradikale-videos-1.770872>, 27.8.2007.

DER STANDARD: Anwaltskammer trennt sich von umstrittenem Generalsekretär, <http://derstandard.at/1285199612406/Anwaltskammer-trennt-sich-von-umstrittenem-Generalsekretar>, 29.9.2010.

¹ Hinweis der Autoren: Alle Online-Quellen wurden, wenn nicht anders angegeben, zuletzt abgerufen am 10.4.2011.

Sonstige Quellen:

Auflistung von in Österreich von 1990 bis 2010 stattgefundenen Konzerten mit rechtsextremen und neonazistischen Musikgruppen, erstellt von Thomas Rammerstorfer, 2011.

„Myspace“-Seite von „Liedermacher Bernhard“, <http://www.myspace.com/liedermacherbernhard>, zuletzt abgerufen am 21.6.2009 (Die Seite ist mittlerweile offline).

Thiazi-Forum – Germanische Weltnetzgemeinschaft, ISD Memorial und 10 Jahre Deutsch-Ungarische Freundschafts-Konzert, <http://forum.thiazi.net/showthread.php?t=136732>.